

**öd**p

*Wahl zum Europäischen Parlament:  
Klage gegen 3%-Sperrklausel erfolgreich* 10

*Novelle der Energieeinsparverordnung:  
Ausgebremster Klimaschutz* 36

*Ökologische Bürgerbeteiligungsmodelle:  
Bürger müssen Fakten schaffen* 42

**Das ÖDP-Journal**

Nr. 162 Mai 2014

# Ökologie Politik



*Europa und der Euro*

## UMSCHAU

Ökolumne: Chaos bei der EEG-Reform	4
Umwelt & Gesellschaft	5
Bücher	8

## TITELTHEMA: EUROPA UND DER EURO

Europawahl	
<b>ÖDP-Klage erfolgreich</b> von Florence von Bodisco	10
Europaparlament	
<b>Wichtiger, als mancher denkt</b> von Günther Hartmann	12
Lobbyismus in der EU	
<b>Brüsseler Transparenz – und was davon zu halten ist</b> von Prof. Dr. Edda Müller	16
Überwachung und Militäreinsätze	
<b>Europa als Hebel zum Demokratieabbau</b> von Prof. Dr. Klaus Buchner	18
Geplantes Freihandelsabkommen TTIP	
<b>Staatsstreich der Konzerne?</b> von Hermann Striedl	22
Banken- und Staatsschuldenkrise	
<b>Ein sich selbst zerstörendes System</b> von Robbert Maris	26
Finanz- und Eurokrise	
<b>„Ohne richtige Diagnose keine richtige Therapie“</b> Interview mit Prof. Dr. Christian Kreiß	30
Gemeinwohl-Ökonomie	
<b>Intelligenter Spielregeln</b> von Jörn Wiedemann	34

## BAUPOLITIK

Novellierte Energieeinsparverordnung (EnEV)	
<b>Ausgebremster Klimaschutz</b> von Günther Hartmann	36
Wärmedämmung und Heizenergieverbrauch	
<b>Weniger verführt zu mehr</b> von Günther Hartmann	39

## ENERGIEPOLITIK

Ökologische Bürgerbeteiligungsmodelle	
<b>„Bürger müssen Fakten schaffen“</b> Interview mit Jens Mühlhaus	42

## ÖDP INTERN

An alle Mitglieder	44
Neues aus dem Bundesverband	45
Verbände	46
Wahlkampf	51
Neues aus der ÖDP	52
Presseticker	56
Leserbriefe	60
Impressum	63

Foto: Günther Hartmann  
Titelfoto: European Union 2012 (Plenarsaal des Europaparlaments in Straßburg)

## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

was passiert, wenn Bürger und Parlamente aus dem politischen Geschehen ausgeklammert werden, können wir gegenwärtig bei den Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und den USA zum Freihandelsabkommen (TTIP) beobachten: Ganz im Geheimen sitzen hier Lobbyvertreter großer Konzerne wie z. B. Monsanto und Vertreter der EU und der USA zusammen und basteln an Verträgen, die in der Konsequenz Bürger und Demokratien schädigen. Es geht nur darum, knallharte Wirtschaftsinteressen durchzusetzen. Ob der Verbraucher gentechnisch verseuchtes Essen oder Chlorhühnchen oder Fracking haben will – ganz egal, Hauptsache bei den Konzernen klingelt die Kasse.

Wenn TTIP wie geplant in die Realität umgesetzt wird, haben die Wirtschaftsverbände die Möglichkeit, gegen Bestimmungen in den Staaten zu klagen, die sie am wirtschaftlichen Erfolg hindern. Also z. B. gegen Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards. Dieses sog. Investitionsschutzabkommen sorgt dafür, dass Demokratien erpressbar werden. Übrigens: Die Schiedsgerichte, vor denen geklagt werden kann, sind mit Mitarbeitern hochkarätiger Anwaltskanzleien besetzt und klagen dürfen nur die Unternehmen, nicht aber die Staaten. Ebenso heikel wie das Investitionsschutzabkommen hört sich die Tatsache an, dass TTIP als sog. „living agreement“ ausgestaltet werden soll. Das bedeutet, immer wenn ein neues Gesetz auf den Weg gebracht werden soll, haben Lobbygruppen schon frühzeitig die Möglichkeit, sich einzumischen und ihre Vorschläge einzubringen.

Wenn Sie jetzt sagen, dass sich das alles reichlich merkwürdig, undemokratisch und intransparent anhört, dann haben Sie vollkommen recht. Auf die Frage, was man dagegen tun kann, raten wir Ihnen, Ihr Kreuz am 25. Mai an der richtigen Stelle zu machen: bei der ÖDP. Die Europawahl wird zeigen, ob Transparenz und Demokratie, Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit eine Chance in der EU haben. Die ÖDP wird sich für all diese Prinzipien einsetzen. Denken Sie daran: Diesmal gibt es keine Prozent-Hürde und deshalb zählt jede Stimme. Aufgrund des Auszählungsverfahrens können wir schon mit ca. 0,8% der Wählerstimmen mit einem Mandat rechnen. Welche Themen wir im Europäischen Parlament – neben dem Engagement gegen TTIP – unbedingt bearbeiten müssen, können Sie im aktuellen Heft nachlesen.

Ihr

und Ihre

Günther Hartmann

Florence von Bodisco



Günther Hartmann  
Verantwortlicher  
Redakteur



Florence von Bodisco  
Stellv. Verantwortliche  
Redakteurin



Ökolumne von Ulrich Brehme

## Chaos bei der EEG-Reform

Nachdem die energieintensive Industrie nach den Bundestagswahlen ein großes Werbefeuwerk gegen das EEG startete, beherrschen nun die Pläne der EU-Kommission und der Gesetzentwurf der Bundesregierung die Diskussion. Im Dezember hatte die EU wegen der Befreiung von der EEG-Umlage ein Beihilfverfahren gegen Deutschland eröffnet. Die EEG-Umlage legt die Kosten der Erneuerbaren Energien auf alle Stromverbraucher um. Die Anzahl der Unternehmen, die sich 2014 von der EEG-Umlage befreien ließen, ist um rund 20 % angewachsen. Zusammen mit der Befreiung für Eigenstrom steigen die Industrieausnahmen allein bei der EEG-Umlage auf eine Rekordmarke von über 6,6 Mrd. Euro. Für EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia ist das zu viel.

Während Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel maximal eine Reduzierung der EEG-Umlage um 1 Mrd. Euro für machbar hält, beziffern Experten von FÖS und DIW das Senkungspotenzial für die EEG-Umlage auf 3 Mrd. Euro.

**(1) EU-Wettbewerbskommissar Almunia fordert, dass Ökostrom ab 2017 durch Ausschreibungen vermarktet werden soll.**

Die Einspeisevergütungen für Neuanlagen sanken immer weiter ab. Aber nun soll Wettbewerb in den gesamten Markt kommen. Zum Zuge soll der Anbieter kommen,

der zu den geringsten Stromerzeugungskosten Erneuerbare Energie produzieren kann. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien soll auf die kostengünstigen Technologien konzentriert werden. Bereits ab 2014 sollen jährlich die großen PV-Freiflächenanlagen ausgeschrieben werden.



Foto: migjan/photocase.de

**(2) Die Befreiung von der EEG-Umlage soll für Erzeuger selbst verbrauchten Ökostroms („Eigenenergie“) bei Gewerbe und Industrie wegfallen.**

Ausgenommen sind nur Kleinanlagen. Aber 65 Wirtschaftsbranchen sollen künftig von einem Großteil der EEG-Umlage befreit bleiben. Sie sollen nur 20 % der EEG-Umlage zahlen. Für besonders energieintensive Betriebe mit niedrigen Gewinnen soll die Umlage weiter gesenkt werden können. Firmen ohne Anspruch sollen bis zu zwei Jahre im Nachhinein die Umlage nachzahlen. Ab 2015 sollen Deutsche Bahn, Straßen- und U-Bahnen 15 % der Umlage zahlen.

Der Beitrag solle sich dann bis 2018 auf 30 % erhöhen. Zugleich will Gabriel aber die Eingangsbarrieren für die Befreiung nochmals senken, sodass sich auch kleinere Betriebe von der EEG-Umlage befreien können. Damit steigt die Umlage weiter. EU-Kommissar Almunia kritisiert, dass zu viele Unternehmen von den Rabatten profitieren, die nicht im internationalen Wettbewerb stehen.

**(3) Ökostrom soll vor allem in der nahen Umgebung verkauft werden (Direktvermarktung).**

Nach dem Willen der Bundesregierung müssten Neuanlagen vom Netzbetreiber und von Direktvermarktern künftig zentral ansteuerbar sein. Die Netzbetreiber sollen das Recht bekommen, bis zu 5 % der Jahresarbeit einer Solarstromanlage unentgeltlich abzuregeln, ohne dass die Anlagenbetreiber wie bisher für die entgangene Einspeisevergütung entschädigt werden.

Netzbetreiber sorgen mit Systemdienstleistungen für eine hohe Qualität, Sicherheit und Zuverlässigkeit in der Stromversorgung. Bislang wurden diese überwiegend von konventionellen Kraftwerken bereitgestellt. Mit Systemdienstleistungen halten Netzbetreiber unter anderem die Höhe und Frequenz der Spannung im Stromsystem im zulässigen Bereich oder stabilisieren sie nach einer Störung.

Insgesamt muss man den Entwurf der Novellierung des EEG-Gesetzes sehr kritisch sehen. Mit der gleichen Logik sollten auch der Eigenverbrauch und die Subventionen von Kohle- und Atomkraftwerken mit einer Umlage belegt werden. Die Abschaltung von Grundlastkraftwerken, um Absatzpotenzial für Erneuerbare Energien zu schaffen, wird mit dem Gesetz nicht reguliert.

Umwelt & Gesellschaft von Ulrich Brehme

## Konzept für zuverlässige Energieversorgung

Die Deutsche Energie-Agentur (dena) hat die erste umfassende Studie vorgelegt, die den Bedarf an Systemdienstleistungen bei einem hohen Anteil an Stromerzeugung aus Photovoltaik- und Windkraftwerken bis zum Jahr 2030 untersucht. Netzbetreiber sorgen mit Systemdienstleistungen für eine hohe Qualität, Sicherheit und Zuverlässigkeit in der Stromversorgung. Bislang wurden diese überwiegend von konventionellen Kraftwerken bereitgestellt. Damit die benötigten Systemdienstleistungen – z.B. eine stabile Höhe und Frequenz der Spannung im Stromsystem – zuverlässig zur Verfügung stehen, sind heute die notwendigen technischen und regulatorischen Voraussetzungen zu schaffen. So muss beispielsweise für eine erhöhte Koordination von Stromnetz- und Anlagenbetreibern und für einen verstärkten Informationsaustausch gesorgt werden.

» [www.dena.de/sdl](http://www.dena.de/sdl)

## EU kein Vorreiter bei Energie und Klima

Europa ist längst nicht mehr alleiniger Vorreiter in der weltweiten Energie- und Klimapolitik. Andere Länder und Regionen haben rasant aufgeholt und in einigen Bereichen bereits die Führung übernommen, zeigt eine Studie des Europäischen Forschungsnetzwerkes Climate Strategies, die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) geleitet wurde. Vor allem asiatische Staaten und die USA erzielen mit einer aktiven Energie- und Klimapolitik mittlerweile deutliche Erfolge, investieren zunehmend in Erneuerbare Energien, erschließen Energieeffizienzpotenziale in Industrie, Gebäuden und Verkehr und unterstützen die Reduzierung von Treibhausgasen durch Kohlenstoffpreise. Der größte Zubau von Windkraftanlagen fand in den letzten Jahren in China und den USA statt und auch das Wachstum der Photovoltaik ist außerhalb Europas am größten. Für das häufig genannte Argument, eine ambitionierte Energie- und Klimapolitik gehe zulasten



Foto: Erich Westendorp / pixelio.de

der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, fanden die Forscher keine Bestätigung.

» [www.diw.de](http://www.diw.de) → Suche: Climate Strategies

## Fukushima ist radioaktiver Sumpf

Tepco, der Betreiber des Atomkraftwerks in Fukushima, gab bekannt, dass bei der Kraftwerksruine eine Strahlung von 25 Sv/h gemessen wurde – in einem Bereich, wo eine Ventilations-Leitung die Reaktoren verbindet. Menschen ohne Schutz würden dort innerhalb von 20 Minuten sterben. Der hohe Strahlungswert zeigt, dass die Lage vor Ort vermutlich weit kritischer sein dürfte, als in der Öffentlichkeit bisher zugegeben wurde. Der Atomphysiker Horoaki Koido: „Das Gelände rund um Fukushima ist zu einer Art radioaktivem Sumpf geworden. In den umliegenden Brunnen wird hochradioaktives Material entdeckt und natürlich läuft ein Teil davon ins Meer.“ Jeden Tag fließen mehr als 200.000 l ver-



Screenshots

seuchtes Wasser in den Pazifischen Ozean. Auch weit entfernt vom Ort der Katastrophe finden sich kontaminierte Bodenproben. Um die Bevölkerung zu beruhigen, hat die Regierung neue Grenzwerte festgelegt. Statt 100 Bq/kg gelten nun erst 8.000 Bq/kg als gefährlich. Das ZDF sendete darüber am 26.02.2014 einen beeindruckenden Film.

» [www.zdf.de](http://www.zdf.de) → Suche: Täuschen, tricksen, drohen

### Arktis bis zum Jahr 2050 eisfrei

Wenn die Treibhausgas-Emissionen nicht drastisch zurückgehen, wird nach einer Studie der Uni Washington die Arktis bis Mitte des Jahrhunderts ohne Eis sein. Heute liegt dort die Durchschnittstemperatur schon um 1,5 °C höher als zwischen 1971 und 2000. Die Arktis erwärmt sich doppelt so schnell wie andere Weltregionen. Der Grund: Die Erderwärmung reduziert das Eis und gibt den dunkleren Felsschichten und dem Wasser Raum, das die Sonneneinstrahlung aber schlechter reflektiert – was wiederum zur Erwärmung beiträgt. Ein Teufelskreis. Im vergangenen Winter dehnte sich das



Meereis der Arktis besonders langsam aus. Darin sehen Meteorologen die Ursache für die starke Kälte in den USA, die Überschwemmungen in Großbritannien und den milden Winter in Deutschland.

» [www.klimaretter.info](http://www.klimaretter.info) → Suche: Arktis bis 2050 eisfrei

### 11,2 Millionen Euro Firmenspenden

Wie schon 2011 sind auch 2012 die größten Parteispender: der Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie, Daimler, die Deutsche Vermögensberatung



und BMW. Allerdings gingen die Spendensummen der Unternehmen und Verbände zurück. Und zahlreiche Unternehmen und Verbände haben ihre Zuwendungen in mehrere Teilzahlungen gestückelt und so die Transparenzregeln umgangen. Da nur Spenden mit einem Betrag oberhalb von 50.000 Euro auf der Bundestags-homepage veröffentlicht werden müssen, blieben viele Einzelspenden bis heute verborgen, obwohl sie in der Summe über 50.000 Euro lagen. Von insgesamt 11,2 Mio. Euro Firmenspenden erhielten die CDU 6,1 Mio., die SPD 2,0 Mio., die CSU 2,6 Mio., B90/Grüne 520.000 und die Linke 34.000 Euro.

» [www.abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) → Presse → 25.02.2014

### Weltklimarat warnt vor Dürre und Überflutung

Der zweite Teil des Weltklimaberichts bestätigt die Befürchtungen: Wenn der CO<sub>2</sub>-Ausstoß weiter so ansteigt, drohen in diesem Jahrhundert Dürren, Überflutungen und Kriege um die schwindenden Ressourcen. Hunderte Millionen Küstenbewohnern droht ein Verlust ihrer



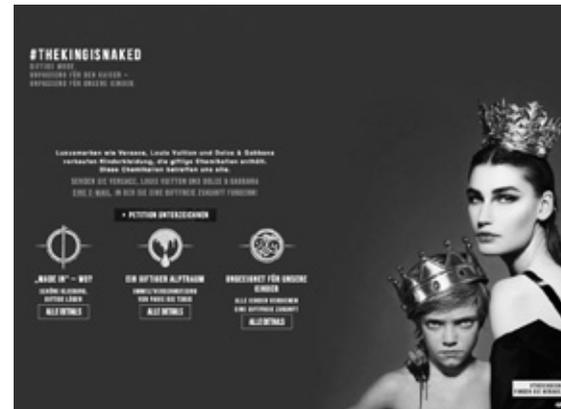
Heimat, den Trinkwasserreserven das Austrocknen, der Landwirtschaft Missernten, vielen Tieren und Pflanzen das Aussterben – auch in Europa. Der 1988 gegründete Weltklimarat (IPCC) hat bislang vier umfassende Berichte herausgegeben, die Folgen des Klimawandels aufzeigen. Am aktuellen fünften Report waren insgesamt mehr als 830 ehrenamtlich arbeitende Hauptautoren beteiligt. Mit den Vertretern der inzwischen fast 200 Mitgliedsländer einigten sich die Wissenschaftler auf den nun vorliegenden zweiten Teil. Der erste Teil wurde im September 2013 veröffentlicht und beschäftigte sich mit den Ursachen des Klimawandels. Der dritte Teil wird sich mit möglichen Lösungen befassen.

» [www.ipcc.ch/report/ar5/](http://www.ipcc.ch/report/ar5/)

### Giftige Chemikalien in Kinderkleidung

Greenpeace hat Kinderkleidung internationaler Modemarken auf gefährliche Chemikalien getestet. Das Ergebnis: Artikel von Luxus-Marken schneiden genauso schlecht ab wie solche von Billig-Marken. Gefunden wurden Weichmacher (Phthalate) und per- und polyfluorierte Verbindungen (PFC), die extrem langlebig sind und sich in Umwelt und Körper anreichern. Auch die als krebserregend geltende Perfluorooctansäure (PFOA) überschreitet die Grenzwerte. Einige PFC können das Immunsystem und die Fruchtbarkeit beeinträchtigen und zu Schilddrüsenerkrankungen führen. In 50 von 82 untersuchten Artikeln wurden Nonylphenolthoxylate (NPE) gefunden. Diese werden zu Nonylphenol abgebaut, das hormonell wirksam und besonders für Wasserorganismen schädlich ist. Greenpeace startete nun eine Kampagne, in der die Modekonzerne aufgefordert werden, auf Gift gänzlich zu verzichten.

» [www.greenpeace.org/austria/alittlestory/](http://www.greenpeace.org/austria/alittlestory/)



## BITTE PROTESTIEREN! von Edgar Guhde

### EU-Schweine-Richtlinie konsequent umsetzen!

Am 18. Februar 2009 erschien im Amtsblatt der Europäischen Union die Richtlinie 2008/120/EG vom 18. Dezember 2008 über Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen. Ziel ist die Festlegung gemeinsamer, EU-weit geltender Mindestanforderungen für den Schutz von Zucht- und Mastschweinen unter Berücksichtigung des Tierschutzes. Beschrieben werden darin unter anderem Haltungsformen und Stallbauten. Doch leider wird diese Richtlinie bis heute oft missachtet.

Schreiben Sie deshalb bitte an den Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Herrn Christian Schmidt, Postfach, 11055 Berlin, Fax 030/18529-4262, [poststelle@bmelv.bund.de](mailto:poststelle@bmelv.bund.de)

*Sehr geehrter Herr Bundesminister,  
sehr geehrte Damen und Herren,*

*in den allermeisten europäischen und deutschen Ställen werden Schweine unter kargen Bedingungen auf Vollspaltenböden gehalten. Natürliches Beschäftigungsmaterial wie Stroh wird ihnen vorenthalten. Routinemäßig werden Amputationen ohne Betäubung durchgeführt. Obwohl die EU-Mitgliedstaaten ausreichend Zeit hatten, die EU-Richtlinie zum Schutz von Schweinen (2008/120/EG) umzusetzen, wurden deren Bestimmungen nicht adäquat umgesetzt.*

*Ich bin vor allem darüber besorgt, dass die Verbote der EU, routinemäßig Schwänze zu kupieren und Zähne abzukneifen und zu schleifen, häufig nicht beachtet werden, ebenso nicht die Auflage der EU, den Schweinen Stroh oder eine andere Einstreu zur Verfügung zu stellen, damit sie ihren Instinkten nachgehen können. Zudem werden viele „Muttersäue“ immer noch monatelang in engen Kastenständen gehalten, obwohl diese Ställe EU-weit nur eingeschränkt erlaubt sind.*

*Ich möchte all dem ein Ende setzen und fordere, dass die Gesetze eingehalten werden. Darum fordere ich Sie auf, sofort Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die EU-Richtlinie zum Schutz von Schweinen (2008/120/EG) vollständig erfüllt wird. Ermutigen Sie bitte Ihre Kolleginnen und Kollegen in anderen EU-Mitgliedstaaten, dasselbe zu tun.*

Mit freundlichem Gruß

## Bücher

### Finanzwirtschaft & Politik

Matthias Weik, Mark Friedrich

#### Der größte Raubzug der Geschichte

Warum die Fleißigen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden

Bastei Lübbe, April 2014

384 Seiten, 9,99 Euro

978-3-404-60804-1



In ihrem Buch führen die beiden Autoren in die Welt der global agierenden Spekulanten ein. Sie tun dies unterhaltsam und erleichtern den Lesern somit, sich in eine eigentlich recht komplizierte Materie einzuarbeiten. Immer stellen sie dabei auch die Frage, wer die Zeche bezahlt, die Spekulanten hinterlassen. Antwort: die breite Bevölkerung! Und sie stellen die Frage, was Politik und Finanzwirtschaft aus der „Lehman-Krise“ gelernt haben. Antwort: Nichts! Längst hat die Finanzwirtschaft die verheerende Krise der letzten Jahre abgehakt und sucht nach neuen Expansionsmöglichkeiten. Die Politik ist immer mehr ein Handlanger der Finanzwirtschaft und setzt deren Interessen gnadenlos gegen die der Bevölkerung durch. Es ändert sich nichts, weil die Profiteure dieses Systems alles tun, damit sich nichts ändert. (gh)

### Spekulation & Gesellschaft

Rafael Chirbes

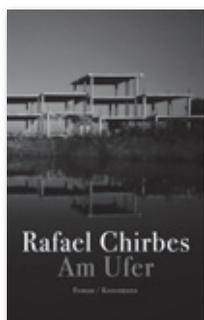
#### Am Ufer

Roman

Antje Kunstmann, Januar 2014

432 Seiten, 24,95 Euro

978-3-88897-867-8



Die Geschichte vom Anschwellen und Platzen der spanischen Immobilienblase – erzählt aus der Sicht eines Verlierers: Der Schreiner Esteban lässt sich von der Aussicht auf schnellen Reichtum verführen, investiert sein mühsam erarbeitetes und erspartes Geld in zweifelhafte Bauprojekte – und verliert in kürzester Zeit alles. Während die Banken gerettet werden und

die Profiteure ihr Geld rechtzeitig außer Landes gebracht haben, muss er seine Mitarbeiter und die Pflegerin seines kranken Vaters entlassen, steht vor den Trümmern seines Lebens und lässt es nochmals an sich vorbeistreifen, um zu verstehen, was geschehen ist und wie es dazu kommen konnte. Rafael Chirbes hat die Geschehnisse in seiner Heimat scharf beobachtet und darüber ein brillantes, vielschichtiges, von der Literaturkritik gefeiertes Buch geschrieben: einen Wirtschaftskrimi, eine Familiengeschichte, ein Sitzenbild der spanischen Gesellschaft und eine philosophische Reflexion über die menschliche Seele im 21. Jahrhundert. (gh)

### Politik & Kommunikation

Frank Stauss

#### Höllennritt Wahlkampf

Ein Insider-Bericht

dtv, Mai 2013

200 Seiten, 12,90 Euro

978-3-423-24986-7



Der Autor begann seine Karriere in den USA als Mitarbeiter bei der Präsidentschaftskampagne von Bill Clinton und Al Gore. Danach betreute er in Deutschland über zwanzig Wahlkämpfe, darunter die für Hannelore Kraft, Gerhard Schröder, Peer Steinbrück und Klaus Wowereit. Wahlkampf sei ein ständiger Balanceakt, schreibt Stauss, die politischen Inhalte und der emotionale Rahmen müssen im richtigen Verhältnis zueinander stehen. In seinem Buch beschreibt er den Weg von den anfänglich unstrukturierten und wirren Ideen hin zur schlüssigen und ausgereiften Kampagne. Er schildert, wie es dabei hinter den Kulissen zugeht, wie die Strategien entwickelt und umgesetzt wurden, was dabei alles schiefging und wie darauf reagiert wurde. (gh)

### Arbeit & Leben

Thomas Vašek

#### Work-Life-Bullshit

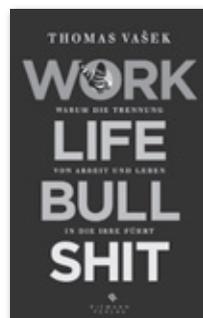
Warum die Trennung von Arbeit

und Leben in die Irre führt

Riemann, September 2013

288 Seiten, 16,99 Euro

978-3-570-50153-5



Die heutige Berufswelt macht krank und hindert uns an der Selbstentfaltung. Erst mit der Freizeit beginnt das wahre Leben. Dieser weit verbreiteten These widerspricht der Philosoph Thomas Vašek: Wir brauchen nicht weniger Arbeit, sondern mehr davon, allerdings sinnvolle. Das in Mode gekommene Gerede von Work-Life-Balance ist für ihn eine leere Formel, Opium fürs Arbeitsvolk, um es ruhig zu stellen. Was wir wirklich brauchen, ist gute Arbeit, die unseren Fähigkeiten entspricht, die uns erfüllt; nicht mehr Freizeit, die wir oft mit sinnlosen Dingen vergeuden. Arbeit ist Teil unseres Lebens und keine lästige Notwendigkeit auf dem Weg in den Feierabend, ins Wochenende und in den Urlaub. Wer Arbeit als wesentlichen Teil seines Lebens begreift, gerät nicht in den Burn-out. (gh)

### ÖDP & Drogensucht

Kai Horstmann

#### Die Tochter des Verlegers

Roman

Abera, Oktober 2013

250 Seiten, 14,95 Euro

978-3-939876-05-2



Gleich zu Beginn wird der Leser mit einer Szene von einem ÖDP-Bundesparteitag im Jahr 1992 konfrontiert. Der Fotograf Michael Stern ist ÖDP-Mitglied und trifft dort einen Parteikollegen, der ihm einen Auftrag anbietet: Stern soll in Berlin die Tochter des Parteikollegen, eines Verlegers, suchen und ihr helfen, von ihrer Drogensucht wegzukommen. Die Suche erweist sich als erfolgreich. Stern verliebt sich in die junge Frau namens Anna und reist mit ihr nach Asien, um ein Fotoprojekt fertigzustellen und um Anna aus der Berliner Drogenszene zu holen. Ob Anna und Michael am Ende ihr gemeinsames Glück finden, sei an dieser Stelle nicht verraten. Der Autor Kai Horstmann, selbst von Beruf Pressefotograf und ehemaliges ÖDP-Mitglied, hat hier nicht nur einen Roman über Drogen vorgelegt, sondern bietet auch interessante Einblicke in fremde Kulturen, erzählt von Freundschaften und lässt die Protagonisten eine innere Entwicklung vollziehen. Der Autor greift zudem ein Thema auf, das vor allem in Großstädten präsent ist: die Vereinsamung des Einzelnen und die Gefahr, in der Masse der Menschen unterzugehen. (fb)

### Ökonomie & Mathematik

Tomáš Sedláček, David Orrell

#### Bescheidenheit

Für eine neue Ökonomie

Carl Hanser, Februar 2013

120 Seiten, 12,90 Euro

978-3-446-43486-8



Mit seinem Buch „Die Ökonomie von Gut und Böse“ sorgte der tschechische Wirtschaftswissenschaftler Tomáš Sedláček für Furore, in seinem neuen Buch liest er seiner Zunft die Leviten: Zusammen mit dem kanadischen Mathematiker David Orrell kritisiert er den blinden Glauben vieler Ökonomen an Zahlen und mathematische Modelle, die aber offensichtlich nichts taugen. Orrell: „Ich kritisiere die mathematischen Modelle dafür, dass sie den Ausbruch der Krise überhaupt erst ermöglicht haben. Sie haben ein falsches Sicherheitsgefühl geschaffen. So, als würde man einen Sicherheitsgurt anlegen, der gar nicht richtig verankert ist.“ Als Konsequenz ihrer fachlich fundierten Kritik fordern die beiden Autoren etwas Ungewöhnliches, das so gar nicht in unsere Zeit zu passen scheint: mehr Bescheidenheit. (gh)

### Tierschutz & Moralphilosophie

Friederike Schmitz (Hrsg.)

#### Tierethik

Grundlagentexte

Suhrkamp, Januar 2014

589 Seiten, 24,00 Euro

978-3-518-29682-0



Diese Sammlung von Grundlagentexten hat es in sich. Vor unterschiedlichen moraltheoretischen Hintergründen wird der Frage nachgegangen, inwieweit es legitim ist, Tiere für unsere Zwecke zu nutzen: gefangen zu halten, zu töten oder Experimente mit ihnen anzustellen. Dem Dackel des Nachbarn den Schwanz abzuschneiden ist nicht erlaubt, Milliarden von Küken pro Jahr zu schreddern dagegen schon. Warum? Der Band bietet – größtenteils erstmals in deutscher Übersetzung – die wichtigsten Beiträge zur Tierschutz- und Tierrechtdebatte, u. a. von Tom Regan, Gary Francione, Martha Nussbaum, Cora Diamond, Christine Korsgaard und Will Kymlicka. (gh)

Europawahl

## ÖDP-Klage erfolgreich



3%-Hürde  
Europawahl

Am 26. Februar 2014 entschieden die Richter des Bundesverfassungsgerichts, dass die 3%-Hürde bei der Wahl zum Europäischen Parlament verfassungswidrig sei. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, argumentierte unter anderem damit, dass die Stimme jedes Wählers die gleiche Erfolgchance haben müsse.

von Florence von Bodisco

Das Urteil der Bundesverfassungsrichter stärkt die Demokratie.“ Diese Aussage traf Sebastian Frankenberger, Bundesvorsitzender und Europakandidat (Platz 2) der ÖDP aus Passau, nach Bekanntwerden des Urteils. Frankenberger weiter: „Jetzt werden endlich alle Stimmen gezählt und kommen den Parteien zugute, die die Wähler auch wirklich favorisiert haben.“ Noch bei der Europawahl im Jahr 2009 seien rund 2,8 Millionen Stimmen unter den Tisch gefallen, weil sie für Parteien abgegeben wurden, die jeweils nicht mehr als 5 % der Stimmen auf sich vereinigen konnten. „Das Bundesverfassungsgericht hat Standfestig-

keit gezeigt und sein eigenes Urteil aus dem Jahr 2011 nicht ad absurdum geführt.“ Bereits vor mehr als zwei Jahren kippten die Karlsruher Richter die 5%-Hürde bei der Europawahl und argumentierten, dass

„Das Argument  
der verlorenen Stimme  
zählt nicht mehr.“

es „an zwingenden Gründen (fehle), in die Wahl- und Chancengleichheit durch Sperrklauseln einzugreifen“. Die ÖDP hatte zusammen mit den Freien Wählern gegen die erst im Sommer vergangenen Jahres von

Bundestag und Bundesrat beschlossene 3%-Klausel bei der Europawahl geklagt. Juristischer Beistand war der bekannte Verfassungsrechtler Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim.

Frankenberger zeigt sich zuversichtlich, dass die ÖDP mit Mandaten im Europäischen Parlament vertreten sein wird. „Das Argument der verlorenen Stimme trägt nicht mehr. Deshalb wird die ÖDP jetzt in das Europäische Parlament einziehen.“ Die ÖDP tritt mit 99 Kandidatinnen und Kandidaten zur Europawahl an, an der Spitze stehen Prof. Dr. Klaus Buchner (München), Sebastian Frankenberger (Passau) und Susann Mai (Thüringen).

Irritiert ist die ÖDP über die Aussage des ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, im Grundgesetz die 5%-Sperrklausel zu verankern. „Das Wahlrecht in einer Demokratie ist immer im Fluss. Deshalb hat die 5%-Hürde im Grundgesetz nichts zu suchen!“, so ÖDP-Chef Frankenberger. Der Aussage Papiers hatte sich u. a. der stellvertretende CDU-Bundestagsfraktionsvorsitzende Strobl angeschlossen. „Es ist schon erstaunlich, wie laut die großen Parteien nun jammern, weil ihre jahrzehntelange Vormachtstellung gefährdet ist“, sagt Frankenberger bezüglich

des Urteils zur 3%-Hürde. „Fast alle Bundestagsparteien scheuen sich nicht, alle Register zu ziehen, um sich unliebsame Konkurrenz vom Hals zu halten und beklagen sich dann im Gegenzug über die Politikverdrossenheit der Bürger. Das ist absolut scheinheilig“, so der ÖDP-Politiker Frankenberger.

Im Grundgesetz werde unter anderem festgeschrieben, dass Parteien zur politischen Willensbildung beitragen und dass Abgeordnete in „gleicher Wahl“ gewählt werden. „Gleiche Wahl bedeutet, dass alle Stimmen gleich zählen und nicht – wie bei der jüngsten Bundestagswahl – fast 15 % der Wählerstim-

men quasi nicht gezählt werden“, erläutert Frankenberger.

Es sei nun an der Zeit, dass sich politisch etwas bewegt und die kleineren Parteien mehr Zulauf erhielten. „Wer den politischen Wettbewerb behindert, ist selbst schuld, wenn die Bürger dieses Spiel durchschauen“, sagt Frankenberger. ■



Erleichterung nach dem Urteil: Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim, Sebastian Frankenberger, Susann Mai, Prof. Dr. Klaus Buchner, Dr. Claudius Moseler.

Foto: Michael Eiler



### Pressestimmen nach dem Urteil

Alle wichtigen deutschen Tageszeitungen berichteten über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur 3%-Sperrklausel. Hierbei gingen die Meinungen jedoch komplett auseinander. Während einmal von einem „Sieg der Demokratie“ die Rede war, sprach ein anderer von „Katastrophe“.

zusammengestellt von Florence von Bodisco

Die Tageszeitung (taz) aus Berlin schreibt: „Das ist ein Sieg der Demokratie, denn jede Prozenzhürde verzerrt das Wahlergebnis. Nicht nur, weil Stimmen für die kleinen Parteien nicht mitgezählt werden, vielmehr werden die Wähler schon abgeschreckt, überhaupt für kleine Parteien zu stimmen.“

Auf Zeit online konnte man lesen: „Verteidiger der Sperrklausel, zu denen interessanterweise heute auch die Grünen gehören, die zu ihrem Beginn das Parteiensystem noch aufbrechen wollten, verweisen gerne darauf, dass sich die Hürde ‚bewährt‘ habe. Das kann aber schon gar kein Grund sein, an ihr festzuhalten. Denn die Sperrklausel verstößt gegen elementare Grundregeln der Wahlgerechtigkeit. Sie verhindert, dass alle Wähler und Parteien dieselben Chancen haben. Bei der Bundestagswahl 2013 fielen 6,9 Millionen Stimmen unter den Tisch.“

Das entspricht einem Anteil von 15,7 % – so viel wie noch nie. Bei der Europawahl 2009 stimmte jeder zehnte Wähler für eine Partei, die an der Fünfprozenzhürde scheiterte.“

Heribert Prantl, Leiter des Ressorts Innenpolitik der Süddeutschen Zeitung schreibt in seinem Kom-

mentar für die Online-Ausgabe: „Karlsruher Urteile sind häufig ein Segen für Demokratie und Rechtsstaat. Dieses Urteil nicht. Es ist eine Katastrophe, eine Katastrophe für die parlamentarische Demokratie in Europa. Es legt sich wie ein dunkler Schatten auf die Europawahl am 25. Mai. (...) Wenn jeder Staat es bei der Europawahl so halten würde, wie es das Bundesverfassungsgericht nun für Deutschland vorschreibt – diese erste und einzige direkt gewählte supranationale Institution wäre am Ende. Das Parlament würde zum Rummelplatz.“

Günther Nonnenmacher, Redakteur und Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) vertritt folgende Ansicht: „Da fehlt in Karlsruhe schlicht die Einsicht, dass es ein perfektes, ein absolut gerechtes Wahlrecht nicht gibt. (...) Mit seinen Entscheidungen zum Wahlrecht hat sich das Bundesverfassungsgericht auf Terrain begeben, das in anderen Staaten mit guten Gründen dem Gesetzgeber vorbehalten ist. Im Falle des EP hat es eine Tradition, die sich bewährt hat und von den Wählern akzeptiert wurde, anhand abstrakter Maßstäbe ohne Not verworfen.“

## Europaparlament

## Wichtiger, als mancher denkt

Das Europaparlament ist die einzige direkt vom Volk gewählte Institution der EU, zudem die einzige, die sich noch mit europäischen Werten, Visionen und Ideen befasst. Es muss keine Regierung stützen und ist deshalb ein unabhängiges Kontrollorgan. Bei den Abstimmungen über Gesetzentwürfe gibt es keine starren Blöcke, sondern themenbezogen immer wieder neue Mehrheiten.

von Günther Hartmann

Seit 1979 wird das Europaparlament – auch Europäisches Parlament und EU-Parlament genannt – alle fünf Jahre von den Bürgern der Europäischen Union (EU) in allgemeinen, unmittelbaren, freien und geheimen Wahlen gewählt. Es ist das einzige direkt gewählte Organ der EU – und auch die einzige direkt gewählte supranationale Institution weltweit. Seit der Gründung 1952 wurden seine Kompetenzen mehrmals erweitert, vor allem durch den Vertrag von Maastricht 1992 und zuletzt durch den Vertrag von Lissabon 2007, der 2009 in Kraft trat.

### Kontrolle der anderen EU-Institutionen

Das Europaparlament kontrolliert die Europäische Kommission und den Rat der Europäischen Union – auch EU-Ministerrat genannt. Hierfür kann es Untersuchungsausschüsse einrichten und gegebenenfalls Klage beim Europäischen Gerichtshof erheben. Dies gilt auch

in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik, wo Kommission und Rat exekutive Funktionen innehaben und die legislativen Mitbestimmungsrechte des Parlaments eingeschränkt sind.

### Der typische Gegensatz zwischen Regierungs- und Oppositionsfractionen fehlt. Es bilden sich je nach Abstimmungsthema wechselnde Mehrheiten.

Damit das Parlament seiner Kontrollfunktion nachkommen kann, müssen ihm die anderen EU-Institutionen – die Kommission, der Rat und die Zentralbank – regelmäßig Bericht über ihre Tätigkeiten erstatten. Sein Präsident nimmt an den Gipfeltreffen des Rates teil. Abgeordnete können schriftliche und mündliche parlamentarische Anfragen an die Kommission und den Rat richten. Mit einer doppelten Mehrheit – zwei Drittel der abgegebenen Stimmen und die Hälfte der Mitglieder – kann das Parlament der Kommission das Misstrauen aussprechen und diese muss daraufhin ihr Amt niederlegen.

Der typische Gegensatz zwischen Regierungs- und Oppositionsfractionen fehlt im Europaparlament, auch wenn sich die Parteien mit ähnlicher Gesinnung zu Fraktionen zusammengeschlossen haben. Anders als in den nationalen Parlamenten, wo die Regierungsfractionen loyal zur Regierung stehen und deren Gesetzentwürfe unterstützen, bilden sich im Europaparlament je nach Abstimmungsthema wechselnde Mehrheiten. Die einzelnen Abgeordneten sind unabhängiger und können mehr Einfluss auf die Gesetzgebung ausüben als ihre Kollegen in den nationalen Parlamenten.

Geleitet wird das Europaparlament von einem Präsidenten, der jeweils für zweieinhalb Jahre gewählt wird. Seit Januar 2012 hat dieses Amt der deutsche SPD-Politiker Martin Schulz inne. Bei der Wahl des Präsidenten ist es üblich, dass sich sowohl die politischen Fraktio-

nen als auch die Nationen abwechseln – und nicht die jeweilige Parlamentsmehrheit diese Position auf Dauer mit ein und demselben Vertreter besetzt, wie das in nationalen Parlamenten meist der Fall ist.

Das Europaparlament darf selbst keine Gesetzesentwürfe vorschlagen, sondern nur über ihm von der Europäischen Kommission vorgelegte Gesetze debattieren und abstimmen. Die Entscheidungen werden in Ausschüssen vorbereitet, denen Vertreter aller Fraktionen angehören. Bei den Abstimmungen im Plenum entscheidet dann die Mehrheit der Abgeordneten. Will das Parlament einen Sachverhalt

regeln, muss es die Kommission auffordern, dazu einen Vorschlag auszuarbeiten.

Seine Plenarsitzungen hält das Europaparlament hauptsächlich in Straßburg ab, seine wichtige Ausschussarbeit jedoch in Brüssel statt. Dieser „Wanderzirkus“ wird oft als teuer und ineffektiv kritisiert, doch dafür ist nicht das Parlament verantwortlich. Darüber entscheiden die Mitgliedstaaten im Europäischen Rat – und zwar einstimmig. Da Frankreich nicht bereit ist, Straßburg zur Disposition zu stellen, blieb es bisher bei der Dualität der Tagungs- und Arbeitsorte.

### Unklare demokratische Legitimation

Zwar ist das Europaparlament von den Bürgern direkt gewählt, dennoch wird es als solches immer wieder scharf kritisiert: Es habe keine

richtige Legitimation und diene nur als demokratisches Feigenblatt, mit dem die anderen EU-Institutionen ihr totalitäres Selbstverständnis tarnen. Auch das deutsche Bundesverfassungsgericht (BVerfG) betonte in seiner Presseerklärung vom 30. Juni 2009 zum Vertrag von Lissabon:

„Das Europäische Parlament ist kein Repräsentationsorgan eines souveränen europäischen Vol-

les. Anwendung findet. Das Grundgesetz ermächtigt die deutschen Staatsorgane nicht, Hoheitsrechte derart zu übertragen, dass aus ihrer Ausübung heraus eigenständig weitere Zuständigkeiten begründet werden können. Es untersagt die Übertragung der Kompetenz-Kompetenz.“

Die Verfassungsrichter störte, dass die EU sich mit der zunehmenden Entscheidungsmacht ihrer

### Die einzelnen Abgeordneten sind unabhängiger und können mehr Einfluss auf die Gesetzgebung ausüben als ihre Kollegen in den nationalen Parlamenten.

Organe in Richtung eines Bundesstaates bewegt, obwohl die notwendige Voraussetzung dafür ein europäischer Volkssouverän wäre, der bei der Inhomogenität Europas nicht in Sicht ist.

Foto: European Union 2012



Abstimmung im Plenarsaal des Straßburger Europaparlaments

„Durch den Ausbau der Kompetenzen des Europäischen Parlaments kann die Lücke zwischen dem Umfang der Entscheidungsmacht der Unionsorgane und der demokrati-

schen Wirkmacht der Bürger in den Mitgliedstaaten verringert, aber nicht geschlossen werden.

Das Europäische Parlament ist weder in seiner Zusammensetzung noch im europäischen Kompetenzgefüge dafür hinreichend gerüstet, repräsentative und zurechenbare Mehrheitsentscheidungen als einheitliche politische Leitentscheidungen zu treffen. Es ist gemessen an staatlichen Demokratieanforderungen nicht gleichheitsgerecht gewählt und innerhalb des supranationalen Interessenausgleichs zwischen den Staaten nicht zu maßgeblichen politischen Leitentscheidungen berufen. Es kann deshalb auch nicht eine parlamentarische Regierung tragen und sich im Regierungs-Oppositions-Schema parteipolitisch so organisieren, dass eine Richtungsentscheidung europäischer Wähler politisch bestimmend zur Wirkung gelangen könnte.

Angesichts dieses strukturellen, im Staatenverbund nicht auflösbaren Demokratiedefizits dürfen weitere Integrationsschritte über den bisherigen Stand hinaus weder die politische Gestaltungsfähigkeit der Staaten noch das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung aushöhlen.“

Völlig konsequent kippte das BVerfG dann im November 2011



Plenarsaal des Europaparlaments in Straßburg

Foto: European Union 2012

**ONLINETIPPS**

**Europäisches Parlament**

[www.europarl.europa.eu/portal/de](http://www.europarl.europa.eu/portal/de)

**Bundeszentrale für politische Bildung**

**Europawahl**

[www.bpb.de/politik/wahlen/europawahl/](http://www.bpb.de/politik/wahlen/europawahl/)

**Europäisches Parlament**

[www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union/](http://www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union/) → Europäisches Parlament

**Bundesverfassungsgericht**

**Pressemitteilung Nr. 14/2014 zur 3%-Klausel im Europawahlrecht**

[www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg14-014.html](http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg14-014.html)

**Pressemitteilung Nr. 70/2011 zur 5%-Klausel im Europawahlrecht**

[www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg11-070.html](http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg11-070.html)

**Pressemitteilung Nr. 72/2009 zum Vertrag von Lissabon**

[www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg09-072.html](http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg09-072.html)

**LobbyPedia**

[www.lobbypedia.de](http://www.lobbypedia.de) → Lobbyismus in der EU

**Corporate Europe Observatory (CEO)**

[www.corporateeurope.org](http://www.corporateeurope.org)

**Alliance for Lobbying Transparency and Ethics Regulation (ALTER-EU)**

[www.alter-eu.org](http://www.alter-eu.org)

zunächst die 5%- und dann im Februar 2014 auch die 3%-Hürde bei den Europawahlen mit der Begründung, Kleinparteien seien im Europaparlament kein Problem, denn dort seien keine stabilen Mehrheiten erforderlich, weil es keine funktionsfähige Regierung zu wählen habe.

Fraktion	Abgeordnete	Deutsche Parteien	Abgeordnete
Europäische Volkspartei (EVP)	274	CDU/CSU	42
Progressive Allianz der Sozialisten & Demokraten (S&D)	195	SPD	23
Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE)	84	FDP	12
Grüne / Freie Europäische Allianz (Grüne/EFA)	58	Grüne	14
Europäische Konservative und Reformisten (ECR)	57		
Vereinigte Europäische Linke / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)	35	Linke	8
Europa der Freiheit und Demokratie (EFD)	31		
Fraktionslos	32		
Gesamt	766		99

Stand: 2013, Quelle: Wikipedia

**Beeinflussung durch Lobbyisten**

In Brüssel arbeiten Schätzungen zufolge zwischen 15.000 und 30.000 Lobbyisten. Rund 500 Großkonzerne verfügen hier über ein eigenes Büro, darunter die Deutsche Bank, Bertelsmann, Daimler, BASF, E.ON, Vattenfall, BP, Shell und Monsanto. Zudem ist fast jede Branche mit einem Verband vertreten. Ihr vorrangiges Ziel ist die Europäische Kommission, denn die erarbeitet mit ihren über 30.000 Beamten die Gesetzentwürfe. Weil es ihr dafür an Fachwissen und an Verständnis für komplexe Zusammenhänge fehlt, holt sie sich Rat von sogenannten „Expertengruppen“: Fachleuten aus Wirtschaft und Wissenschaft, die sich gut in der jeweiligen Materie auskennen.

Hunderte Expertengruppen helfen der Kommission beim Ausarbei-

ten neuer Gesetzestexte – und beeinflussen sie nebenbei nach Kräften. Die Expertengruppen gelten als Europas heimliche Machthaber. Zweimal musste die Kommission bereits eingestehen, dass viele ihrer Expertengruppen vor allem aus Big-Business-Lobbyisten bestehen. Deshalb verweigerte das Parlament der Kommission im Jahr 2013 Budgetzahlungen in Höhe von rund 2 Mio. Euro, worauf diese gelobte, ihre Expertengruppen künftig ausgewogener zu besetzen. Geschehen ist seither aber fast nichts.

Neben der Kommission entwickelten sich aber auch die 754 Parlamentsabgeordneten und ihre Mitarbeiter immer mehr zum Ziel der Lobbyisten. Ende 2012 besaßen etwa 3.000 von ihnen Hausausweise für den direkten Zutritt ins Parlamentsgebäude, wo die Abgeordneten ihre Büros haben und die wichtige Ausschussarbeit stattfindet. Die

**BUCHTIPP**

LobbyPlanet Brüssel  
**Das EU-Viertel**  
 Neuausgabe  
 LobbyControl, August 2012  
 64 Seiten, 5,00 Euro  
 978-3-00-038864-4  
[www.lobbycontrol.de/lobby-planet-bruessel/](http://www.lobbycontrol.de/lobby-planet-bruessel/)



meisten Gespräche finden allerdings außerhalb statt – in „Denkfabriken“, auf noblen Empfängen, in teuren Restaurants oder auf attraktiven Reisen.

Dass die Lobbyisten große Anstrengungen unternehmen, um Kontakte zu den Abgeordneten zu pflegen und diese zu beeinflussen, zeigt eines deutlich: Das Europaparlament ist kein überflüssiger „Debatteclub“. Die Abgeordneten sind unabhängig und selbstbewusst. Ihre Beratungen und Entscheidungen sind wichtig und haben großen Einfluss auf das Schicksal Europas. Ein wenig „frischer Wind“ tut dem Parlament aber sicherlich gut. ■

**Günther Hartmann**  
 Jahrgang 1965, studierte Architektur und arbeitete nach dem Diplom in verschiedenen Architektur- und Stadtplanungsbüros.



Seit 2008 ist er hauptberuflich als Fachjournalist tätig und befasst sich dabei vor allem mit der Energieeffizienz und Nachhaltigkeit. In die ÖDP trat er 1998 ein, seit 2006 ist er Chefredakteur der ÖkologiePolitik, von 2011 bis 2013 war er Vorsitzender des Bundesarbeitskreises „Wirtschaft und Finanzen“.

[www.guenther-hartmann.de](http://www.guenther-hartmann.de)

Lobbyismus in der EU

## Brüsseler *Transparenz* – und was davon zu halten ist

Ein gerechter Ausgleich von Interessen und Transparenz beim Interessenwettbewerb sind für die Akzeptanz und Stabilität demokratischer Gesellschaften wichtig. Das gilt besonders für die EU-Kommission und das Europäische Parlament, denn in Brüssel sind 20.000 bis 30.000 Lobbyisten aktiv. Deren Einfluss auf die Gesetzgebung gilt es, durch Transparenz und mediale Öffentlichkeit zu kontrollieren.

von Prof. Dr. Edda Müller

Der Lissabon Vertrag verspricht mehr Offenheit, Bürgernähe und Partizipation im politischen Prozess der Europäischen Union. Es geht um Machtkontrolle, um Legitimation und um die Verbesserung der Chancengleichheit von Interessen. Wie transparent sind aber tatsächlich die Arbeit der EU-Kommission, des EU-Parlaments und des Rates? Erörtern werde ich diese Frage am Instrument des Transparenzregisters von EU-Kommission und EU-Parlament, den Beteiligungsverfahren der EU-Kommission, der Öffentlichkeit der Ausschussberatungen des EU-Parlaments sowie der Beratungen des Rates.

### Nur ein Bruchteil der Lobbyisten ist akkreditiert

Das von der EU-Kommission und dem EU-Parlament gemeinsam geführte Transparenzregister für Lobbyisten scheint die erwartete Offenlegung der in Brüssel florierenden Lobbyaktivitäten nicht zu erfüllen. Mit dem Transparenzregister sollte das Wirken der unterschiedlichsten Lobbyorganisationen auf die Brüsseler Politikgestaltung sichtbar gemacht werden. Durch die Verknüpfung

mit einem Verhaltenskodex sollte für verantwortungsbewusste Vorgehensweisen gesorgt werden. Anfang 2013 hatten sich lediglich

*Eine gezielte Debatte zur „legislativen Fußspur“, das heißt zu den Spuren, die Lobbyeinflüsse in den Gesetzentwürfen hinterlassen haben, findet nicht statt.*

2.788 Lobbyisten, die für 5.528 registrierte Auftraggeber arbeiten, beim Europäischen Parlament akkreditiert. Dies war nur ein Bruchteil der in Brüssel tätigen Lobbyisten – ihre Zahl wird auf 20.000 bis 30.000 geschätzt. Eine Untersuchung von ALTER EU ergab zudem, dass über 100 große Interessenvertreter wie Goldman Sachs, Rio Tinto und Amazon überhaupt nicht registriert waren. Nicht registriert waren auch US-amerikanische Anwaltskanzleien, die angesichts der Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen der EU mit den USA derzeit das Brüsseler Parkett bevölkern.

Die Forderung nach einer Registrierungspflicht wird daher lauter. Eine möglicherweise wirksamere Waffe hat vor Kurzem der für den Binnenmarkt und für Dienstleistun-

gen zuständige EU-Kommissar Michel Barnier eingesetzt: Angesichts der aktuellen Gesetzgebungsvorhaben rund um den Finanzmarkt und

insbesondere zum Trennbankensystem verbot er seinen Beamten, sich mit Bankenvertretern zu treffen.

### Keine Debatte zu Lobbyeinfluss in Gesetzentwürfen

Europäisches Parlament und die EU-Kommission bemühen sich im Bereich der Gesetzesberatungen sowie der Vorbereitung von politischen Programmen und Gesetzesinitiativen um ein relativ hohes Maß an Offenheit. Anders als im Deutschen Bundestag sind die Ausschussberatungen des EU-Parlaments öffentlich. Eine gezielte Debatte zur „legislativen Fußspur“, das heißt zu den Spuren, die Lobbyeinflüsse in den Gesetzentwürfen hinterlassen haben, findet aber auch hier nicht statt. Zur geübten Praxis der EU-Kommission gehört

es seit Jahren, die verschiedensten Programme in Form von Grünbüchern, Weißbüchern und konkreten Gesetzentwürfen frühzeitig einem breiten Konsultationsverfahren zu unterziehen. Ob auf diese Weise ein ausreichendes Gegengewicht gegen den Einfluss gewichtiger Brüsseler Lobbygruppen geschaffen werden kann, erscheint mir eher zweifelhaft. Immerhin berichtet die EU-Kommission bei der Vorlage konkreter Gesetzesvorhaben über die Ergebnisse der Konsultationen.

*Wir brauchen die Arbeit der Medien, damit die verfügbaren Daten und Informationen relevant werden und im politischen Wettstreit eine Rolle spielen.*

Dies geschieht allerdings in sehr summarischer Weise.

Besonders bemerkenswert sind die Offenlegungsregeln der Ratsverhandlungen. Die Geschäftsordnung des Rates sieht vor, dass die Beratungen und Abstimmungen im Rat öffentlich sind, wenn immer der Rat als Gesetzgeber tätig wird. Eine eingeschränkte Öffentlichkeit gilt für Beratungen für wichtige Rechtsakte ohne Gesetzescharakter. In allen

Fällen werden Öffentlichkeit und Medien im Voraus auf der Website des Rates über bevorstehende öffentliche Beratungen und Aussprachen auf Ratstagungen unterrichtet.

### Fazit: EU braucht Verhaltensregeln und Öffentlichkeit

Die Brüsseler Institutionen sind transparenter als ihr Ruf. Sie sind auf jeden Fall transparenter als der Berliner politische Prozess. Ob diese Transparenz ihren Zweck erfüllt und zu einer verbesserten Legiti-

verfügbaren Daten und Informationen relevant werden und im politischen Wettstreit eine Rolle spielen können. Nicht zuletzt brauchen auch wir eigene, gut funktionierende „Antennen“, mit denen wir die Brüsseler Informationen für uns nutzbar machen. ■

*Der Artikel ist die leicht modifizierte Fassung eines Artikels, der Februar 2014 im Heft 64 der Zeitschrift „Scheinwerfer“ erschien. Die ist kostenfrei abonnierbar: [www.transparency.de](http://www.transparency.de) → Publikationen → Scheinwerfer*

Prof. Dr.

**Edda Müller**, Jahrgang 1942, studierte Neuere Geschichte und Politikwissenschaft, arbeitete im Bundesinnenministerium, Bundeskanzleramt, Umweltbundesamt und Bundesumweltministerium, war Ministerin für Natur und Umwelt in Schleswig-Holstein und Vizedirektorin der Europäischen Umweltagentur, ist Honorarprofessorin für Politikwissenschaft und seit 2010 ehrenamtliche Vorsitzende von Transparency International Deutschland.

[www.transparency.de](http://www.transparency.de)

Foto: European Union 2011



Europaparlament in Brüssel – ein gigantischer Gebäudekomplex

Überwachung und Militäreinsätze

## Europa als Hebel zum *Demokratieabbau*

Politische Entscheidungen fallen zunehmend zugunsten mächtiger Interessengruppen und zum Nachteil der Bürger. In Schuldnerstaaten wird versucht, Sozialabbau, Deregulierung und Privatisierung durchzusetzen. Es drohen Unruhen und Aufruhr, doch darauf hat sich Europa schon gründlich vorbereitet.

von Prof. Dr. Dr. habil. Klaus Buchner

Der ungezügelter Kapitalismus nach dem Muster der Chicagoer Schule wurde in vielen Ländern eingeführt und sorgte oft für Unruhen in der Bevölkerung, vor allem in Südamerika und in Indonesien. In neuerer Zeit hat der Sozialabbau in Griechenland und Spanien zu gewalttätigen Ausschreitungen geführt. Diese Entwicklung wurde schon vor vielen Jahren vorhergesehen, als es noch keine Eurokrise gab. Doch statt die Ursachen für den Sozialabbau abzuschaffen, versucht man durch eine immer vollständiger Überwachung der Bevölkerung und durch Polizeitruppen, Unruhen zu verhindern bzw. im Keim zu ersticken.

Dazu greift die EU auf ihren Geheimdienst – das „EU Intelligence Analysis Centre“ (EU INTCEN) –, auf ihren Militärstab – den „EU Military Staff“ (EUMS) – und auf das EU-Lagezentrum zurück. In der Ausführungsbestimmung zur sogenannten „Solidaritätsklausel“ (Art. 222 AEUV) steht: „Die Kommission und der Hohe Vertreter erstellen ab 2015 regelmäßig einen Bericht über die integrierte Gefahren- und Risikoabschätzung auf EU-Ebene.“



Louise-Weiss-Gebäude in Straßburg, Sitz des Europaparlaments

Das bedeutet, dass die EU ihren Geheimdienst gegen die eigene Bevölkerung einsetzt. Sie geht damit über die gemeinsame Terrorismusbekämpfung weit hinaus, die in

der Solidaritätsklausel vereinbart wurde.

Für die EU ist „jede Situation, die schädliche Auswirkungen auf Menschen, die Umwelt oder Vermögens-

werte hat oder haben kann“, ein Grund für militärisches Eingreifen. Darunter fallen u. a. Aufstände, aber auch Generalstreiks und große, wiederkehrende Demonstrationen, die eine Regierung dazu bringen

noch der Europäische Gerichtshof können die Außen- und Sicherheitspolitik der EU überprüfen. Dazu muss man wissen, dass bei allen EU-Aktionen nicht die Gesetze des betroffenen Lands gelten, sondern

*Für die EU ist jede Situation, die schädliche Auswirkungen auf Vermögenswerte haben kann, ein Grund für militärisches Eingreifen.*

sollen, Maßnahmen zu ergreifen, die „schädliche Auswirkungen auf Vermögenswerte“ haben. Auch Cyberangriffe, Energieengpässe und „schwerwiegende grenzüberschreitende Gesundheitsbedrohungen“ rechtfertigen einen Militäreinsatz.

Im Prinzip darf die EU nur dann tätig werden, wenn sie von dem betroffenen Land zur Hilfe gerufen wird. Nach dem Wortlaut der Ausführungsbestimmungen kann das z. B. immer dann geschehen, wenn die Situation durch Massenproteste so sehr eskaliert, dass der Staat seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann oder will. Denn dann hätte die Regierung aus der Sicht der Kapitalgeber die Situation nicht mehr im Griff. In diesem Fall genügt „ein Ersuchen von politisch hochrangiger Stelle des/der betroffenen Mitgliedstaats/Mitgliedstaaten“, um die EU-Maschinerie in Bewegung zu setzen. Das fordert den Missbrauch geradezu heraus, denn ein „hochrangiges“ Regierungsmitglied kann dieses Ersuchen allein, d. h. ohne Beschluss seiner Regierung stellen. So kann es z. B. passieren, dass ein Finanzminister um ein Eingreifen der EU bittet, während das die anderen Regierungsmitglieder ablehnen.

Für solche EU-Einsätze fehlen die rechtsstaatlichen Kontrollen, denn weder das EU-Parlament

die sehr viel schwächere Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Das heißt, dass „Tötungen“ bei Aufruhr oder Aufstand erlaubt sind, falls sie „unbedingt erforderlich“ sind.

### Was wollen wir?

In Deutschland geht es den meisten Menschen sehr gut. Doch die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auf. Das wird schlimmer werden, wenn wir die Dinge einfach laufen lassen. Gerade heute besteht durch die geplanten Freihandelsabkommen die Gefahr, dass unsere Demokratie stark ein-

*Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auf. Das wird schlimmer werden, wenn wir die Dinge einfach laufen lassen.*

geschränkt wird. Die Folge wäre ein radikaler Sozialabbau, wie wir ihn jetzt schon in einigen südeuropäischen Ländern sehen. Davon werden zuerst diejenigen betroffen, die heute schon am Existenzminimum leben.

Wenn wir dem entgegenzutreten wollen, müssen wir uns zuerst klar darüber werden, was unsere zentralen Forderungen sind, und bereit sein, dafür zu kämpfen. Sonst könnte es uns gehen wie 1973 den

Menschen in Chile, als viele hungerten und glaubten, die Regierung habe Nahrungsmittel in Verstecken gehortet. Immer zu einer bestimmten Zeit schlugen die Hausfrauen an einem offenen Fenster gegen ihre leeren Töpfe. Der Höllenlärm machte jedem klar, dass etwas geschehen muss. Viele dachten sogar, das Militär müsse durchgreifen und die Verteilung der Nahrungsmittel in die Hand nehmen.

Da der Protest nur der Ernährungssituation galt und sonst keine klaren politischen Ziele hatte, führte er zu einer Situation, die so sicher nicht beabsichtigt war. Das Militär ergriff am 11. September 1973 die Chance für einen lange vorbereiteten Putsch und richtete unter General Pinochet eine Schreckensherrschaft ein. Das zeigt, dass bei jedem Protest feststehen muss, was erreicht werden und welcher Weg dorthin führen soll. Dabei müssen alle Kräfte energisch bekämpft werden, die die Situation für ihre eigenen Ziele ausnützen wollen.

Unser wichtigstes Ziel ist die Demokratie. Das ist ein anderes Wort

für Freiheit: Wir wollen selbstbestimmt leben.

Die Freiheit, die wir heute noch genießen, musste mit großen Opfern erkämpft werden. In den Revolutionen von 1848 und 1918/19 setzten viele ihr Leben ein. Weit aus mehr wurden wegen ihres Widerstands gegen das Dritte Reich verfolgt. Ganz besonders haben wir von den Frauen und Männern profitiert, die 1989 ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben, um die Wende

zu erzwingen. Wollen wir es zulassen, dass das Rad der Geschichte zurückgedreht wird und uns fundamentale demokratische Rechte wieder entrissen werden?

Freiheit bedeutet auch, dass jedes Land die Art seiner Wirtschaft selbst bestimmen kann. Kein Staat darf gezwungen werden, sich dem Diktat des IWF bzw. der „Troika“ aus EU-Kommission, EZB und IWF zu unterwerfen und einen ungezügelter Kapitalismus einzuführen – zum Nutzen einiger weniger internationaler Konzerne. Das muss auch für Länder gelten, die zahlungsunfähig sind.

Freiheit kann es nur geben, wenn man nicht von Schulden erdrückt wird. Deshalb ist ein Schuldenerlass für Staaten sinnvoll und angebracht. Diese Schulden wurden teilweise

*Unser wichtigstes Ziel ist die Demokratie.  
Das ist ein anderes Wort für  
Freiheit: Wir wollen selbstbestimmt leben.*

durch üble Tricks der Finanzindustrie erzeugt. Natürlich sind sie zum Teil auch durch Missmanagement und verantwortungslose und korrupte Politik entstanden. In jedem Fall haben aber die Kapitalanleger hohe Profite daraus gezogen. Deshalb ist es Zeit für ein „Erlassjahr“, wie es im Alten Testament vorgeschrieben war. Damals wurden in jedem siebten Jahr alle Schulden erlassen. Das wäre heute so nicht sinnvoll. Aber ein einmaliger Schuldenschnitt für Staaten würde viel Not abwenden und zu einer gerechteren Wirtschaft führen.

Das vereinte Europa muss demokratisch werden. Die jetzige Struktur ist das Gegenteil davon. Eine kleine Gruppe von Kommissaren, die unter dem direkten Einfluss



Paul-Henri-Spaak-Gebäude in Brüssel, Sitz des Europaparlaments

von Wirtschaftsverbänden steht, hat eine unerhörte Machtfülle. Das führt zur Ausrichtung auf einen ungezügelter Kapitalismus, der die europäische Idee zerstört. Zur Freiheit in Europa gehört auch, dass wir

keine zentralistische EU-Regierung bekommen, zu der die Kommission und der Europäische Gerichtshof neigen. Zwar ist in den Verträgen festgeschrieben, dass in Brüssel nur das geregelt werden darf, was auf nationaler oder kommunaler Ebene nicht gemacht werden kann. Die Wirklichkeit ist jedoch weit davon

*Die Freiheit, die wir heute noch genießen,  
wurde mit großen Opfern erkämpft. Wollen wir  
zulassen, dass sie uns wieder entrissen wird?*

entfernt. Die EU versucht, in alle Bereiche unseres Lebens einzugreifen.

Die zweite Forderung ist soziale Gerechtigkeit. Nach dem Zweiten Weltkrieg führte die Soziale Markt-

wirtschaft in Westdeutschland zu einer Blüte, die jetzt mit dem ungezügelter Kapitalismus Schritt für Schritt zunichtegemacht wird. Das gilt es zu stoppen. Soziale Gerechtigkeit muss für alle Länder gelten. Die internationalen Verträge und Handelsbeziehungen müssen jedem Staat die Möglichkeit geben, eine eigene Wirtschaft aufzubauen, so wie es Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg gelang oder wie es die „Tigerstaaten“ vor 1997 schafften.

Die dritte Forderung ist Friede. Kriege um Öl oder andere Rohstoffe dürfen auch dann nicht geführt werden, wenn wir vorgeben, den Ländern Demokratie zu bringen. Wir haben kein Recht, uns in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen, es sei denn

auf Beschluss der Vereinten Nationen, wobei unabhängig davon die UN-Charta strikt zu befolgen ist. Es ist eine Schande, dass Rüstungsgüter einen beträchtlichen Anteil

unserer Exporte ausmachen. Wir verdienen viel Geld an den Konflikten anderer Länder, d.h. am Tod anderer Menschen. Und es ist unerträglich, dass die Bundeswehr von

*Kein Staat darf gezwungen werden, einen  
ungezügelter Kapitalismus zum Nutzen  
weniger internationaler Konzerne einzuführen.*

einer Bürgerwehr zur Verteidigung unseres Landes zu einer professionellen Interventionstruppe umgebaut worden ist, damit in fernen Ländern Kriege um Rohstoffe geführt werden können.

#### Was sagt das Grundgesetz?

Die Forderungen nach Demokratie, Frieden und sozialer Gerechtigkeit sind für uns eigentlich selbstverständlich. Wenn sie jetzt zugunsten einer sehr kleinen Elite weltweit immer weniger beachtet werden, so trifft das den Nerv unserer Gesellschaft. Selbst das Grundgesetz fordert uns auf, das nicht tatenlos hinzunehmen. In Art. 20 Abs. 4 heißt es:

„Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

Es bleibt offen, was hier mit „Widerstand“ gemeint ist. Aber unabhängig davon muss klar sein, dass ein Widerstand mit Waffengewalt nicht zum gewünschten Erfolg führen kann. Die Gegenseite wäre darauf vorbereitet und würde militärische Mittel einsetzen. Dann stünde Gewalt gegen Gewalt. Wenn man in dieser Situation überhaupt gewinnen kann, dann nur unter großen Opfern. Das haben die arabischen Revolutionen der letzten Jahre sehr eindringlich gezeigt.

Also bleibt nur ein gewaltloser Widerstand. Er war 1989 in Deutschland, aber auch in vielen anderen Ländern erfolgreich. Dafür ist eine große Gruppe entschlossener

Menschen nötig. Als auf den Philippinen Präsident Marcos gegen die demonstrierende Menschenmenge Panzer auffahren ließ und diese in einer mörderischen Hitze lange abwartend dastanden, brach-

*Eine kleine Gruppe von Kommissaren, die unter  
dem direkten Einfluss von Wirtschaftsverbänden steht,  
hat eine unerhörte Machtfülle.*

ten Nonnen unter den Demonstranten den Soldaten Tee und Essen. Damit war der Bann gebrochen. Die Soldaten hätten einen Befehl, auf die Demonstranten zu schießen, nicht befolgt. Er wurde erst gar nicht erteilt. Marcos gab auf.

Die Finanzindustrie bietet uns Brot und Spiele, aber das Brot – unser Wohlstand – wird für die meisten von uns immer weniger. Der Trick ist, die Veränderungen so langsam durchzuführen, dass die Menschen wegen eines einzigen Schritts nicht rebellieren. Jetzt ist es aber genug: Die Zeit ist reif, dass wir die Verantwortung für uns selbst übernehmen.

Als 2011 an einem Tag 120.000 Demonstranten gegen Atomkraft auf die Straße gingen, knickte die Bundesregierung ein und verkündete den Atomausstieg. Die Drahtzieher der Finanzwirtschaft sind sicher mächtiger als die AKW-Betreiber.

#### BUCHTIPP

Klaus Buchner  
**Unser Land unterm  
Hammer**  
Wer regiert uns wirklich?  
tao.de, 2012  
116 Seiten, 12,99 Euro  
978-3-95529-015-3



Sie werden sich nicht durch 120.000 Menschen umstimmen lassen. Aber auch ihre Macht ist begrenzt. Wir müssen uns nur entschlossen zur Wehr setzen. Sogar unser Grundgesetz fordert uns dazu auf. Dann

wird der Tag kommen, wo alle Menschen in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit zusammenleben. ■

Dieser Artikel ist ein vom Autor überarbeitetes Kapitel aus seinem Buch „Unser Land unterm Hammer“.

**Prof. Dr. Dr. habil.  
Klaus Buchner,**  
Jahrgang 1941, war  
als Atomphysiker  
von 1973 bis 2006  
am Mathematischen  
Institut der



TU München tätig und erhielt für seine wissenschaftliche Arbeit zahlreiche Auszeichnungen. 1983 trat er in die ÖDP ein, war von 2003 bis 2010 ihr Bundesvorsitzender und von 2010 bis 2012 Sprecher ihrer Bundesprogrammkommission. Bei der Europawahl 2014 ist er ÖDP-Spitzenkandidat.

[www.prof-dr-klaus-buchner.de](http://www.prof-dr-klaus-buchner.de)

Geplantes Freihandelsabkommen TTIP

## Staatsstreich der Konzerne?

Vehement tritt die Bundesregierung für ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA ein. Dessen wesentlicher Bestandteil ist ein Investitionsschutzabkommen, was bedeutet: Ordentliche Gerichte verlieren ihre Souveränität und die Staaten übernehmen einen großen Teil ihrer Souveränität an dubiose Schiedsgerichte. Das ist undemokratisch und begünstigt Sozial- und Umweltdumping.

von Hermann Striedl

Lori Wallach, Vorstandsmitglied des International Forum on Globalization, beschreibt in ihrer Abhandlung „TAFTA – die große Unterwerfung“ das beabsichtigte Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA als einen Staatsstreich auf Raten. Deutschland, Europa, der Westen, ja die gesamte Weltwirtschaft soll sich dem Diktat von Weltkonzernen und Weltbanken unterwerfen. Ein demokratischer Rechtsstaat soll in supranationalen Bündnissen aufgehen, in denen Konzerne und Banken nicht nur die Wirtschaft, sondern alle Bedingungen des Zusammenlebens der Gesellschaft bestimmen.

### Politik will Souveränität Deutschlands aufheben

Die Entwicklung begann positiv. Nach der Katastrophe von zwei Weltkriegen, in denen sich die europäischen Staaten gegenseitig ungeheure menschliche und wirtschaftliche Schäden zugefügt hatten, entstand die Einsicht ehemaliger europäischer Feindstaaten zusammenzuarbeiten. Gemeinsam wollte man die durch den Krieg verursachte Wirtschaftskatastrophe überwinden. Das Bündnis war auch beseelt vom Gedanken des Friedens zwischen ehemals verfeindeten



Quelle: www.youtube.com → Suche: Eisphe & Chlorhühnchen

*„Die Standards in Europa haben ein anderes Niveau. Und ich finde, diese Standards haben ein unbegründet hohes Niveau. Was für eine amerikanische Familie gutes Essen ist, sollte auch für Europäer gutes Essen sein.“*

**Stuart Eizenstat,  
Transatlantic Business Council**

Völkern. Dieses Bündnis wurde in der Folgezeit immer stärker als Wirtschaftsbandnis ausgebaut und erweitert. Es war auf Zusammenarbeit zwischen den Völkern ausgerichtet.

In der Folge sollte das Bündnis eine Weltmacht werden. Nicht mehr eine Zusammenarbeit gleichberechtigter Völker, sondern eine souveräne europäische Union sollte geschaffen werden. Trotzdem be-



Quelle: www.youtube.com → Suche: Eisphe & Chlorhühnchen

*„Demokratisch ist es nicht. Aber was ist in diesem Leben schon demokratisch?“*

**Peter Esser,  
Vertreter der deutschen Industrie**

stimmt Art. 79 Abs. 3 GG in Verbindung mit Art. 20 GG, dass Deutschland ein souveräner demokratischer Staat bleiben muss.

Trotz der Warnungen des Bundesverfassungsgerichts 1993 im Maastricht-Urteil und nochmals 2009 im Lissabon-Urteil arbeitet die Politik auf die Beseitigung eines souveränen Staates Deutschland hin. Ohne Rücksicht auf das Grundgesetz, ohne die Forderungen des Bundesverfassungsgerichts überhaupt einer Erwähnung wert zu halten, verkündet Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble: „In der Globalisierung brauchen wir andere Formen von internationaler Governance als ein Nationalstaat.“ Der unscharfe Begriff „Governance“ dürfte hier etwa „Handlungsform“ bedeuten. Für die deutsche Regierung ist Deutschland als souveräner Nationalstaat ein Relikt

aus dem 19. Jahrhundert. Zwischenzeitlich wird nicht mehr ein Bundesstaat EU angestrebt, sondern die Auflösung der nationalen Souveränität durch die Übertragung auf unterschiedliche supranationale Ebenen.

### Grundgesetz schreibt demokratische Kontrolle vor

Bindende Vereinbarungen zwischen Völkern werden durch völkerrechtliche Verträge geschlossen. Bei den Vertragsabschlüssen handeln die Völker durch die in den jeweiligen Verfassungen vorgesehenen Vertreter. In Deutschland ist dies der Bundeskanzler. Die Vertreter sind in ihrem Handeln jedoch nicht frei, das Handeln muss mit den nationalen Verfassungen vereinbar sein. Es ist verfassungsrechtlich unzulässig, dass völker-

rechtliche Verträge die deutsche Eigenstaatlichkeit beseitigen oder dass grundsätzliche demokratische Regeln beseitigt werden. So dürfen völkerrechtliche Verträge nur geschlossen werden, wenn dadurch der innere Bestand oder die verfassungsmäßige Ordnung eines Staates nicht zerstört wird.

Zwar hat das Bundesverfassungsgericht in seinen Entscheidungen festgestellt, dass durch die Verträge von Maastricht und Lissabon die Staatlichkeit und der Bestand Deutschlands nicht beseitigt seien. Sie sind jedoch insoweit verfassungswidrig, soweit sie staatliches Handeln und nationale Hoheitsrechte auf nicht demokratische Organisationen übertragen, deren Handeln nicht demokratisch



### Widerstandskampagnen

**Attac**

**Vorsicht Falle!**  
www.attac.de/ttip

**Campact**

**Stoppt TTIP! Keine Geschenke für Monsanto, BASF & Co.**  
www.campact.de/ttip/appell/teilnehmen

**Positionspapier deutscher Nichtregierungsorganisationen „TTIP“ – Nein danke!**  
www.ttip-unfairhandelbar.de

kontrollierbar ist. Dies gilt vor allem, wenn diese vertragliche Übertragung unbefristet ist und dadurch auch nicht durch Wahlen beeinflusst werden kann.

### Etablierte Parteien ignorieren Verfassungsbruch

In diesem Sinne ist das beabsichtigte Freihandelsabkommen ein Skandal. Es ist unglaublich, mit welcher Arroganz hier die politische Klasse vorgeht. Obwohl die wichtigsten NGOs dagegen Sturm laufen, nimmt sie davon keinerlei Notiz. Keine der etablierten Parteien – außer der Linken – nimmt zum geplanten Hochverrat Stellung. Keine der Parteien wehrt sich aus

verfassungsrechtlicher Sicht gegen die Äußerung Schäubles, dass Nationalstaaten keine Daseinsberechtigung haben, dass sie durch neue „Governancen“ von nichtstaatlichen supranationalen Institutionen abgelöst werden und dass insoweit das Grundgesetz unbeachtlich sei.

Seit Monaten wird von der EU und den USA über das „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP) bzw. „Transatlantic Free Trade Agreement“ (TAFTA) verhandelt. Das Freihandelsabkommen soll Privilegien von Konzernen und Investoren sichern. Es sollen die Standards in den „nicht handelspolitischen“ Bereichen angeglichen werden, wobei es hierbei

## § 92 Strafgesetzbuch: Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Gesetzes beeinträchtigt den Bestand der Bundesrepublik Deutschland, wer ihre Freiheit von fremder Botmäßigkeit aufhebt, ihre staatliche Einheit beseitigt oder ein zu ihr gehörendes Gebiet abtrennt.

(2) Im Sinne dieses Gesetzes sind Verfassungsgrundsätze

1. das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
2. die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
3. ...
4. die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
5. die Unabhängigkeit der Gerichte und
6. der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft.

(3) Im Sinne dieses Gesetzes sind

1. Bestrebungen gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland solche Bestrebungen, deren Träger darauf hinarbeiten, den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen (Absatz 1),
2. ...
3. Bestrebungen gegen Verfassungsgrundsätze solche Bestrebungen, deren Träger darauf hinarbeiten, einen Verfassungsgrundsatz (Absatz 2) zu beseitigen, außer Geltung zu setzen oder zu untergraben.

## ONLINETIPPS

Alexandra Endres,  
Lukas Koschnitzke  
**Wie Konzerne Staaten vor sich hertreiben**  
Zeit, 27.03.2014  
www.zeit.de → Suche:  
Freihandelsabkommen

Christine Wicht  
**Die Instrumente des neoliberalen EU-Orchesters**  
NachDenkSeiten, 10.03.2014  
www.nachdenkseiten.de/?p=21044

Stephan Stuchlik, Achim Pollmeier  
**Freihandelsabkommen: Das Märchen vom Jobmotor**  
ARD, 30.01.2014  
www.wdr.de → Suche:  
Monitor Freihandelsabk.

Jascha Jaworski  
**TTIP-Wachstumsstudien: neoliberale Holographie**  
Telepolis, 19.01.2014  
www.telepolis.de → Suche: TTIP

Interview mit Werner Rügemer  
**TTIP: Abkommen gegen Mindestlöhne?**  
Telepolis, 17.01.2014  
www.telepolis.de → Suche: TTIP

Mike Lingenfelder, Hendrik Loven,  
Sabina Wolf  
**Geheimoperation transatlantisches Freihandelsabkommen**  
Bayerischer Rundfunk, 26.11.2013  
www.br.de → Suche:  
Geheimoperation

Lori Wallach  
**TAFTA – die große Unterwerfung**  
Le Monde diplomatique,  
08.11.2013  
www.monde-diplomatique.de →  
Archiv – Texte → Nov2013

Harald Schumann  
**Der transatlantische Freihandelsbluff**  
Tagesspiegel, 06.11.2013  
www.tagesspiegel.de → Suche:  
Freihandelsbluff

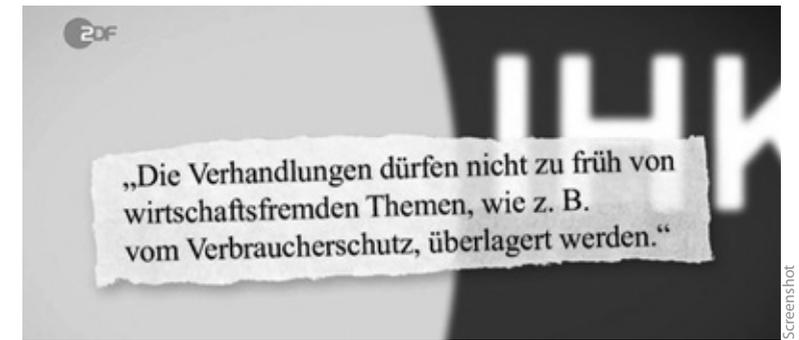
in erster Linie um die Interessen der Investoren geht. Darüber soll nicht der Staat entscheiden. Der Vertrag soll unbefristet gelten. Er wäre nur mit Zustimmung aller Unterzeichnerstaaten abänderbar.

Vorgesehen ist, dass, wenn ein Staat höhere Standards bestimmt – z.B. in den Bereichen Umwelt, Soziales oder Sicherheit –, dies mit Handelsstrafmaßnahmen oder horrenden Entschädigungen an die Unternehmen geahndet wird. Als Sahnehäubchen kommt hinzu, dass hierüber die staatliche Gerichtsbarkeit ausgeschlossen werden soll. Es soll eine Schiedskommission entscheiden, deren Entscheidungen unanfechtbar sind. Dies ist ein weiterer unglaublicher Schlag gegen staatliche Souveränität und gegen das Rechtsstaatsprinzip.

### Rockefeller wünscht Herrschaft der Weltbankiers

Mit diesem Freihandelsabkommen würde verwirklicht, was staatsfeindliche Neoliberalisten beabsichtigen. Der US-Amerikaner David Rockefeller – Bankier, Staatsmann, Berater der amerikanischen Regierung – verkündete offen das Ziel: „Die übernationale Souveränität einer geistigen Elite und der Weltbankiers ist mit Sicherheit der nationalen Selbstbestimmung, wie sie in der Vergangenheit praktiziert wurde, überlegen.“

Die Vertragsverhandlungen, die aufseiten der EU von sogenannten „Handelsfachleuten“ der EU-Kommission unter Leitung des EU-Handelskommissars Karel De Gucht geführt werden, finden seit Mitte 2013 geheim hinter verschlossenen Türen statt. Andererseits haben 600 offizielle Berater der Großkonzerne privilegierten Zugang zu den Dokumenten und zu den Entscheidungsträgern. Grund für die



Quelle: www.youtube.com → Suche: Eisphone & Chlorhühnchen

## Industrie- und Handelskammer (IHK) Bayern

Geheimhaltung ist, dass bereits vor 16 Jahren Verhandlungen über ein „Multilaterales Abkommen über Investitionen“ (MAI) geführt wurden. Nachdem dessen Inhalte öffentlich wurden, scheiterte es am hartnäckigen Widerstand der Öffentlichkeit und Parlamente.

### Grober Verstoß gegen demokratische Prinzipien

Trotz der Geheimhaltung sind die wesentlichen Ziele bekannt. Darum laufen die großen NGOs wie Attac, Mehr Demokratie, Friedensorganisationen, Campact und Umweltschutzorganisationen gegen das Abkommen Sturm. Von Vertretern der Industrie wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit ohne Beteiligung der nationalen Parlamente, ohne Beteiligung des EU-Parlaments und damit faktisch ohne demokratische Kontrolle verhandelt. Umwelt- und Gesundheitsstandards drohen, untergraben zu werden. Hinter dem harmlos klingenden Begriff „Harmonisierung von Standards“ verbergen sich die Interessen der Konzerne.

Sollten Staaten oder auch Kommunen gegen die Vertragsregelungen verstoßen, können hohe Entschädigungszahlungen an Un-

ternehmen fällig werden. Darüber sollen Schiedsgerichte, die keiner nationalen Gesetzgebung und Kontrolle unterworfen wären, entscheiden. Die Vertragsregelungen selbst wären praktisch nicht mehr veränderbar, weil jede einzelne Bestimmung nur mit Zustimmung sämtlicher Unterzeichnerstaaten geändert werden könnte. Selbst auf Wikipedia wird das geplante Freihandelsabkommen unter dem Punkt „Kritik“ als „undemokratisch“, als „unvereinbar mit demokratischen Prinzipien“ und als „Unterwerfung“ der Teilnehmerstaaten unter Konzerninteressen bezeichnet. ■

**Hermann Striedl,**  
Jahrgang 1938, ist  
Jurist und war von  
1967 bis 1969 Staats-  
anwalt und von 1969  
bis 2003 Richter am  
Landgericht Regens-  
burg. 2003 trat er in



die ÖDP ein und war von 2008 bis 2010 ihr Stellvertretender Bundesvorsitzender. Außerdem ist er Mitglied bei Mehr Demokratie und Pax Christi.

Kontakt: h.striedl@gmx.de

Banken- und Staatsschuldenkrise

## Ein sich selbst zerstörendes System

Sparen gilt heute als wichtige politische Aufgabe, als Ausweg aus der Staatsschuldenkrise. Doch so einfach ist die Sache nicht. Zum einen hängen die hohen Staatsschulden eng mit der Finanzkrise und den damit verbundenen Bankenrettungen zusammen. Zum anderen funktionieren Volkswirtschaften in Kreisläufen.

von Robbert Maris

**M**it Schulden hat alles angefangen. In seiner Rezension von David Graebers „Schulden: Die ersten 5.000 Jahre“ schreibt FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher: „Tatsächlich beginnt die Geschichte der menschlichen Ökonomie mit Krediten und ohne Geld. Jemand verspricht, die Ware, die er erwirbt, später auf irgendeine Weise zu begleichen.“ Wenn das Versprechen zu Papier gebracht ist, ist es für den einen ein Schuldschein und für den anderen logischerweise ein Gutschein.

Über den Umweg von goldgedecktem Geld sind wir heute wieder beim Rückzahlungsversprechen gelandet. Und das ist eigentlich nicht unlogisch, zumal Banken als Kreditinstitute in irgendeiner Weise als Analogie zu einem Treuhänder gesehen werden können, der Sicherheit verschafft, dass Kredite auch zurückgezahlt werden oder ein Ausfall versichert ist.

### Huhn-Ei-Problem

Wenn die Schulden zuerst da waren, was ist dann mit Spareinlagen? Die Geschäftsbanken schaffen Geld (Giralgeld), ohne dass vorher Geld gespart werden muss. Die Erspar-

nis, aus der sich der Kredit speist, entsteht gewissermaßen im Nachhinein. Das klingt ein wenig magisch, aber das Entscheidende ist: Beides bedingt einander. Nur die Kausa-

Schuldschein verkaufen, ohne dass der eine Schuldschein bei der Erbringung der Gegenleistung vernichtet wird. Auch wenn bei diesem Beispiel Zinsen ins Spiel kämen,

*Die amerikanische Subprime-Krise hat die Eurokrise nicht ausgelöst, sondern nur zum Ausbruch kommen lassen. Sie war schon seit 2005 als Leistungsbilanzkrise am Brodeln.*

lität ist anders, als wir gemeinhin annehmen. Das geht uns etwas gegen den Strich. Nur soviel dazu: Um weitere Kredite vergeben zu können, sind Banken auf Einlagen angewiesen. Zum Verständnis ist wichtig: Wenn Banken im „Gleichschritt“ Kredite vergeben, entsteht durch den Kauf von Leistungen mit Kreditgeld (Giralgeld) Guthaben bei Verkäufern auf deren Bankkonto, und damit ist irgendein Kredit jenes Geldinstituts durch eine Guthabenbuchung bilanziell ausgeglichen – und umgekehrt.

Dies ist am ehesten mit einem Handel zwischen zwei Personen in der Antike zu vergleichen, die sich gegenseitig Leistungen gegen-

wäre es ein Nullsummenspiel. Aber weil wir zusammen unzählige Wirtschaftssubjekte sind, liegt es nahe, tatsächlich große Verteilungsunterschiede von Krediten und Guthaben anzutreffen. Und dann können Zinsen sehr wohl eine problematische Rolle spielen.

Man darf ruhig davon ausgehen, dass die Kreditschöpfung im neoliberalen Zeitalter zu einer neuen „Sportart“ geführt hat, nämlich eine Finanzindustrie, die mithilfe vieler „kreativer“ Finanzprodukte keine Wertschöpfung erzeugt, sehr wohl aber eine Ungleichverteilung. Die Deutsche Bank z.B. hat ihre Bilanzsumme von 77 Mrd. Euro im Jahr 1980 bis 2011 ver-28-facht.

### Bankschulden

Ein wesentlicher Punkt bei der Kreditvergabe ist die Sicherheit bzw. das Zahlungsausfallrisiko. Traditionell geben Banken gerne Immobilienkredite, da hier ein ziemlich klar definierter Sachwert Sicher-

wurde, dass die Wertentwicklung einen positiven Verlauf nehmen würde und die Kredite bedient werden könnten.

Als dann 2007 die Krise in den USA ausbrach, waren sich alle Fachleute – auch die, die damals in der

mit nur ein wenig Kredit ausfallen und die Bank hat ihr Eigenkapital verbraucht, was Insolvenz bedeutet.

Weil andere Banken und Institutionen, die ebenfalls geringe Eigenkapitalanforderungen hatten, Einlagen hätten abschreiben müssen, wären die allzu leicht auch zahlungsunfähig geworden. Die Kettenreaktion blieb zum Glück aus, weil viele Staaten mit Steuergeld Banken retteten. Inzwischen wurden die Eigenkapitalanforderungen angehoben – aber in den Augen einiger Ökonomen noch zu wenig.

Die amerikanische Subprime-Krise hat die Eurokrise nicht ausgelöst, sondern nur zum Ausbruch kommen lassen. Die Krise in Europa war unter der Oberfläche schon seit 2005 als Leistungsbilanzkrise am Brodeln. Aber niemand griff ein, obwohl die EZB in einem Papier gefährliche Ungleichgewichte in der Eurozone festgestellt hatte. Was dann 2008 passierte, hat mit Herdenverhalten zu tun: Wenn etwas positiv läuft, laufen dem alle nach – und wenn es z.B. um Aktienkurse geht, steigen die unrealistisch an. Wenn es negativ läuft, wollen plötzlich alle aussteigen – und ein Problem verschärft sich.

In der Eurozone bestand das Brodeln unterm Vulkan darin, dass Unmengen an Kapital – insbesondere aus Deutschland und Frankreich – eine gute Anlagemöglichkeit suchten und sie in Investitionsmöglichkeiten insbesondere in Südeuropa fanden. Die Einführung des „Buch-Euro“ im Jahr 1999 hat dies ermöglicht, weil dadurch Wechselkursschwankungen der Vergangenheit angehörten. Damit ist der Euro nicht schlecht, sondern das Investitionsverhalten war nicht angemessen risikobewertet. So entstand z.B. die berühmt-berüchtigte Bau-tätigkeit in Spanien. Auch hier das

*Unternehmen sind aufgrund hoher Gewinne immer weniger auf Schulden angewiesen. Deshalb müssen Ersparnisse zunehmend vom Staat „absorbiert“ werden.*

heit verschafft. Aber dieser Wert ist in Boomzeiten gefährdet, z.B. aufgrund von zu viel Bautätigkeit oder Spekulation. Als die Immobilienpreise in den USA zu sinken begannen, stimmte der Gegenwert der AAA-Kredite, die gebündelt überall in der Welt weiterverkauft wurden – auch an deutsche Landesbanken! – nicht mehr. Die sogenannte „Subprime-Krise“ wurde nicht durch den unerwarteten Wertverlust der Immobilien an sich ausgelöst, sondern weil viel zu sehr darauf vertraut

ÖkologiePolitik 141 befragt wurden – darin einig, dass der Staat Banken retten müsse. Das leuchtet keinem Laien so ein. Der Punkt ist aber, dass es den Banken erlaubt war, von ihrer Bilanzsumme – also etwa der gesamte Wert an ausstehenden Krediten auf der Aktivseite – je nach Risikogewichtung nur etwa 1–2 % Eigenkapital vorzuhalten. Das heißt konkret: Im Extremfall waren bis zu 99 % ausstehender Kredite gedeckt durch die Summe von Einlagen und Wertpapieren. Es muss so-



Foto: kolli / photocase.de

Gleiche wie zuvor in den USA: Angeblich sichere Immobilien werden zu einem Riesenproblem für Banken.

In diesem Zusammenhang wird des Öfteren – insbesondere auf fragwürdigen Internet-Seiten – darauf hingewiesen, dass die Banken in der Eurozone 9 Bio. Euro Schulden haben. Aber es wird dabei übersehen, dass eine Bankbilanz immer aus Aktiva und Passiva besteht. Also ist etwa die gleiche Höhe an Forderungen vorhanden. Schließlich ist

Staatsanleihen gekauft. Diese Zinshöhe kann man kritisieren, aber ohne die LTRO-Kredite hätten die Staaten deutlich mehr Zinsen an Spekulanten und Hedgefonds zahlen müssen. Man kann es auch so sehen: Eigentlich ging es um eine Verlagerung von Bankschulden zu Staatsschulden.

Im Übrigen ist es so, dass Staatsschulden auch durch Konjunkturprogramme angestiegen sind. Man darf aber mit Recht behaupten – und das geht buchstäblich unter bei

eine Vermögensabgabe bzw. Vermögenssteuer. Diese muss dringend wieder eingeführt werden – zugunsten einer Abnahme der Staatsschulden ohne Abwürgen der Wirtschaft. Faktisch ist dies eine Methode, die überzogenen Kreditaufblähungen durch die Kreditschöpfungen abzubauen. Ohne Abwürgen der Wirtschaft können Staatsschulden vermindert werden, wenn der Staat die Unternehmen dazu bringen kann, mehr Kredite aufzunehmen. Kreativität ist angesagt!

*Weil Kreditgeld dazu genutzt werden kann, außerhalb der Realwirtschaft „Wertschöpfung“ – Umverteilung! – herbeizuführen, führt es zu überproportionalem Wachstum des Geldvermögens.*

eine Bank ein Geldhaus ohne nennenswerte Sachwerte. Wenn die Forderungen an Wert verlieren, kommt es „lediglich“ darauf an, dass das Eigenkapital aufge bessert wird oder sonst etwas gemacht wird, z.B. Gläubigerbeteiligung. Es geht um große Beträge, aber eine einseitige Betrachtung der Schuldenwirklichkeit schürt nur Euro-Ängste.

### Staatsschulden

Es kann nicht oft genug betont werden: Die Staatsschuldenkrise entstand infolge der Bankenkrise. Bestes Beispiel ist Spanien, das eine vorbildliche Staatsschuldenquote aufwies. Die Bankenrettungen haben überall tiefe Löcher in den Kassen geschlagen. Verstärkt wurde dies durch die sogenannten „LTRO-Kredite“: 2011 bekamen Banken zu Minimalzinsen EZB-Kredite, um eine drohende Kreditklemme abzuwenden, und haben dann zu etwa 5–6% spanische und italienische

den extra Schuldenaufnahmen der vergangenen Jahren –, dass zunehmend Ersparnisse ihren Gegenpart in Staatsschulden finden, z.B. Vermögen der Rentenkassen. Viele Gelder für eine private Altersvorsorge werden indirekt in Staatsanleihen angelegt. Insofern muss es nicht wundern, dass eine Staatsschuldenquote steigt, wenn die Ersparnisse größer werden sollen.

Schließlich muss festgestellt werden: Unternehmen sind aufgrund hoher Gewinne immer weniger auf Schulden – das sind die Ersparnisse anderer – angewiesen. Deshalb müssen Ersparnisse zunehmend vom Staat „absorbiert“ werden, um einen Konjunkturreinbruch zu vermeiden.

Andererseits: Gemäß der Kredittheorie muss die Kreditvergabe vermindert werden, um die Ersparnisbildung zu vermindern. Da es aber bereits sehr hohe Ersparnisse gibt, gibt es eigentlich nur einen Weg, Abhilfe zu schaffen, und zwar über

### ONLINETIPPS

Frank Schirrmacher  
**Und vergib uns unsere Schulden**

FAZ, 13.11.2011  
www.faz.net → Suche:  
Und vergib uns unsere Schulden

Fabian Lindner  
**Der Kredit, das unbekannte Wesen**  
Flassbeck-Economics, 12.02.2014  
www.flassbeck-economics.de/  
der-kredit-das-unbekannte-wesen

Interview mit  
Stephan Schulmeister  
**Sparzwang führt in die Depression**  
Standard, 01.07.2012  
www.derstandard.at → Suche:  
Kontra Fiskalpakt

Stephan Schulmeister  
**Euroabwicklung: Der finale Schritt in den Wirtschaftskrieg**  
Blätter, 10/2013  
www.blaetter.de → Suche:  
Euroabwicklung

Wikipedia  
**Kredittheorie**  
http://de.wikipedia.org/wiki/  
kredittheorie



Foto: jock + scott / photocase.de

### Fazit

Die Kreditgeldschöpfung sorgt in erster Linie dafür, dass realwirtschaftliche Prozesse in Gang gesetzt bzw. am Laufen gehalten werden. Weil Kreditgeld auch dazu genutzt werden kann, quasi außerhalb der Realwirtschaft „Wertschöpfung“ – in Wirklichkeit: Umverteilung! – herbeizuführen, führt es zu überproportionalem Wachstum des Geldvermögens. Sonst stünde dies mit dem realwirtschaftlichen Bedarf im Einklang. Die kettenähnlichen Kreditverkäufe und die Tatsache, dass das Risikomanagement der Banken seit Jahren praktisch nicht mehr existent ist, kann man als Hauptübel der vergangenen Jahre sehen. Der Euro ist lediglich ein Faktor, der die Entwicklung begünstigt hat. Dazu kommt natürlich die Rolle des Euro bei den Handelsungleichgewichten. Des Weiteren kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Staatsschulden vermindert werden müssen. Aber es kommt auf die richtige Medizin an.

Der Soziologe Wolfgang Streeck lieferte mit seinem Buch „Gekaufte Zeit“ einen viel beachteten Bei-

trag im Euro-Diskurs: Er plädiert für eine geordnete „Abwicklung“ der Währungsunion. Es müsse der „Vormarsch des neoliberal-supranationalen Leviathan“ durch eine „Euro-Abwicklung“ zumindest verlangsamt werden.

Nur verlangsamt? Der Wiener Ökonom Stephan Schulmeister liefert in einem Artikel einen erfrischend anderen Blick: Streeck mache einen Denkfehler, wenn er die Währungsunion in Verbindung mit den neoliberalen Regeln ihrer Ausgestaltung und deren Umsetzung bringt. „Die von ihm zu Recht kritisierten desaströsen Folgen der Spar- und Austeritätspolitik sind für ihn eine notwendige Folge des Euro-Projekts selbst. Tatsächlich jedoch war und ist das Euro-Projekt an sich das bedeutendste anti-neoliberale Projekt der letzten 40 Jahre – nämlich der Versuch einer endgültigen Überwindung von Devisenspekulation und Wechselkursinstabilität. Allerdings wurde es in Zeiten einer zunehmenden Dominanz der neoliberal-finanzkapitalistischen Weltanschauung konzipiert. Die daher in der EU verankerte neoli-

### BUCHTIPP

Susanne Schmidt  
**Das Gesetz der Krise**  
Wie die Banken die Politik regieren  
Droemer, 2012  
240 Seiten, 19,99 Euro  
978-3-426-27600-6



berale Regelbindung der Politik – von den Maastricht-Kriterien bis zum Fiskalpakt – hat wesentlich zur Vertiefung der Krise in Europa seit den 1990er-Jahren wie zu ihrer verheerenden Intensivierung in den letzten Jahren beigetragen.“

Schulmeister bringt es auf den Punkt: Die Regeln der Währungsunion müssen geändert werden. Der Fiskalpakt z.B. wird das europäische Sozialmodell langsam demontieren. Und kollektives Sparen ist kontraproduktiv. Er meint, dass Änderungen im Regelwerk rascher kommen, als viele glauben: „Denn die neoliberal-finanzkapitalistische ‚Spielanordnung‘ ist kein immer mächtiger werdender ‚Leviathan‘, wie Streeck schreibt, „sondern ein System, das sich, wie schon so oft in der Wirtschaftsgeschichte, selbst zerstört.“

**Robbert Maris,**  
Jahrgang 1961,  
studierte Elektrotechnik und übte anschließend diverse Tätigkeiten als Entwicklungsingenieur aus, seit 2009 freiberuflich. In die ÖDP trat er 1998 ein und war von 2012 bis 2013 Beisitzer im Vorstand ihres Landesverbands Nordrhein-Westfalen.



maris.rob@ingenieur.de

## Finanz- und Eurokrise

# „Ohne richtige Diagnose keine richtige Therapie“

Die Finanzwirtschaft treibt die Politik vor sich her. Die Erklärungen und Ratschläge der meisten „Wirtschaftsexperten“ verschleiern nur die wahre Situation. Ein Aalener Wirtschaftsprofessor interpretiert die gegenwärtige Krise als Endphase einer Wachstumsperiode und zeigt Wege zu einer menschen- und umweltgerechten Wirtschaftsordnung.

Interview mit Prof. Dr. Christian Kreiß

Herr Prof. Kreiß, die Finanzkrise ging in die Eurokrise über. Zu der gibt es recht unterschiedliche Analysen, Rezepte und Prognosen. Wie sehen Sie das?

Die Eurokrise ist eingebettet in eine grundlegendere, im Hintergrund ablaufende Wirtschaftskrise. Unsere bestehende Wirtschaftsordnung führt dazu, dass sich etwa alle 70 Jahre große Finanz- und Wirtschaftskrisen bilden müssen. Wir befinden uns momentan am Ende des jüngsten Wachstums- und Krisenzyklus, dessen Beginn 1945 war. Die Zyklen laufen folgendermaßen ab: Am Anfang gibt es starkes, wohl-

dann Überschuldung und zuletzt zum Einbruch der Nachfrage. Der steht nun kurz bevor bzw. hat in manchen Ländern begonnen, ist aber noch in der Anfangsphase. Der Euro hat die Situation für die Euroländer verschlimmert. Hier dürfte die bevorstehende Bereinigungskrise besonders stark ausfallen.

Warum dauern die Wachstumszyklen 70 und nicht 50 oder 100 Jahre?

Die 70 Jahre sind nur eine grobe Vereinfachung. Wenn man einen Zinssatz von 7 % pro Jahr annimmt, was für die Jahre seit 1945 nicht ganz unrealistisch ist, dann werden aus 1 Euro in 70 Jahren über

100 Euro. Eine solche Explosion von Vermögen ist in einer Welt mit begrenzten Ressourcen auf Dauer nicht haltbar. Das ist krebsartiges Wachstum und muss kollabieren. Eine ähnliche Situation wie heute hatten wir 1914, als ebenfalls etwa 70 Jahre ein mehr oder weniger ununterbrochenes Wirtschaftswach-

tum seit Beginn der Industriellen Revolution stattgefunden hatte. Da die Kapazitätsbereinigungen im Zuge des Ersten Weltkrieges nicht ausreichend waren, stand die Weltökonomie kurz darauf wieder vor einer ähnlichen Situation wie 1914. Unsere heutige Wirtschaftslage ähnelt also stark derjenigen von 1914 oder 1929.

Wo liegen die Parallelen zwischen der Großen Depression der 1930er-Jahre und heute?

Ähnlich wie heute gab es in den Jahren bis 1929 eine starke Zunahme der Ungleichverteilung in den meisten Industrieländern. Unternehmensgewinne, Investitionen und Wirtschaftswachstum waren z. B. in den „Roaring Twenties“ in den USA stark, aber die Masseneinkommen hielten damit nicht Schritt. Also konnten die stark zunehmenden Produktionskapazitäten ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr abgesetzt werden. Das führte zu dem tragischen, aber logischen Einbruch der Massennachfrage ab 1929 und riesigen Überkapazitäten von 1929 bis 1940. Vor einer ähnlichen Gefahr stehen wir heute. Man braucht nur einen Blick auf die Automobilkapazitäten zu werfen.



Prof. Dr. Christian Kreiß, Jahrgang 1962, studierte Volkswirtschaft und promovierte über die Große Depression 1929–1932. Anschließend war er beruflich neun Jahre in verschiedenen Geschäftsbanken tätig, davon sieben Jahre als Investmentbanker. Seit 2002 lehrt er als Professor an der Hochschule für Wirtschaft und Technik in Aalen Finanzierung und Wirtschaftspolitik. Im März 2013 wurde die von ihm mitverfasste Studie „Geplante Obsoleszenz“ im Deutschen Bundestag vorgestellt, im Juli 2013 erschien sein Buch „Profitwahn“, im April 2014 sein Buch „Geplanter Verschleiß“.

[www.menschengerechsetwirtschaft.de](http://www.menschengerechsetwirtschaft.de)

Welche Lehren wurden aus der Großen Depression der 1930er-Jahre gezogen? Und welche nicht?

Ökonomen, Notenbanker und Politiker haben aus den 1930er-Jahren gelernt, dass man die Geldmenge in Krisenzeiten nicht schrumpfen lassen und die Staatsausgaben nicht kürzen sollte. Daher wird heute global die Geldmenge dramatisch erhöht und es werden hohe staatliche Haushaltsdefizite zugelassen. Das ist, um Zeit zu gewinnen, kein Fehler. Aber die entscheidende Lehre aus der Geschichte – das ökonomische Problem der Ungleichverteilung, zunehmender Verschuldung und Aufbau von Überkapazitäten – sieht man heute ebenso wenig wie damals. Das kann auch nicht mit inflationärer Geldvermehrung oder Staatsverschuldung behoben werden. Denn die zu hohen Produktionskapazitäten sind nun einmal real da. Man müsste dazu an ganz anderer Stelle ansetzen.

Was spricht für eine neue Große Depression?

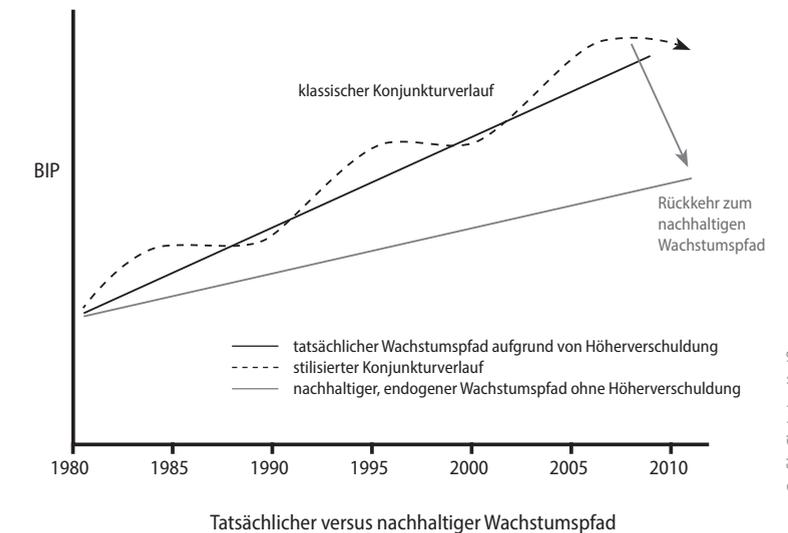
Die herrschende Lehre in der Ökonomie erkennt die Ursachen der Wirtschaftskrise nicht, weil sie auf falschen Grundannahmen aufbaut.

Die herrschende Lehre in der Ökonomie erkennt die eigentlichen Ursachen der derzeitigen Wirtschaftskrise ebenso wenig wie Anfang der 1930er-Jahre, weil sie auf mehreren falschen Grundannahmen aufbaut. Das zeigen z. B. die Vorhersagen der führenden Ökonomen in den Jahren 2008 und 2009, die vollkommen falsch waren. Ohne richtige Diagnose ist aber eine richtige Therapie fast unmöglich. Die herrschende Ökonomielehre beeinflusst maßgeblich die derzeitige Wirtschaftspolitik, die entsprechend falsch ist. Noch könnten wir umsteuern, aber sehr viel Zeit bleibt nicht mehr. In ein paar Jahren könnte es zu spät sein.

Die herrschende Lehre in der Ökonomie erkennt die eigentlichen Ursachen der derzeitigen Wirtschaftskrise ebenso wenig wie Anfang der 1930er-Jahre, weil sie auf mehreren falschen Grundannahmen aufbaut. Das zeigen z. B. die Vorhersagen der führenden Ökonomen in den Jahren 2008 und 2009, die vollkommen falsch waren. Ohne richtige Diagnose ist aber eine richtige Therapie fast unmöglich. Die herrschende Ökonomielehre beeinflusst maßgeblich die derzeitige Wirtschaftspolitik, die entsprechend falsch ist. Noch könnten wir umsteuern, aber sehr viel Zeit bleibt nicht mehr. In ein paar Jahren könnte es zu spät sein.

Die herrschende Lehre in der Ökonomie erkennt die eigentlichen Ursachen der derzeitigen Wirtschaftskrise ebenso wenig wie Anfang der 1930er-Jahre, weil sie auf mehreren falschen Grundannahmen aufbaut. Das zeigen z. B. die Vorhersagen der führenden Ökonomen in den Jahren 2008 und 2009, die vollkommen falsch waren. Ohne richtige Diagnose ist aber eine richtige Therapie fast unmöglich. Die herrschende Ökonomielehre beeinflusst maßgeblich die derzeitige Wirtschaftspolitik, die entsprechend falsch ist. Noch könnten wir umsteuern, aber sehr viel Zeit bleibt nicht mehr. In ein paar Jahren könnte es zu spät sein.

## Weltwirtschaftslage 2013: Die Bereinigung (wie 1929) ist längst überfällig



Die untere Gerade zeigt ein fiktives Wachstum, wie es bei steigenden Masseneinkommen und ohne Verschuldung geschehen wäre. Die obere Gerade zeigt das tatsächliche Wachstum der letzten 30 Jahre – schuldenbasiert, wegen zunehmender Ungleichverteilung.

„Ein Kollaps ließe sich verhindern, indem man die Ungleichverteilung langsam rückgängig macht.“

fahrtförderndes Wirtschaftswachstum. Ab der Mitte wird systembedingt die Ungleichverteilung immer stärker. Dies führt auf der Produktionsseite zu Überinvestitionen und krebsartigen Produktionsstrukturen. Auf der Abnehmerseite kommt es zu stagnierenden Masseneinkommen, steigender Verschuldung,

100 Euro. Eine solche Explosion von Vermögen ist in einer Welt mit begrenzten Ressourcen auf Dauer nicht haltbar. Das ist krebsartiges Wachstum und muss kollabieren. Eine ähnliche Situation wie heute hatten wir 1914, als ebenfalls etwa 70 Jahre ein mehr oder weniger ununterbrochenes Wirtschaftswach-

Warum taucht diese Einschätzung in der Berichterstattung der Massenmedien und auch der Fachmedien nicht auf?

Als Minderheitsmeinung taucht sie langsam immer öfter an verschiedenen Stellen auf. Manche Wirtschaftsbücher, die ähnlich kritische Aussagen zur gängigen Ökonomielehre haben, entwickeln sich zu Bestsellern. Viele Menschen in unserem Lande spüren, dass etwas nicht stimmt. Aber der Großteil der Berichterstattung ist nach wie vor der

gängigen Ökonomielehre verhaftet. Das liegt neben den herrschenden, seit Jahrzehnten gepflegten Denkgewohnheiten auch an Interessenvertretung oder Lobbyarbeit, die viele Medien direkt über die Eigentümerstruktur oder indirekt über Werbung beeinflussen. Die ÖDP

z.B. Hedgefonds oder Investmentbanken, die auf Zusammenbruch wetten, oder einzelne Menschen wie John Pierpont Morgan, der von der Weltfinanzkrise 1907 enorm profitierte.

*Lässt sich ein Kollaps verhindern? Und wenn ja: wie?*

### „Von der derzeitigen Entwicklung profitieren am meisten die wohlhabendsten Haushalte.“

lehnt ja genau aus diesem Grund bestimmte Spenden ab. Das ist nicht nur sehr sympathisch, sondern konsequent und absolut richtig.

*Wer profitiert von der derzeitigen Entwicklung? Und wer von einem Kollaps unserer Wirtschaft?*

Von der derzeitigen Entwicklung profitieren am meisten die wohlhabendsten Haushalte, sowohl bei uns wie in den meisten anderen Ländern, während der Großteil der Bevölkerung Nachteile hat. Bestimmte Eliten in der EU, in Notenbanken, beim IWF, die nicht demokratisch legitimiert sind, gewinnen stark an Einfluss, indem sie konkrete Politikvorgaben für demokratisch gewählte Regierungen machen. Bei einem Kollaps ganzer Länder gibt es normalerweise auch Gewinner, wenn auch nicht viele,

Ein Kollaps ließe sich ganz leicht verhindern. Zum einen, indem man die in den letzten 30 Jahren aufgebaute Ungleichverteilung langsam wieder rückgängig macht: durch stärkere Belastung großer Vermögen und der hieraus fließenden leistungslosen Einkommen und entsprechende Entlastung von Erwerbstätigen. Da hätten wir sofort ein Konjunkturprogramm z.B. für Griechenland oder Spanien und die akute Krise dort wäre in wenigen Monaten vorbei. Zum anderen bräuchten wir Frei- oder Schwundgeld, d.h. Durchhaltekosten auf Geld, sodass Bar- und Giralgeld z.B. alle drei Monate 1% an Wert verliert. Für Freigeld gibt es sehr erfolgreiche geschichtliche Beispiele. Allerdings gibt es gegen diese Maßnahmen erhebliche Widerstände der betroffenen Eigentümer großer Vermögen, die über Lobbyarbeit starken Einfluss auf Politik und Medien haben.

*Warum eine Geldreform?*

Alle Arten von Zinseszins führen im Verlauf langer Zeiträume über die Exponentialfunktion zu explosionsartigem Wachstum, das durch die reale Wirtschaft nicht gedeckt werden kann. Die Einführung von Frei- oder Schwundgeld würde verhindern, dass sich Geldvermögen

ohne Arbeitsleistung ständig weiter vermehren.

*Genügt dazu nicht eine entsprechend hohe Inflationsrate?*

Nein. Zum einen trifft Inflation nur eine der drei Hauptvermögensarten: das Geldvermögen. Die beiden anderen – Boden bzw. Immobilien und Unternehmensvermögen – können durch Inflation nicht erreicht werden. Dort bleiben die leistungslosen Rentenzahlungen durch Inflation weitgehend unbehelligt und können sich ungehemmt exponentiell weitervermehren. Zum anderen hat Inflation sehr schlechte ökonomische Nebenwirkungen. Inflation betrifft die unterschiedlichen Bereiche des Wirtschaftslebens in unterschiedlicher Höhe und zeitlicher Reihenfolge. Das verzerrt die Preise und folglich wird falsch investiert und produziert.

*Falsche Preise, falsche Investitionen, falsche Produktionen – wie hängt das zusammen?*

Ein frischer Schub neu gedrucktes Geld trifft normalerweise nicht gleichmäßig in den Wirtschaftskreislauf ein, sondern an bestimm-

ter. Eine Preiswelle läuft ungleich durch den Wirtschaftskreislauf und verzerrt die Preisrelationen. Preise sind aber für die Wirtschaft wie ein Thermometer, das signalisiert, wo Knappheiten sind. Wo die Preise hoch sind, wird produziert und dann investiert. Sind die Signale durch Preiswellen verfälscht, wird falsch produziert und falsch investiert. Bei hohen Inflationsraten weiß kein Unternehmer mehr, ob es wirklichen Bedarf nach seinen Gütern gibt oder nicht. Er produziert „im Blindflug“ drauflos. Wenn dann die Inflation gestoppt wird, zeigt sich: Viele der Güter sind überflüssig. Dann kommt eine Bereinigungskrise wie 1924 in Deutschland nach Beendigung der Hyperinflation, was in wenigen Monaten die Arbeitslosenzahl von etwa 100.000 auf über 4 Mio. hochschnellen ließ.

*Nochmals zum Zins: Ist der nicht eine sinnvolle „Hürde“, um hemmungsloses Schuldenmachen zu bremsen oder zu verhindern?*

Die letzten 30 Jahre zeigten: Trotz der bestehenden „Hürde“ fand hemmungsloses Schuldenma-

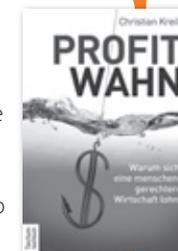
### „Bei einem Kollaps ganzer Länder gibt es normalerweise auch Gewinner, wenn auch nicht viele, z.B. Hedgefonds oder Investmentbanken.“

ten Stellen. Nehmen wir an, der Staat bringt neues Geld in Umlauf, dem keine neuen Güter gegenüberstehen, indem er z.B. Sozialhilfempfängern mehr Geld gibt. Die geben es für den Konsum aus. Durch die erhöhte Nachfrage beginnen im Einzelhandel die Preise zu steigen. Der Einzelhandel ordert beim Großhandel, der Großhandel bei der Konsumgüterindustrie, die Konsumgüterindustrie bei der Investitionsgüterindustrie – und so wei-

chen bei Haushalten und Regierungen statt. Dagegen müsste an ganz anderer Stelle angesetzt werden: bei den Kriterien zur Kreditvergabe. Ein verantwortungsvoller, nicht spekulativer Umgang mit Geld bzw. Kredit ist wichtiger als die Zinshöhe. Dazu müsste man die Banklandschaft überdenken. Regionale Genossenschaftsbanken oder Sparkassen vor Ort zeigen einen sehr verantwortungsvollen Umgang mit Geld im Gegensatz zu den anony-

## BUCHTIPP

Christian Kreiß  
**Profitwahn**  
Warum sich eine menschengerechtere Wirtschaft lohnt  
Tectum, Juli 2013  
200 Seiten, 17,95 Euro  
978-3-8288-3159-9



men Großbanken. „Too big to fail“ sollte es künftig nicht mehr geben.

*Frei- oder Schwundgeld verführt zum Geldausgeben. Steht das nicht im krassen Widerspruch zur Notwendigkeit, mit unseren Ressourcen sparsam umzugehen?*

Schwundgeld und Vermögenssteuern sollen verhindern, dass wir jetzt in eine Depression versinken wie in den Jahren ab 1929. Das wären von daher zunächst einmal kurzfristige Krisenverhinderungsmaßnahmen: Das Geld würde wieder zirkulieren. Geld ist ja genug da, nur falsch verteilt. Langfristig müssen wir uns aber natürlich fragen: Wo wollen wir eigentlich hin?

*Zu einer umwelt- und menschengerechten Wirtschaftsstruktur! Aber wie kommen wir dahin?*

Auf politischer Ebene u.a. durch die oben beschriebenen Maßnahmen und natürlich durch Impulse, wie sie die ÖDP gibt. Aber das reicht nicht. Ohne Umdenken und Bewusstseinswandel wird der Weg zu einer umwelt- und menschengerechten Wirtschaftsstruktur kaum funktionieren. Jeder Einzelne von uns kann sich fragen: Wo kann ich auf Unnötiges verzichten? Wie kann ich verantwortungsvoll mit Geld umgehen? Wo kann ich etwas beitragen?

*Herr Prof. Kreiß, herzlichen Dank für das interessante Gespräch!* ■



Gemeinwohl-Ökonomie

# Intelligentere Spielregeln

„Das Kernproblem ist, dass das eigentliche Ziel des Wirtschaftens immer mehr in Vergessenheit gerät: das Gemeinwohl – also Werte für Menschen schaffen. Damit einher geht auch die Erfolgsmessung am Ziel vorbei.“ Christian Felber bringt es auf den Punkt und trifft damit den Nerv unserer Zeit. Die von ihm initiierte „Gemeinwohl-Ökonomie“ entwickelte sich in wenigen Jahren zur europäischen Reformbewegung.

von Jörn Wiedemann

O bwohl erst 2010 gegründet, hat die Gemeinwohl-Ökonomie inzwischen einen hohen Bekanntheitsgrad erreicht – mit starker Tendenz nach oben. Das gleichnamige Buch erschien inzwischen auch auf Italienisch, Französisch und Spanisch, ins Englische ist es gerade übersetzt. Täglich tragen sich Unternehmen aus ganz Europa als „Unterstützer“ der Bewegung auf ihrer Website ein. Aber warum eigentlich Unternehmen? Ist die „Wirtschaft“ nicht die Ursache unserer ökologischen und sozialen Probleme? Oder zumindest der große Bremser auf dem Weg zu deren Lösung? Unternehmen ist nicht gleich Unternehmen.

Was der Öffentlichkeit gerne als „Interessen der Wirtschaft“ verkauft wird, ist meist eine irreführende Umschreibung für die Interessen von international operierenden Großkonzernen. Von der Globalisierung und dem damit verbundenen Umwelt- und Sozialdumping-Wettbewerb profitieren vor allem sie, nicht die unzähligen mittel- und kleinständischen Unternehmen. Deshalb gibt es durchaus viele Unternehmer, die mit Attac sympathisieren. 2008 meldete sich ein Dutzend davon bei Chris-

tian Felber, Mitbegründer von Attac Österreich und Autor des Buchs „Neue Werte für die Wirtschaft“. Sie boten ihm an, seine darin formulierten Gedanken weiterzuentwickeln und sich für deren Umsetzung zu engagieren – und taten dies dann fast zwei Jahre lang.

## Rückbesinnung und entschlossener Reformwille

Im Mai 2010 gründete sich in Wien das erste „Energiefeld“ – so die Bezeichnung für regionale Gruppen. Im August erschien das Buch „Gemeinwohl-Ökonomie“, im Oktober fand das Symposium „Unternehmen neu denken“ statt. Statt der erhofften 50 Teilnehmer kamen 100. Zu einer ersten „Pioniergruppe“

revolutionären Gedanken aufweist. Ihr Alleinstellungsmerkmal ist, im Wirtschaften mehr zu sehen als banale Gewinnmaximierung. Es geht um Werte. Die meisten kennt man aus „vergangener Zeit“. Sie spiegeln sich in Begriffen wie „Ehrbarer Handwerker“ oder „Ehrbarer Kaufmann“ wider.

Die Industrie- und Handelskammer (IHK) Nordrhein-Westfalen versuchte Letzteres vor Kurzem wiederzubeleben und beschreibt das Leitbild so: „Der ehrbare Kaufmann in seinem Unternehmen: ist Vorbild in seinem Handeln, schafft dort die Voraussetzung für ehrbares Handeln, legt sein Wirken langfristig und nachhaltig aus.“ Und bei der IHK München und Ober-

*Werte-orientiertes Handeln,  
das dem Gemeinwohl dient, darf keine Nachteile  
erfahren, sondern muss belohnt werden.*

meldeten sich 20 Unternehmen. Dies gilt als die Geburtsstunde der Gemeinwohl-Ökonomie als internationale Reformbewegung. Das Bemerkenswerte an ihr ist, dass sie von Unternehmerinnen und Unternehmern ins Leben gerufen wurde und auch keine besonders

bayern heißt es: „Der Handschlag zählt. Auf Grundlage der sozialen Marktwirtschaft sehen wir uns in gesellschaftlicher Verantwortung und bekennen uns zum Prinzip des Ehrbaren Kaufmanns. Wir wollen Vorbild sein und lassen uns von Anstand und Sitte leiten, stehen für

Fairness und Nachhaltigkeit, achten auf die Einhaltung der Regeln. Bei widerstreitenden Interessen stehen wir als Vermittler zur Verfügung.“

## Wirtschaft sollte dem Gemeinwohl dienen

Aber es sind nicht nur althergebrachte Werte und Gepflogenheiten, auf denen die Idee der Gemeinwohl-Ökonomie basiert. In der 1946 in Kraft getretenen Bayerischen Verfassung steht in Artikel 151, Abschnitt 1: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl.“ Von diesem Verfassungsziel sind wir heute weit entfernt. Marktmanipulation, Korruption, Steuervermeidung, sklavenähnliche Arbeitsverhältnisse – so sieht die Realität aus. Klein- und

schon Erfolg stehen. „Die erste Million sollte die leichteste sein“, sagt Felber und bejaht damit durchaus unternehmerischen Denken und Handeln. Als Problem sieht er die zunehmende Kapitalkonzentration: „Wer eine Milliarde hat, muss täglich 200.000 Euro ausgeben, um nicht reicher zu werden. Das ist illiberal und leistungsfeindlich. Es ist die Konterkarikatur einer echten Leistungsgesellschaft.“

## Gemeinwohl-Bilanz als Hebel zur Veränderung

„Das Eigennutzstreben muss an das Gemeinwohl gekoppelt werden – und zwar nicht zufällig, sondern in einer geregelten Form. Dafür braucht es einen verlässlichen Rückkopplungsmechanismus“,

*Das Eigennutzstreben muss an das Gemeinwohl  
gekoppelt werden – und zwar nicht zufällig,  
sondern in einer geregelten Form. Dafür braucht es  
einen verlässlichen Rückkopplungsmechanismus.*

mittelständische Betriebe, die eine andere Philosophie verfolgen, haben es auf dem Markt schwer, sich gegen rücksichtslos ihre Interessen verfolgende Großkonzerne zu behaupten. Eines der wichtigsten Ziele der Gemeinwohl-Ökonomie ist deshalb, echte Chancengleichheit herbeizuführen. Werte-orientiertes Handeln, das dem Gemeinwohl dient, darf keine Nachteile erfahren, sondern muss belohnt werden.

Die Gemeinwohl-Ökonomie ist ein Konzept, dass die drei Säulen der Nachhaltigkeit – Ökologie, Ökonomie, Soziales – im unternehmerischen Alltag zusammenführt. Ökologisches und soziales Verhalten soll und darf nicht im Widerspruch zum unternehmeri-

betont Felber. Und dieser Rückkopplungsmechanismus ist die sogenannte „Gemeinwohl-Bilanz“. Mit ihr lässt ein Unternehmen sein Wirken für das Gemeinwohl untersuchen und veröffentlichen. Je höher der Nutzen für das Gemeinwohl, desto leichter sollte einem Unternehmen der wirtschaftliche Erfolg gemacht werden: durch niedrigere Steuern, durch bevorzugte Behandlung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und anders. Bis dies politisch durchgesetzt ist, ist die Erstellung einer Gemeinwohl-Bilanz ein Signal an die Öffentlichkeit und an die Politik, dass eine bessere Wirtschaftsordnung sehr wohl möglich und relativ einfach umzusetzen ist. ■

## BUCHTIPPS

Christian Felber  
**Geld**  
Die neuen Spielregeln  
Deuticke  
März 2014  
304 Seiten  
18,90 Euro  
978-3-552-06213-9



Christian Felber  
**Retten wir den Euro**  
Deuticke  
Februar 2012  
160 Seiten  
10,00 Euro  
078-3-552-06187-3



Christian Felber  
**Gemeinwohl-Ökonomie**  
Erweiterte Neuauflage  
Deuticke  
Februar 2012  
208 Seiten  
17,90 Euro  
978-3-552-06188-0



**Jörn Wiedemann,**  
Jahrgang 1968,  
machte eine  
Ausbildung zum  
Bankkaufmann und  
arbeitete anschließend  
mehrere Jahre  
im Vermögensmanagement.



Seit 2011 ist er Vorstand der ReWiG München eG, eine die Gemeinwohl-Ökonomie unterstützende Genossenschaft. 2013 gründete er die Münchner Niederlassung des Terra-Instituts, ist dort selbstständiger Berater für Nachhaltigkeit und erstellt Gemeinwohl-Bilanzen. 2013 trat er auch in die ÖDP ein und kandidierte 2014 für den Münchener Stadtrat.

[www.joernwiedemann.de](http://www.joernwiedemann.de)

Novellierte Energieeinsparverordnung (EnEV)

## Ausgebremster Klimaschutz

Am 1. Mai 2014 trat die novellierte Energieeinsparverordnung (EnEV) in Kraft. Sie regelt den Heizenergieverbrauch von Gebäuden. Das ist ein wichtiges Thema, denn ein Drittel des gesamten deutschen Energieverbrauchs dient dem Heizen. Mit dem aktuellen Stand der Technik ließe sich der auf einen Bruchteil senken, doch es gibt einflussreiche Bremsen.

von Günther Hartmann

Als Bayerns Innenminister Joachim Hermann im Juni 2013 die vom Bundeskabinett beschlossene Novelle der Energieeinsparverordnung (EnEV) im Bundesrat überraschend stoppte, begründet er das mit den Worten: „Bei aller Notwendigkeit von Energiesparmaßnahmen dürfen wir die Wirtschaftlichkeit nicht aus den Augen verlieren!“ Dabei verwies er auf

30 Jahren finanziell lohnen. Das Motto lautet also: Wenn damit Geld zu verdienen ist, dann verordnen wir Energieeffizienz – wenn nicht, dann nicht. Wann sich eine solche Investition „rechnet“, hängt allerdings von einer großen Unbekannten ab: der Energiepreisentwicklung.

Es ist Zufall, wenn parallel zum Klimawandel das Heizöl teurer wird. Dessen Preis ergibt sich aus

ern seine Ablehnung schärferer Energiestandards begründete, auf der Annahme einer Energiepreissteigerung von nur 1,3 % pro Jahr in den nächsten 30 Jahren. Damit dauert die errechnete Amortisationszeit natürlich sehr lang. Glücklicherweise setzte sich Bayern nicht durch. Nach anfänglicher Irritation beschloss der Bundesrat im November 2013, dass die EnEV verschärft wird, allerdings moderater als ursprünglich geplant. Es bleibt die Frage: Warum machte Bayern das?

### Wem nützen lasche Wärmeschutzstandards?

Als Anfang der 1990er-Jahre das Bundesbauministerium die Novellierung der seit 1982 nicht mehr verschärften Wärmeschutzverordnung – Vorgänger der EnEV – in Angriff nahm, begannen sich zwei fachfremde CSU-Spitzenpolitiker einzumischen: Bundesfinanzminister Theo Waigel und Bundesentwicklungshilfeminister Carl-Dieter Spranger protestierten vehement dagegen. Höhere Wärmeschutzstandards würden das Bauen teurer machen und weder zur schlaffen Konjunktur noch zum angespannten Wohnungsmarkt passen.

Dahinter steckten handfeste Interessen bayerischer Unternehmen. Denn während sich bei den in

Norddeutschland üblichen doppel-schaligen Außenwänden eine Wärmedämmung einfach und preiswert einfügen lässt, sind Außenwände in Süddeutschland traditionell einschalig. Die Notwendigkeit einer Wärmedämmung hätte diese Bauweise infrage gestellt. Bayerns Ziegelhersteller befürchteten Umsatzeinbußen – und hatten hervorragende Kontakte zur CSU. Die haben sie auch heute noch.

Wie zu erwarten kritisierte der Bundesverband der Deutschen Ziegelindustrie die aktuelle EnEV-Novelle: „Sie führt zu weiteren erheblichen Steigerungen der Baukosten und rechnet sich wirtschaftlich nicht.“ Vernünftiger wäre seiner Ansicht nach eine einmalige Verschärfung der Anforderungen um 15 % statt um der beschlossenen 25 %. Zufrieden ist er darüber, dass die Verschärfung erst 2016 und nicht wie ursprünglich geplant 2014 in Kraft tritt, denn so bleibt Zeit, neue

Ziegel zu entwickeln, die den gehobenen Anforderungen genügen.

### Was ändert sich mit der neuen EnEV 2014?

Eigentlich dreht sich die EnEV in erster Linie um die Primärenergie. Das ist die Energie, die ein Energieträger besitzt, bevor die technischen

die Energiemenge von 0,1 Liter wurde schon vorher für die Förderung, die Aufbereitung und den Transport aufgewendet.

Für Strom betrug der Primärenergiefaktor bei der ersten EnEV 3,0. Das liegt an den hohen Umwandlungs- und Transportverlusten bei einer zentralistischen Ver-

*Es ist reiner Zufall, wenn parallel zum Klimawandel das Heizöl teurer wird. Dessen Preis ergibt sich aus Angebot und Nachfrage.*

*Der Klimaschutz spielt in der EnEV gar keine Rolle. Es geht stattdessen um eine Art „Zwangsbeglückung“ der Bauherren.*

das Energieeinspargesetz (EnEG). Dort steht in §5: „Anforderungen müssen wirtschaftlich vertretbar sein. Anforderungen gelten als wirtschaftlich vertretbar, wenn die erforderlichen Aufwendungen innerhalb der üblichen Nutzungsdauer durch die eintretenden Einsparungen erwirtschaftet werden können.“

### Muss Energieeffizienz wirtschaftlich sein?

Der Klimaschutz spielt in der EnEV also gar keine Rolle. Es geht stattdessen um eine Art „Zwangsbeglückung“ der Bauherren: Da die zu wenig Fachkenntnisse besitzen, zwingt sie der Gesetzgeber zu Investitionen, die sich für sie in spätestens

Angebot und Nachfrage. Und das Angebot wird noch länger stabil bleiben, denn weiterhin werden neue Erdölvorkommen entdeckt und erschlossen. „Die Fülle der Energieressourcen weltweit ist heute größer als je zuvor“, heißt es in einer Studie des Weltenergieerats (WEC), die im Oktober 2013 veröffentlicht wurde. „Peak Oil hat sich ganz weit in die ferne Zukunft verlegt“, betonte WEC-Generalsekretär Christoph Frei. Die bekannten weltweiten Erdölreserven seien um fast 25 % größer als noch 1993 und die Erdölproduktion habe um 20 % zugelegt.

Tatsächlich basierte die Wirtschaftlichkeitsstudie, mit der Bay-

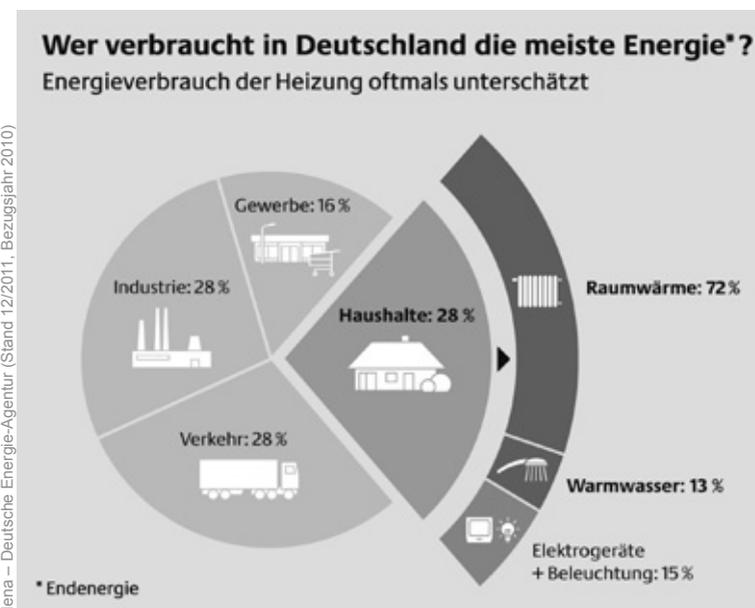
Umwandlungsprozesse beginnen. Deshalb definiert die EnEV für jeden Energieträger einen sogenannten „Primärenergiefaktor“, mit dem der errechnete Endenergiebedarf – Heizenergiebedarf plus Heizanlagenverluste – zu multiplizieren ist. 1,1 beträgt er für Heizöl, was bedeutet: Wer 1,0 Liter Heizöl verbrennt, verbrennt eigentlich 1,1 Liter, denn

sorgung mit Großkraftwerken. Nur ein Drittel der aufgewendeten Energie kommt beim Verbraucher an. Die neue EnEV senkt den Primärenergiefaktor auf 1,8 – und hebt das schon erlassene Verbot für Nachtspeicheröfen wieder auf. Das ist wohl eine Reaktion auf die gewaltigen Stromüberschüsse, die Deutschland derzeit produziert. 1,8 lassen die Nachfrage steigen – und die Strompreise auch.

Die Reduzierung des zulässigen Primärenergiebedarfs um 25 % gilt nur für Neubauten, nicht bei der Modernisierung des riesigen Gebäudebestands, obwohl hier das große Einsparpotenzial liegt. Und die 25 % sind in Wirklichkeit nur 20 %, denn es hat sich auch das Berechnungsverfahren verändert: Die zugrunde liegenden Klimadaten sind nun nicht mehr die von Würzburg, sondern die von Potsdam – und damit verbessern sich die Ergebnisse automatisch um 5 %.

### Ist das Heizen mit Holz wirklich klimaneutral?

Der Primärenergiefaktor von Holz beträgt 0,2. Der lässt jedes noch so schlecht gedämmte Gebäude rechnerisch gut dastehen, weshalb die EnEV dann doch auch Mindestan-



35 % des deutschen Energieverbrauchs dienen zum Erzeugen von Raumwärme und Warmwasser: 24 % benötigen die 18,2 Mio. Wohngebäude, 11 % die 1,8 Mio. Nichtwohngebäude.

forderungen an den Wärmeschutz der Außenhülle stellt. Dass der Primärenergiefaktor von Holz so niedrig ist, liegt an seiner angeblichen Klimaneutralität: Holz setzt bei seiner Verbrennung nur so viel CO<sub>2</sub> frei, wie der Baum vorher im Lauf seines Lebens gebunden hatte und wie ein für ihn frisch gepflanzter Baum wieder binden wird. Das klingt überzeugend, hat aber einen groben Denkfehler: Die zeitliche Komponente bleibt ausgeblendet!

Um die Menge CO<sub>2</sub>, die beim Verbrennen von Holz schlagartig freigesetzt wird, wieder in neuem Holz zu binden, braucht der frisch gepflanzte Baum Jahrzehnte. Das Ansteigen des CO<sub>2</sub>-Gehalts unserer Atmosphäre muss aber sofort gestoppt werden! Es dauert zu lange, bis nachwachsende Bäume wieder das CO<sub>2</sub>-Speicherniveau erreichen, das vor dem Verbrennen des Holzes eigentlich schon da war. Und es ist dann im Kampf gegen den Klimawandel noch nichts gewonnen, obwohl viel zu gewinnen wäre, wenn das CO<sub>2</sub> gebunden bliebe.

Nur die stoffliche Nutzung von Holz vor allem als Baumaterial dient dem Klimaschutz. Nur so bleibt das CO<sub>2</sub> für weitere Jahrzehnte bis Jahrhunderte gebunden. Ziel muss es sein, möglichst viel Holz wachsen

*Eine simple Tatsache bleibt in der EnEV unberücksichtigt: Schon das Bauen selbst bedeutet einen hohen Energieaufwand.*

zu lassen und dafür zu sorgen, dass möglichst wenig verrottet und verbrannt wird. Dann bilden Wälder und Holzbauten zusammen einen stetig größer werdenden CO<sub>2</sub>-Speicher. Der natürliche Kreislauf von Werden und Vergehen ist dagegen kontraproduktiv.

#### Welche wichtigen Aspekte blendet die EnEV aus?

Eine simple Tatsache bleibt in der EnEV gänzlich unberücksichtigt: Schon das Bauen selbst bedeutet einen hohen Energieaufwand. Der ist so hoch wie der Heizenergiebe-

darf für mehrere Jahrzehnte und bisher nirgendwo geregelt. Will man ihn deutlich senken, kommt fast nur noch ein Baustoff infrage: Holz. Denn Holz wird nicht wie die anderen Baustoffe mit hohem Ener-

gieaufwand künstlich hergestellt, sondern mit geringem Energieaufwand geerntet. Allerdings ist die Holzbauweise 5–10% teurer, da in der langen Wertschöpfungskette viel handwerkliche Arbeit notwendig ist. Die Ziegel-, Zement- und Stahlindustrie dagegen ist von der EEG-Umlage befreit.

Noch deutlicher fällt der Unterschied zwischen den Baustoffen bei der CO<sub>2</sub>-Bilanz aus, denn Holz setzt bei seinem Wachsen kein CO<sub>2</sub> frei, sondern bindet es. Würde die CO<sub>2</sub>-Bilanz beim Bauen ein wichtiges Kriterium, dann erlitten die energieintensiven Baustoffbranchen gewaltige Umsatzeinbußen. Bisher konnten sie das erfolgreich verhindern.

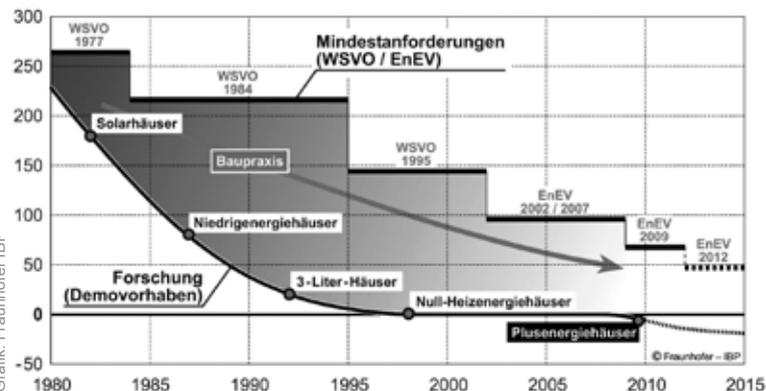
**Günther Hartmann**  
Jahrgang 1965, studierte Architektur und arbeitete nach dem Diplom in verschiedenen Architektur- und Stadtplanungsbüros. Seit 2008 ist er hauptberuflich als Fachjournalist tätig und befasst sich dabei vor allem mit der Energieeffizienz und Nachhaltigkeit in Architektur und Stadtentwicklung. In die ÖDP trat er 1998 ein und ist seit 2006 Chefredakteur der ÖkologiePolitik.



[www.guenther-hartmann.de](http://www.guenther-hartmann.de)

## Entwicklung des energiesparenden Bauens

Primärenergiebedarf – Heizung [kWh/m<sup>2</sup>a]



Als Mindestanforderung definierte der Gesetzgeber immer das in der Baupraxis Übliche, nicht das technisch Mögliche. Die in der Grafik für 2012 angekündigte Verschärfung tritt nun erst 2016 in Kraft.

## Wärmedämmung und Heizenergieverbrauch

# Weniger verführt zu mehr

In den Massenmedien häufen sich in letzter Zeit kritische Berichte über die Gebäudedämmung. Sie sei teuer und weitgehend unwirksam, wird behauptet. Das ist meist oberflächlicher Sensationsjournalismus, sorgt allerdings für große Irritation bei Haus- und Wohnungsbesitzern, die über eine Energetische Modernisierung ihrer Immobilie nachdenken.

von Günther Hartmann

**A**RD-Magazin „Monitor“, 9. Januar 2014: „Das ist eine Unterstellung, da bitte ich, jetzt mal abzubrechen. Ja?“, schnauzte Wolfgang Setzler, Geschäftsführer des „Fachverbands Wärmedämm-Verbundsysteme“, den Reporter genervt an, der nach ausweichenden Antworten immer wieder nachfragte, ob sich bei den Zahlen, die in seiner Werbekampagne genannt werden, nicht ein grober mathematischer Fehler eingeschlichen hätte. Denn wie könne es sein, dass durch eine Dämmung der Außenwand 50% Wärmeenergie eingespart wird, wenn der Anteil der Außenwand am gesamten Wärmeverlust eines Gebäudes nur 40% beträgt. Setzler hatte keine schlüssige Antwort parat, konnte die Zahlen nicht erklären und versuchte stattdessen, auf recht plumpe Art und Weise von der Frage abzulenken. Fachkompetenz sieht anders aus. Das ist ärgerlich, weil Setzler so ein wichtiges Thema in Verruf bringt.

Noch ärgerlicher ist jedoch die oberflächliche Machart des Films, der den Titel „Brandgefährliche Fas-

adendämmung: Das falsche Spiel der Lobbyisten“ trug. Aus einem Sanierungsbeispiel, bei dem der Heizenergieverbrauch fast gleich blieb, wird die These abgeleitet, das Dämmen von Bestandsgebäuden sei nahezu wirkungslos – ohne der Frage nachzugehen, wie das denn physikalisch überhaupt möglich sei. Stattdessen wird das Thema

Tatsächlich ist das Gegenteil richtig: Die Leistung einer Heizungsanlage sollte möglichst genau auf den Heizwärmebedarf abgestimmt sein – und der hängt maßgeblich von der Wärmedämmung ab. Baut man zuerst eine neue Heizungsanlage ein und dämmt die Außenwand später, dann ist die Heizungsanlage überdimensioniert und hat dadurch einen schlechten Wirkungsgrad. Der wiederum sorgt für unnötige Energieverluste.

Statt das Thema zu vertiefen und kompetente Fachleute die Aussage Fehrenbergs richtigstellen zu lassen, endete der Film hier. Als Botschaft bleibt beim Zuschauer hängen: Die Wärmedämmung ist ein großer Schwindel, von den Herstellern geschickt in Politikerohren geflüstert, um sich eine „goldene Nase zu verdienen“!

#### Wärmeverluste hängen vom Gebäude ab

Modernisierungsgeneigte Bauherren irritieren solche Filme natürlich sehr, stellen sie doch die Sinnhaf-

*Meist bleibt das Nutzerverhalten nach einer Energetischen Modernisierung nicht gleich, sondern verändert sich ungünstig.*

„Wärmedämmung“ als die Verbraucher irreführende Marketingstrategie der Hersteller hingestellt – und die staatliche Förderung der Energetischen Modernisierung als Ergebnis von deren Lobbyarbeit.

Negativer Höhepunkt ist das Schlusswort von Prof. Jens Fehrenberg: „Wenn wir eine Reihenfolge aufstellen, welche Maßnahmen sinnvoll sind, kommt Dämmen wahrscheinlich an letzter Stelle. Tatsächlich ist es durch geschicktes Marketing an erste Stelle gerückt.“

tigkeit ihres Vorhabens radikal infrage. Natürlich ist für jeden Laien nachvollziehbar, dass Außenwände, deren Anteil am gesamten Wärmeverlust 40% beträgt, kein Einsparungspotenzial von 50% aufweisen können. Der Fehler des „Fachverbands Wärmedämm-Verbundsysteme“ liegt schon darin, pauschale Werte zu kommunizieren, obwohl sich Gebäude nicht alle über einen Kamm scheren lassen, sondern je nach Baukörper und Außenwandaufbau unterschiedliche Verlustan-

teile und deshalb auch unterschiedliche Einsparpotenziale aufweisen.

So besitzt ein Einfamilienhaus pro Quadratmeter Wohnfläche natürlich vielfach mehr Außenwandfläche als eine Geschosswohnung und deshalb auch vielfach höhere Wärmeverluste – und ein vielfach höheres Einsparpotenzial bei einer Dämmung der Außenwand. Und Außenwand ist nicht gleich Außenwand. Bei typischen Bestandsgebäuden, die vor der ersten Wärmeschutzverordnung (WSchV) 1977 errichtet wurden, haben die Außenwände in der Regel einen Wärmedurchgangskoeffizienten (U-Wert) zwischen 1,0 und 1,8 kWh/m<sup>2</sup>a. Bei heutigen Neubauten dagegen schreibt die Energieeinsparverordnung (EnEV) einen U-Wert von mindestens 0,24 vor. 0,1 sind mit ein bisschen Anstrengung möglich und sinnvoll.

### Energieeffizienz beeinflusst Heizverhalten

Der nach Normberechnungsverfahren ermittelte Heizenergiebedarf entspricht selten dem tatsächlichen Heizenergieverbrauch – weder vor noch nach einer Energetischen Modernisierung. Normberechnungsverfahren dienen nicht dazu, die Realität exakt abzubilden, sondern dazu, verschiedene Gebäude vergleichbar zu machen. Vergleichbar – unabhängig von den gerade darin wohnenden Nutzern. Denn deren Verhalten hat ganz erheblichen Einfluss auf den Energieverbrauch.

Meist bleibt das Nutzerverhalten nach einer Energetischen Modernisierung nicht gleich, sondern verändert sich ungünstig: Durch eine Erhöhung der Raumtemperatur auf 23°C lässt sich auch im tiefsten Winter ein kurzärmliges T-Shirt tragen. Die Zimmertüren stehen offen, sodass in der ganzen Wohnung



Der Film „Brandgefährliche Fassadendämmung – das falsche Spiel der Lobbyisten“ des ARD-Magazins „Monitor“ steht auf der Website des WDR-Fernsehens: [www.wdr.de/tv/monitor/sendungen/2014/daemmung.php5](http://www.wdr.de/tv/monitor/sendungen/2014/daemmung.php5)

eine gleichmäßig hohe Temperatur herrscht. Nachts bleibt die Heizung an. Und ist es unangenehm warm, wird das Fenster gekippt. Die Kostenersparnis durch Effizienzmaßnahmen verführt zur Verschwen-

### Die Kostenersparnis verführt zur Verschwendung, da sich die Rückkopplung auf den eigenen Geldbeutel verringert hat.

nung, da sich die Rückkopplung auf den eigenen Geldbeutel verringert hat.

„Rebound-Effekt“ heißt dies im Soziologen-Deutsch. Untersuchungen dazu gibt es kaum. Eine der wenigen, die 2011 von Reinhard Madlener und Maximilian Hauertmann veröffentlichte Forschungsstudie „Rebound Effects in German Residential Heating“, ermittelte einen Rebound-Effekt von 12 % bei Eigenheimbesitzern, 40 % bei Mietern und 49 % bei Mietern aus unteren Einkommensschichten. Das verblüfft und ist eine nähere Betrachtung wert.

### Energiesparen braucht Verhaltensanreize

Eigenheimbesitzer setzen sich mit dem Thema „Energetische Modernisierung“ wohl meist intensiv auseinander und wissen daher auch über den Zusammenhang zwischen eigenem Verhalten und Heizkosten gut Bescheid. Zum anderen haben sie die eigenen Ersparnisse und meist einen extra dafür aufgenommenen Kredit in die Sanierungsmaßnahmen investiert. Das zwingt sie, sich sparsam zu verhalten und die Heizkosten so gering wie möglich zu halten, um den aufgenommenen Kredit abstottern zu können.

Mietern dagegen wird die Energetische Modernisierung vom Ver-

mieter aufkotroyiert. Das eigene Interesse daran ist relativ gering. Sie lassen die Maßnahmen passiv über sich ergehen und verstehen die Hintergründe und Zusammenhänge nur unzureichend. Bei Mietern aus

den unteren Einkommensschichten kommt hinzu, dass sie sich vorher tatsächlich meist einschränken und sparsam mit Energie umgehen mussten, um ihre Heizkosten in erschwinglichen Höhen zu halten.

### Der Rebound-Effekt beträgt 12 % bei Eigenheimbesitzern, 40 % bei Mietern und 49 % bei Mietern unterer Einkommensschichten.

Statt 23 °C herrschten in der Wohnung oft nur 17 °C und es wurde ein dicker Pullover getragen.

Daraus lässt sich schließen: Die getätigten Investitionen sollten von den Vermietern nicht auf die Miete, sondern auf die Nebenkosten umgelegt werden. Das Heizen selbst darf durch die Energetische Modernisierung nicht preisgünstiger werden. Denn nur wenn es weiterhin eine deutlich spürbare Rückkopplung zwischen dem eigenen Verhalten und der finanziellen Belastung gibt, besteht eine hohe Motivation zur Sparsamkeit. Nur dann erreichen die tatsächlichen Energieeinsparungen ungefähr das Niveau der errechneten. Die Energiewende ist kein rein technisches Projekt. Der Faktor „Mensch“ trägt maßgeblich zum Gelingen oder Misslingen bei.

Diese Erkenntnis aus dem Bereich Heizenergie – der heute im-



Die Forschungsstudie von Reinhard Madler und Maximilian Hauertmann über Rebound-Effekte beim Heizen steht zum Download im Internet: [www.eonerc.rwth-aachen.de](http://www.eonerc.rwth-aachen.de) → Search: Rebound Effects in German Residential Heating

merhin ein Drittel des gesamten deutschen Energieverbrauchs ausmacht – lässt sich auch auf ande-

re Bereiche übertragen. Damit die Energiewende gelingt, muss sich Sparen lohnen. Die Energieeffizienz zu verbessern, ist als alleinige Maßnahme nicht zielführend. Ergänzend dazu müssen die Energiepreise steigen. ■

### Günther Hartmann

Jahrgang 1965, studierte Architektur und arbeitete nach dem Diplom in verschiedenen Architektur- und Stadtplanungsbüros. Seit 2008 ist er hauptberuflich als Fachjournalist tätig und befasst sich dabei vor allem mit der Energieeffizienz und Nachhaltigkeit in Architektur und Stadtentwicklung. In die ÖDP trat er 1998 ein und ist seit 2006 Chefredakteur der ÖkologiePolitik.



Ökologische Bürgerbeteiligungsmodelle

## „Bürger müssen Fakten schaffen“

Die Energiewende kommt nur voran, wenn auch Bürger mit dezentral organisierten Beteiligungsmodellen in den Prozess einbezogen werden. Die Green City Energy konzipiert seit 2005 solche Projekte.

Interview mit Jens Mühlhaus

*Herr Mühlhaus, Green City Energy projiziert Erneuerbare Energieanlagen und bietet sie Bürgern zur finanziellen Beteiligung an. Wie ist das Unternehmen entstanden?*

Jens Mühlhaus: Unser Ursprung liegt in der gemeinnützigen Umweltschutzorganisation Green City e.V. aus München und in dem großen Engagement seiner Mitglieder, aktiv etwas zu Klima- und Umweltschutz beizutragen. Speziell für den Themenbereich Erneuerbare Energien hat der Verein mit dem Antreiber und ÖDP-Mitglied

anspruch. Das unterscheidet uns ganz klar von den meisten anderen Anbietern. Green City Energy steht für 100 % dezentrale Erneuerbare Energien in Bürgerhand.

*Wieso finanzielle Bürgerbeteiligungsmodelle? Ist die Energiewende nicht eigentlich Aufgabe der Politik?*

Die Politik hat vor allem die Aufgabe, stabile Rahmenbedingungen zu gewährleisten, um Planbarkeit und Investitionssicherheit für die Innovatoren und Treiber zu erhalten, welche die Energiewende aktiv umsetzen. In unseren Augen war



*Jens Mühlhaus ist studierter Bauingenieur und seit September 2010 technischer Geschäftsführer der Green City Energy GmbH. Nach der Umwandlung zu AG im Herbst 2011 wurde Jens Mühlhaus zum Vorstand der Green City Energy AG ernannt. Mühlhaus ist für das operative Management der technischen Bereiche sowie die Kommunale Energieberatung verantwortlich.*

**Kontakt:** [www.greencity-energy.de](http://www.greencity-energy.de)

für seine Überzeugung einzustehen, dass die atomar-fossile Energieversorgung nicht zukunftsfähig und der eigentliche Preistreiber ist. Klare Fakten lassen sich außerdem durch Investitionen in Erneuerbare Energien schaffen. Durch finanzielle Bürgerbeteiligungsmodelle ermöglichen wir nicht nur die Finanzierung eines sinnvollen Ausbaus Erneuerbarer Energien, wir beteiligen auch die Bürger an den Erträgen. Das schafft Akzeptanz und vor allem eine demokratische Besitzstruktur. Damit verändern wir letztlich die gesamte deutsche Energielandschaft.

*Aktuell hagelt es politische Angriffe auf die Energiewende. Wie bewerten Sie die Situation?*

Einige politische Aussagen und Tendenzen klingen in der Tat ernüchternd und ganz klar lobbygesteuert. Aber Energiepolitik war schon immer ein stark beeinflusstes und daher sehr dynamisches Feld. Meistens wird nicht so heiß gegessen, wie zuvor gekocht wurde. Zum Beispiel haben auch konservative Bürgermeister nicht zuletzt aus Gründen der Wertschöpfung ein großes Interesse an ihrer lokalen Energiewende und sind daher gar nicht erfreut über Horst Seehofers Linie. Wir dürfen trotz des politischen Gegenwindes nie vergessen, dass die große Mehrheit der Bevölkerung mit ganzen 93 % hinter der Energiewende steht.

*Es gibt auch schwarze Schafe in der Branche. Worauf muss der Anleger bei der Auswahl ökologischer Beteiligungsmodelle achten, um nicht aufs falsche Pferd zu setzen?*

Einer Investitionsentscheidung sollte immer die Prüfung mehrerer Aspekte vorausgehen. Zunächst spielt die Erfahrung und Transparenz des Anbieters eine große Rolle. Gibt es persönliche Ansprechpartner? Werde ich umfassend informiert und über mögliche Risiken aufgeklärt? Stimmt die Kündigungsfrist meiner Geldanlage mit dem Investitionszeitraum überein? Ist das Investitionsziel klar ersichtlich? Gibt der Anbieter öffentlichen Einblick, wie zum Beispiel durch eine von einem Wirtschaftsprüfer testierte Leistungsbilanz? Erfolgt die Prospekterstellung nach geprüften Standards? Gibt es in dem Unternehmen selbst und in den Fonds bestimmte Kontrollfunktionen und Gremien? Bewerten unabhängige Analysehäuser die Investitionsmöglichkeit positiv?

Natürlich gibt es noch weitere Fragen, die sich der Anleger stellen sollte. Wenn aber die sorgfältige



Mitten im Herzen Münchens produziert das Praterkraftwerk unterirdisch und unsichtbar genug grünen Strom für 4.000 Haushalte jährlich.

Prüfung des Anbieters und des Produkts positiv ausfällt und der Anleger Wert auf eine ethisch korrekte und nachhaltige Investition in stabile Sachwerte legt, dann ist eine Investition in Erneuerbare Energieanlagen heute wie gestern die richtige Wahl.

*Wie geht es weiter mit der deutschen Energiewende?*

Wir müssen begreifen, dass die Energiewende in unser aller Verantwortung liegt und wir sie nur gemeinsam schaffen können. Daher dürfen wir nicht auf die allgegenwärtige Propaganda und geschickte Lobby-Arbeit der großen Energie-

versorger hereinfließen. Die sehen in der demokratischen und kleinteiligen Energiewende natürlich zunehmend ihre Felle davonschwimmen und steuern aktiv gegen, indem sie generelle Ängste und Sorgen der Bürger für ihre Zwecke instrumentalisieren.

Eine hundertprozentige Versorgung aus Erneuerbaren Energien ist aber keinesfalls eine Utopie. Das belegt unter anderem die Studie des Fraunhofer-Instituts ISE „100 % Erneuerbare Energien für Strom und Wärme“.

*Herr Mühlhaus, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.* ■

*Wir dürfen trotz des politischen Gegenwindes nie vergessen, dass die große Mehrheit der Bevölkerung mit ganzen 93 % hinter der Energiewende steht.*

Thommy Prudlo im Jahr 2005 das Tochterunternehmen Green City Energy gegründet. Das Unternehmen wird immer mehrheitlich dem Umweltschutzverein gehören und sein Vorgehen nach dessen nachhaltigen Grundsätzen ausrichten. Unsere Wurzeln liegen also in ökologischem Engagement und nicht in einem Gewinnmaximierungs-

die Energiewende aber immer vor allem ein Bürgerprojekt und kann nur von unten funktionieren.

*Was kann aber der einzelne Bürger tun, um die Energiewende voranzutreiben?*

Für die Bürger gilt jetzt mehr denn je, Fakten zu schaffen, die die Politik nicht übersehen oder zerreden kann. Das bedeutet einerseits,

## An alle Mitglieder

von Sebastian Frankenberger

### Liebe ÖDP-Mitglieder,

der 26. Februar war ein guter Tag für die Demokratie und ein guter Tag für die Zukunft der ÖDP: Das Bundesverfassungsgericht entschied nämlich, dass es zur Europawahl keine 3%-Hürde gibt. Nach dieser Entscheidung haben wir den Einzug in das Europäische Parlament vor Augen.

Die „verlorene Stimme“, die viele Wählerinnen und Wähler davon abgehalten hat, der ÖDP ihre Stimme zu geben, ist nun kein Argument mehr, sein Kreuzchen nicht bei seiner Lieblingspartei zu machen. Für uns ist das eine echte Chance, Mandate zu erhalten. Eine Partei, die keine Firmenspenden annimmt und so unabhängig von Lobbyinteressen Politik macht, ist im Europäischen Parlament dringend nötig.

Schließlich gilt es, z.B. das neoliberale Freihandelsabkommen TTIP zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten zu verhindern. Wir möchten dem unser Motto „Mensch vor Wirtschaft“ entgegensetzen. Nur die ÖDP sagt, dass der Mensch vor Wirtschaft kommt und die Wirtschaft den Menschen dienen muss. Dass die Demokratie Priorität vor dem Lobbyismus hat und dass das Gemeinwohl vor den Konzerninteressen steht. Kaum eine andere Partei wagt es, neue wirtschaftspolitische Ansätze ins politische Spiel zu bringen. Nur die ÖDP stellt ein ganzheitliches Menschenbild in den Mittelpunkt des politischen Handelns. Der Mensch mit seinen Bedürfnissen und Wünschen muss die Hauptrolle spielen, nicht die Konzerne, denen es immer nur um Gewinn und Profit geht. Wohlstand darf nicht ausschließlich materiell definiert werden. Wohlstand heißt auch, genug Zeit für sich selbst, die Familie, für soziale Projekte zu haben. Wohlstand heißt auch Verzicht auf Konsum und dafür ein Gewinn an Lebensqualität.

Wir sind ehrlich zu den Menschen und sagen, dass es so nicht weitergehen kann. Dass es anders werden



Foto: Biljana Kujjak

muss, damit wir auch nachfolgenden Generationen noch einen lebenswerten Planeten hinterlassen können. Und wir stellen unser Konzept von einer gemeinwohlorientierten Wirtschaft und einer Wirtschaft ohne Wachstumszwang entgegen.

Aus Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern wissen wir, dass viele Menschen nach Alternativen zum bestehenden Wirtschaftssystem mit Wachstumszwang suchen. Diese Alternativen zeigt ihnen die ÖDP auf. Deshalb bin ich sicher, dass wir ins Europäische Parlament gewählt werden.

Dieses Ziel aber erreichen wir nur mit Ihrer Hilfe! Nur gemeinsam kann es uns gelingen, die Wähler zu überzeugen und mindestens ein Mandat im Europäischen Parlament zu bekommen. Unsere Stimme muss in Europa gehört werden. Ich zähle auf Sie!

Herzliche Grüße  
Ihr

Sebastian Frankenberger

## Neues aus dem Bundesverband

von Dr. Claudius Moseler

### Kommunalwahl in Bayern erfolgreich

Die ÖDP hat bei der bayerischen Kommunalwahl sehr erfolgreich abgeschnitten und am 16. März 2014 in Bayern rund 340 kommunale Mandate in kreisfreien Städten, Landkreisen, kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie den Münchner Bezirksausschüssen gewonnen. 2008 waren es noch 295 Mandate über ÖDP-Listen bzw. Listen mit ÖDP-Beteiligung. Darüber hinaus wurden weitere 40 Mandate von ÖDP-Mitgliedern über freie Listen gewonnen. Der Bundesverband der ÖDP gratuliert allen gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern. Unser Dank gilt aber auch denjenigen rund 80 Mitstreitern, die nicht mehr für ein kommunales Amt bei der ÖDP kandidiert haben oder nicht mehr gewählt wurden.

Als besonderer Erfolg wird von allen ÖDP-Verantwortlichen der

Einzug in die Räte der Großstädte Augsburg, Würzburg und Aschaffenburg gewertet, aber auch der Gewinn des jeweils zweiten Mandates in München und Nürnberg. Spitzenergebnisse erzielte die ÖDP in Passau mit 13,9% und Memmingen mit 13,1%. Auch der Landkreis Rottal-Inn lieferte mit 11,8% einen Spitzenwert.

### Erfolgreiche Bürgermeisterwahlen

Ein grandioses Ergebnis fuhr ÖDP-Bürgermeister Waldemar Bug aus dem unterfränkischen Burkardroth ein: Ohne Gegenkandidat erhielt Bug mehr als 95% der Stimmen. Das ÖDP-Mitglied Anita Bogner wurde in Rain (Landkreis Straubing-Bogen) im ersten Wahlgang zur Bürgermeisterin gewählt. In den Stichwahlen am 30. März 2014 konnten sich diese Kandidatinnen und Kandidaten durchsetzen:

- Tutzing ÖDP Rudolf Krug: 67,9% (neu gewählt)
- Murnau am Staffensee ÖDP, Rolf Beuting: 67% (neu gewählt)
- Emskirchen ÖDP, Harald Kempe: 58,1% (wiedergewählt)
- Kreisfreie Stadt Ansbach über BAP/ÖDP, Carda Seidel (parteilos): 59,93% (wiedergewählt)

Die Übersicht des Landesverbandes Bayern finden Sie hier: [http://www.oedp-bayern.de/fileadmin/user\\_upload/landesverbaende/lv-bayern/wahlen/Kommunalwahl2014/Kommunalwahl2014-Ergebnistabelle.pdf](http://www.oedp-bayern.de/fileadmin/user_upload/landesverbaende/lv-bayern/wahlen/Kommunalwahl2014/Kommunalwahl2014-Ergebnistabelle.pdf)

### Schulungen

Die ÖDP möchte auch nach den Wahlen Schulungen anbieten, denn auch für gewählte neue Mandatsträger sind Fortbildungen eine wichtige Sache. Es hat sich gezeigt, dass diese Schulungen von ihrer Resonanz her am besten funktionieren, wenn ein Kreisverband vor Ort die Initiative übernimmt, Mitglieder mobilisiert und sich um die Räumlichkeiten kümmert. Der Bundesverband würde sich dann um das Programm sowie die bundesweite Information aller Mitglieder kümmern. Bitte sprechen Sie mich daher direkt an, wenn in Ihrem Kreis- oder Bezirksverband Interesse an einer Schulung zu einem speziellen Thema besteht. ■

Dr. Claudius Moseler  
Generalsekretär,  
ÖDP Bundespolitisches und  
Kommunalpolitisches Büro,

Neckarstr. 27–29, 55118 Mainz,  
Tel. (0 61 31) 67 98 20, Fax (0 61 31)  
67 98 15, Mobil (01 60) 87 10 542

[politik@oedp.de](mailto:politik@oedp.de)

The screenshot shows the homepage of the ÖDP website. At the top, there is a navigation bar with 'STARTSEITE | SITEMAP | IMPRESSUM | LOGIN'. Below that is the ÖDP logo and the text 'ÖKOLOGISCH-DEMOKRATISCHE PARTEI | EUROPAWAHL AM 25. MAI 2014'. A central banner features a large '3%-Hürde Europawahl' graphic with a diagonal line through it, and the headline 'Keine % Hürde - Jede Stimme zählt!'. Below the banner, there are sections for 'AKTUELLES' (with sub-sections for 'Pressemitteilungen', 'Aktionen', 'Keine %-Hürde', 'Freihandelsabkommen', 'TTIP', 'Euronext Ausstieg', 'Termine'), 'KANDIDATEN' (with sub-sections for 'Spitzenkandidaten', 'Kandidatenübersicht', 'Ehnenkodex'), and 'THEMEN' (with sub-sections for 'Wahlprogramm', 'Grundsatzprogramm'). At the bottom, there is a 'DIE ÖDP' section and a 'KURZPROGRAMM 2014' section.

Screenshot

## Aus den Landesverbänden

### Nordrhein-Westfalen

#### ÖDP-Mitglieder im Doppelwahlkampf

Alle Hürden zur Europawahl haben wir übersprungen und die ÖDP-Mitglieder in NRW befinden sich nun mitten in einem Doppelwahlkampf. Die besondere Herausforderung für die Kreisverbände liegt darin, gleichzeitig Kommunal- und Europawahlkampf zu betreiben. Plakate, Infomaterial und Veranstaltungen müssen entweder kombiniert oder differenziert gestaltet werden. Der Kreisverband Bottrop zeigte in seiner Auftaktveranstaltung am 16. Februar europa- und zugleich auch kommunalpolitisch die sprichwörtliche „klare Kante“. Zur Europapolitik erhielten die Bottroper tatkräftige Unterstützung durch den eigens angereisten Bundesvorsitzenden Sebastian Frankenberger.

Johannes Bombeck, der auf Platz 6 der ÖDP-Europaliste kandidiert, legte den Schwerpunkt auf die Kommunalpolitik: Er warb für die Bürgerinitiative „Zukunft Schwarze Heide“, die von der ÖDP Bottrop mitinitiiert wurde.

Auch in den Kreisverbänden Höxter und Münster ist der Kommunalwahlkampf seit Monaten in vollem Gange. Während es in Bad Driburg lange so aussah, als ob sich nicht genügend Kandidatinnen und Kandidaten finden ließen, schreitet der Wahlkampf nun mit dem Ziel voran, erneut in Fraktionsstärke in den Stadtrat einzuziehen. Münster hat in diesem Jahr Großes geplant, allen voran eine Bühnenveranstaltung vor dem Rathaus mit Sebastian Frankenberger. Ein zusätzlich angemietetes Wahlkampfbüro, voraussichtlich in zentraler Lage und von Weitem gut sichtbar, wird viele Münsteraner – und Touristen – auf die ÖDP aufmerksam machen.

Der Landesvorstand bemüht sich indes darum, für ausreichend Nachschub an Materialien zu sorgen, und verteilte diese bereits an zentralen Punkten in NRW, an denen sich die Kreisverbände das Material abholen können. Für die thematische Wahlkampfge-

staltung griff der Landesvorstand eine in Würzburg beim Landesvorstandstreffen erhaltene Anregung auf. Die zurzeit laufenden Geheimverhandlungen zur Vorbereitung eines nordatlantischen Freihandelsabkommens (TTIP) sollten sicherlich im Europawahlkampf thematisiert werden. Darüber hinaus eignen sie sich aber auch für die Verwendung im NRW-Kommunalwahlkampf. Sicherlich wird die Kommunalwahl in erster Linie als Personenwahl verstanden. Jede Stimme für einen kommunalen Kandidaten der GroKo-Parteien ist aber zugleich auch eine Stimme für die Fortführung der geheimen Freihandels-Verhandlungen – somit für Monsanto-Machtausweitung, Chlorhähnchen, Durchsetzung von Fracking-Vorhaben usw. Der einzelne Wähler meint es sicherlich anders, er möchte eventuell nur jene CDU- oder SPD-Kandidaten unterstützen, die er persönlich aus seinem Umfeld kennt und für kompetent hält. Doch spätestens am Wahlabend werden die Berliner GroKo-Verantwortlichen versuchen, die örtlichen Ergebnisse für sich auszuschlachten. Hinzu kommt, dass viele kommunale Aktivisten ihre Arbeit ja auch ausdrücklich als Unterstützung ihrer Parteiführung verstehen. Diese Überlegungen goss die NRW-Spitze in griffige Formulierungen für den Infostand.

Sowohl der Landesvorstand als auch alle anderen ÖDP-Mitglieder in NRW blicken optimistisch in die Zukunft. Wir werden unsere Ergebnisse sowohl auf kommunaler als auch auf europäischer Ebene deutlich verbessern. (Benjamin Jäger, stellvertretender Landesvorsitzender)

*Kontakt: ÖDP NRW  
Junkerstraße 3, 48153 Münster  
Tel.: 02 51/ 203 80 79; Fax: 02 51/ 203 99 51  
E-Mail: info@oedp-nrw.de*

### Baden-Württemberg

#### Kommunalwahl und Europawahl

Bei Redaktionsschluss liefen die Aufstellungsversammlungen für die Kommunalwahlen in Baden-Württemberg noch auf vollen Touren. Dabei ist abzusehen, dass sich die Zahl der Antritte von Listen der ÖDP gegenüber 2009 nur unwesentlich verändern wird. In nahezu allen Kreisen und Gemeinden (Ausnahme: Albbruck), in denen die ÖDP 2009 angetreten ist, wird sie auch dieses Jahr wieder auf dem Wahlzettel stehen. Neu hinzukommen werden wahrscheinlich nur der Kreis Emmendingen sowie die Gemeinden Denzlingen (Kreis Emmendingen) und Eppingen (Kreis Heilbronn).

#### Kreise und Gemeinden, in denen die ÖDP bei den Kommunalwahlen 2014 mit einer eigenen Liste antritt:

Kreise	Gemeinden
Biberach	
	Friedrichshafen (Bodenseekreis)
Emmendingen	Denzlingen
Heidenheim	Dischingen, Gerstetten
Heilbronn	Bad Rappenau, Eppingen
Ravensburg	Altshausen
Rems-Murr-Kreis	
Rottweil	Schramberg
Schwäbisch Hall	
Außerdem: Region Stuttgart	

Neben den Kommunalwahlen liegt das Hauptaugenmerk der ÖDP Baden-Württemberg auf der Europawahl. Nachdem das Bundesverfassungsgericht auch die im vergangenen Jahr vom Bundestag neu beschlossene 3%-Hürde weggefeigt hat, sind die Aussichten für uns so gut wie noch nie, mit hoffentlich mindestens zwei Abgeordneten in das Europaparlament einzuziehen. Daher bitten wir alle Mitglieder, durch tatkräftige Hilfe beim Wahlkampf dazu beizutragen, dass die ÖDP dieses Ziel auch erreicht. Das ist nicht nur die Aufgabe von Vorständen und Europawahl-Kandidatinnen und -Kandidaten.

Weiterhin setzt sich die ÖDP Baden-Württemberg für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie ein und nahm auch am 9. März an der Kundgebung „Fukushima außer Kontrolle“ beim Atomkraftwerk Neckarwestheim teil, bei der es wieder einen Infostand und aus Schokoschaumküssen und Keksen gefertigte Atomkraftwerke zum Vernichten gegeben hat.

*Kontakt:  
Landesgeschäftsführer Uli Stein  
Tel. 07 11/ 636 46 44, info@oedp-bw.de,  
Regionalbeauftragter Matthias Dietrich  
Tel. 071 21/ 88 01 04, dietrichmat@web.de*



Matthias Dietrich

### Bayern

#### Politischer Aschermittwoch: ÖDP nimmt TTIP, Casino-Kapitalismus und blinde Wachstumspolitik aufs Korn

Die bayerische ÖDP positionierte sich bei ihrer Aschermittwochs Kundgebung in Landshut gegen das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA und nahm den „Casino-Kapitalismus“ und die ungezügelt Wachstumspolitik der Regierungskoalition aufs Korn.

Der bayerische ÖDP-Chef Klaus Mrasek sieht in den Bemühungen der EU, ein Freihandelsabkommen mit den USA zu erreichen, die Gefahr, dass wichtige Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge wie die Trinkwasserversorgung und Abfallwirtschaft in die Hände internationaler Konzerne gelangen.

Mrasek: „Es könnte als Behinderung global operierender Konzerne gewertet werden, dass deutsche Gesetze und Verordnungen die Kommunalwirtschaft schützen. Auch die für unsere regionale Landwirtschaft typischen bäuerlichen Familienbetriebe könnten durch das Freihandelsabkommen geschädigt werden, weil bislang geltende Verbraucherschutzregeln abgeschafft oder abgeschwächt werden könnten und dann Nahrungsmittel aus der eher industriell geprägten US-Agrarwirtschaft verstärkt Zugang zu den europäischen Märkten erhalten würden“, so Mrasek.

Doch auch die Gesetzgebung des Bundes könnte laut Mrasek ausgehebelt werden, wenn beispielsweise internationale Konzerne ihre Gewinne in Deutschland durch die Einführung eines Mindestlohns oder durch bestimmte Umweltstandards gefährdet sehen. „Die Investitionsschutzregularien im Rahmen des Freihandelsabkommens sehen vor, dass einzelne internationale Konzerne dann den deutschen Staat verklagen können und die Entscheidung über solche Klagen nicht öffentlich tagenden privaten Schiedsgerichten übertragen werden. Das wäre eine Aushebelung der Demokratie. Wir werden das zum zentralen Thema bei der Europawahl machen“, kündigte der ÖDP-Politiker an.

Der ehemalige bayerische ÖDP-Vorsitzende Bernhard Suttner widmete sich in seiner Rede den zentralen Themen, die schon in der Antike den Philosophiediskurs beherrscht haben, nämlich die Frage nach dem „guten und richtigen Leben“. Leider beschränke die Regierungspolitik ihre Anstrengungen darauf, dieser Frage aus dem Weg zu gehen. Stattdessen werde das Ziel ausgegeben, jedes Jahr mehr zu produzieren und zu konsumieren als im Jahr zuvor. Das zentrale

menschliche Bedürfnis der Sicherheit sei jedoch in der Maßlosigkeit nicht zu erreichen, so Suttner.

Gastredner beim Politischen Aschermittwoch der ÖDP war der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Sparda-Bank München eG, Günter Grzega. Der Ex-Vorstandsvorsitzende und überzeugte Genossenschaftsbanker kritisierte in seiner Rede „Casino-Kapitalismus und Profit-Gier als Gefahr für Demokratie und Gesellschaft“. Grzega plädierte dafür, bei allen Veranstaltungen mit Wirtschafts- und Finanzthemen in Bayern grundsätzlich diesen Auszug aus der Bayerischen Verfassung über die Rednertribüne zu hängen:

#### Artikel 151

(1) Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.

(2) ... Die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen findet ihre Grenze in der Rücksicht auf den Nächsten und auf die sittlichen Forderungen des Gemeinwohls. Gemein-

**schädliche und unsittliche Rechtsgeschäfte, insbesondere alle wirtschaftlichen Ausbeutungsverträge sind rechtswidrig und nichtig.**

Dieser Verfassungsauftrag werde derzeit nicht mehr umgesetzt und eingehalten: „Wir leben aktuell nicht mehr in einer sozial und ökologisch organisierten Marktwirtschaft. Nein, wir leben inzwischen in einer gefährlich großen gesellschaftlichen Ungleichheit, in einem Finanz-Casino mit einer am oberen Zehntel der Gesellschaft ausgerichteten Profit-Maximierungs-Ideologie. Diese Ideologie beginnt inzwischen, unsere Demokratie und Gesellschaft zu zerstören“, so Grzega.

Die Schlussfolgerung des Finanzexperten: Eine umfassende Finanztransaktionssteuer müsste eingeführt werden, auch auf den Hochfrequenz-Handel, um die Geschäfte der Finanzwetten außerhalb realwirtschaftlicher Erfordernisse einzudämmen. Außerdem sollte eine 10-Jahres-Haltefrist eingeführt werden. Handelsgewinne an den Aktienbörsen sollten im ersten Jahr nach dem Aktienkauf mit 90%, im zweiten Jahr mit 80%, im dritten mit 70% usw. besteuert werden. Nach zehn Jahren Haltedauer wäre der Gewinn dann steu-



„Die Redner“: Günter Grzega, Ex-Vorstandsvorsitzender der Sparda-Bank München, Landesvorsitzender Klaus Mrasek und ex-ÖDP-Landeschef Bernhard Suttner waren die Hauptredner beim Politischen Aschermittwoch.



Stimmenkönig Urban Mangold

oder übel mitspielen. Andernfalls schaden sie sich bestimmt mehr, als sie der Wirtschaftsmacht Deutschland schaden können. Also – gehen wir es doch einfach an!“  
(Urban Mangold, Landesgeschäftsführer)

ÖDP „super-erfolgreich“  
bei Kommunalwahlen

#### Zahl der Mandate von 300 auf 368 gestiegen!

Die ÖDP hat bei der Kommunalwahl am 16. März in Bayern 368 Mandate in kreisfreien Städten, Landkreisen, kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie den Münchner Bezirksausschüssen gewonnen. 2008 waren es noch 300 Mandate über ÖDP-Listen bzw. Listen mit ÖDP-Beteiligung. „Dieser Erfolg motiviert uns und belohnt auch unsere Mandatsträger für ihren ehrenamtlichen Einsatz vor Ort. Der Landesvorstand gratuliert allen erstmals und erneut gewählten ÖDP-Kommunalpolitikern“, sagte die stellvertretende Landesvorsitzende Agnes Becker. Es sei eindeutig, „dass die größeren Parteien Federn lassen mussten. Das motiviert uns für die Europawahl, wo es erstmals keine Prozent-Hürde gibt“, so Becker.

Traditionell hat die ÖDP Bayern in den ländlichen Regionen und Mittelstädten die besten Wahlergebnisse. Bei der Wahl am 16. März konnte sie jedoch auch in den Großstädten mehr denn je punkten: In München und Nürnberg konnte die ÖDP die Zahl ihrer Sitze verdoppeln. Jeweils zwei ÖDP-Stadträte haben dort künftig Sitz und Stimme. In Würzburg ist die ÖDP aus dem Stand mit zwei Mandaten in den Stadtrat eingezogen. In Aschaffenburg und Augsburg ist die ÖDP als neue

erfrei. „So hätten wir sofort wieder eine echte Kultur der Unternehmensbeteiligungen im ursprünglichen Sinn und das Casino würde von selbst austrocknen.“

Grzega: „Wenn die größte Volkswirtschaft Europas und viertgrößte Wirtschaftsmacht der Welt solche Regeln im eigenen Land umsetzt, dann werden und müssen die anderen beteiligten Global Player wohl

Liste mit jeweils einem Mandat drin, in Regensburg haben die Wähler die ÖDP wie bisher mit drei und in Ingolstadt wie bisher mit zwei Sitzen bestätigt.

#### „Mehr Stimmen als der CSU-Generalsekretär!“

Die Liste der erfolgreichen mittleren kreisfreien Städte führt nach wie vor Passau an, wo die ÖDP den 2. Bürgermeister stellt und auch bei dieser Wahl mit knapp 14% wieder drittstärkste Partei wurde. Spitzenkandidat Urban Mangold wurde bei der Stadtratswahl Stimmenkönig gleich hinter dem Oberbürgermeister und überholte bei den Stadtratsstimmen sogar CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer und alle Abgeordneten. Gute

*Dieser Erfolg motiviert und belohnt auch unsere Mandatsträger für ihren ehrenamtlichen Einsatz vor Ort.*

Ergebnisse erreichte die ÖDP auch in den kreisfreien Städten Memmingen (13,1%), Straubing (9,3%) und Ansbach (8,3%) und Kempten (6,6%).

Zu den Top 5 bei den kreisangehörigen Gemeinden gehören Emskirchen im Landkreis Neustadt/Aisch (26,1%), Wildenberg im Landkreis Kelheim (24,6%), Murnau im Landkreis GAP (22,5%), Niederlaim im Landkreis Deggendorf (20,1%) und Pfreimd im Landkreis Schwandorf mit 19%.

Die fünf Spitzenreiter bei den Kreistagswahlen sind Rottal-Inn mit 11,8%, Straubing-Bogen mit 9,4%, Dingolfing-Landau mit 9,3%, Garmisch-Partenkirchen mit 7%, Kelheim und Weilheim-Schongau mit jeweils 6,7%.

Ein grandioses Ergebnis fuhr ÖDP-Bürgermeister Waldemar Bug aus dem unterfränkischen Burkardroth ein: Ohne Gegenkandidat erhielt er mehr als 95% der Stimmen. Das ÖDP-Mitglied Anita Bogner wurde in Rain (Landkreis Straubing-Bogen) im ersten Wahlgang zur Bürgermeisterin gewählt.

Alle Ergebnisse finden Sie hier: [http://www.oedp-bayern.de/fileadmin/user\\_upload/landesverbaende/lv-bayern/wahlen/kommunalwahl2014/kommunalwahl2014-Ergebnistabelle.pdf](http://www.oedp-bayern.de/fileadmin/user_upload/landesverbaende/lv-bayern/wahlen/kommunalwahl2014/kommunalwahl2014-Ergebnistabelle.pdf) (Siehe Hinweis von Dr. Claudius Moseler auf Seite 45). (red)

Kontakt: ÖDP-Bayern, Landesgeschäftsstelle  
Heuwinkel 6, 94032 Passau  
Tel.: 08 51/ 93 11-31, Fax: 08 51/ 93 11-92  
E-Mail: bayern@oedp.de

Thüringen

ÖDP lud ein zur Teilnahme am Symposium im Landtag

Der Landesverband Thüringen der ÖDP lud alle Mitglieder, Freunde und Interessenten ein zum Symposium im Thüringer Landtag zum Thema „Stell dir vor es ist Wahl, und alle gehen hin!“ im März in Erfurt.

Es ging um soziale Inklusion bei Wahlen und Abstimmungen. Jeweils nach Vortrag und Podiumsdiskussion wurden die Zuhörer mit in die Gespräche einbezogen. Susann Mai, ÖDP-Landesvorsitzende in Thüringen und Spitzenkandidatin der ÖDP für die Europawahl, hat die Veranstaltung mit dem „Bündnis für Mehr Demokratie in Thüringen“ mit auf den Weg gebracht und war vor Ort anwesend. „Wahlen gehen uns alle an“ so Mai. „Gerade jetzt nach dem Wegfall der 3%-Hürde bei der Europawahl zählt wirklich jede Stimme.“ Mai ermunterte dazu, diese neue Chance zu nutzen, sich jetzt verstärkt zu beteiligen und die Demokratie zu stärken. Das Symposium bot Gelegenheit, dass Experten, Initiativen, Parlamentarier und engagierte Bürgerinnen und Bürger in Kontakt und über Beteiligung ins Gespräch kamen.

Warum nutzen nicht alle Menschen ihr Wahl- und Abstimmungsrecht? Wie können sie motiviert werden, sich einzumischen und Wahlen mehr als ihre eigene Angelegenheit zu sehen? Diese und andere Fragen wurden gestellt. Veranstalter waren die Landtagsfraktionen in Zusammenarbeit mit dem



Susann Mai

„Bündnis für Mehr Demokratie in Thüringen“, in dem die ÖDP seit Jahren mitarbeitet. Das Eröffnungsreferat hielt die frühere Bundesjustizministerin, Herta Däubler-Gmelin, unter der Überschrift „Wählen zwischen Macht und Ohnmacht“. Anschließend wurden Forschungsergebnisse zur politischen Beteiligung in Deutschland und der Schweiz präsentiert. Eine Podiumsdiskussion mit Abgeordneten des Landtags ging der Frage nach, ob eine Wahlpflicht eingeführt werden sollte, um eine höhere Beteiligung zu erreichen. Moderiert wurde das Gespräch von dem Rundfunkjournalisten Ulrich Sondermann-Becker.

Im Schlussteil der Veranstaltung wurden in jeweils sieben Minuten sieben verschiedene Ansätze für mehr Beteiligung vorgestellt. Der Thüringer Justizminister, Holger Poppenhäger, plädierte für ein Ausländerwahlrecht, der Grünen-Politiker Dirk Adams für eine Absenkung des Wahlalters und Linken-Politiker Maik Nothnagel für barrierefreies Wählen. Die Vorschläge von Mehr Demokratie für eine Reform des Landtags-

Warum nutzen nicht alle Menschen ihr Wahl- und Abstimmungsrecht?

wahlrechts stellte Ralf-Uwe Beck vor. Sibylle Hallik, die Leiterin des Redaktionsstabs der Gesellschaft für deutsche Sprache beim Deutschen Bundestag, warb für eine verständliche Sprache, den Part der erkrankten Eisener Oberbürgermeisterin, Katja Wolf, zum Stichwort einer „aufsuchenden Beteiligung“ übernahm Ralf-Uwe Beck und stellte dies am hervorragend praktizierten Beispiel der Olympischen Spiele in London dar.

Um 19.30 Uhr klang die Veranstaltung mit einem Imbiss aus. Die Veranstaltung war öffentlich. Es kamen circa 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Die nächste Veranstaltung dieser Art findet 2015 statt. Ideen für das Thema können eingereicht werden bei [susann.mai@oedp.de](mailto:susann.mai@oedp.de)

(Susann Mai, Landesvorsitzende der ÖDP in Thüringen)

Veranstaltung der ÖDP München

Fr. 16.05.2014, 19:00 Uhr  
Bankenrettung und Freihandelsabkommen

Referent:  
Prof. Dr. Klaus Buchner,  
ÖDP-Spitzenkandidat  
bei der Europawahl

Evangelisches Forum,  
Herzog-Wilhelm-Straße 24  
U-Bahn: U1 / U2 / U3 / U6  
„Sendlinger Tor“



Weitere Infos: [www.oedp-muenchen.de](http://www.oedp-muenchen.de)



Unsere neuen Werbemittel sind bestellbar unter:  
[www.oedp.de/shop](http://www.oedp.de/shop)



## Neues aus der ÖDP von Florence von Bodisco

### Bundesverdienstkreuz an ÖDP-Mitglied Gertrud Schanne-Raab

Am 2. Dezember, dem Tag des Ehrenamtes, zeichnete Bundespräsident Joachim Gauck in einer Feier im Schloss Bellevue 26 Personen für ihr herausragendes ehrenamtliches Engagement aus. Unter ihnen befand sich Gertrud Schanne-Raab aus Zweibrücken, die für ihren langjährigen ehrenamtlichen Einsatz im sozialen und politischen Bereich das Bundesverdienstkreuz am Bande erhielt.

1980 begann sie ihre ehrenamtliche Karriere als Vorsitzende des Zweibrücker Kinderschutzbundes, setzte dann ihre Schwerpunkte im entwicklungspolitischen Bereich durch ihren Einsatz für Frauen in Indien über die Aktion Bombay, für Ruanda, und für den fairen Handel als Leiterin des Zweibrücker Weltladens. Daneben ist sie seit zehn Jahren als Stadträtin in der Kommunalpolitik aktiv. Sie gehörte von 2000 bis 2012 dem Landesvorstand der ÖDP in Rheinland-Pfalz an und rief den Landesarbeitskreis Bildungspolitik ins Leben.

Heute verbindet sie ihre kommunalpolitischen und entwicklungspolitischen Interessen in ihrem Einsatz für eine bessere Integration von Migranten, für Toleranz und ein friedliches Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und organisiert regelmäßig multikulturelle Begegnungsfeste in Zweibrücken.

Auf ihre vielen Ehrenämter angesprochen, bezeichnet sich Schanne-Raab als „hauptberuflich ehrenamtlich“ tätig. Auch wenn sie schon das Ruhestandsalter erreicht hat und deshalb manche Aufgaben abgibt, will sie nicht ganz untätig sein sondern sieht in der Auszeichnung, die ihr zuteil wurde, einen Motivationschub, um sich weiter für benachteiligte Menschen und für eine gerechtere Welt zu engagieren. (red)



Erhielt das Bundesverdienstkreuz: ÖDP-Mitglied Gertrud Schanne-Raab

### Bundesarbeitskreis Umwelt, Energie, Klimaschutz

Michael Bettinger ist der neue Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Umwelt, Energie und Klimaschutz, zu seinem Stellvertreter wurde Prof. Dr. Herbert Fischer ernannt, die Beisitzer sind: Mechthild Hans, Günther Raß und Peter Schönfelder. Wer mitarbeiten möchte, meldet sich bitte unter: bak.kuves@oedp.de (red)



Der neue BAK-Vorsitzende: Michael Bettinger

### Motivationsseminar in der Oberpfalz: Schwung für EU- und Kommunalwahlen

Vom 31.01.–02.02.2014 trafen sich im Tagungshaus Hammerschloss im oberpfälzischen Kallmünz 22 engagierte Mitglieder der ÖDP – davon der größte Teil aus Bayern – zu einem Motivations- und Fortbildungsseminar.

Nach einer Vorstellungsrunde am Abend des 31.01. – aufgelockert durch ein witziges Erkennungsspiel – begann am Samstag die richtige Arbeit. Klaus Buchner führte in einem Referat in die EU-Strukturen und die Problematik des geplanten Freihandelsabkommens TTIP zwischen der EU und den USA ein. Am Nachmittag waren dann bei dem Presse-Workshop von Florence von Bodisco kreative Fähigkeiten gefragt, als es galt, eine Pressemitteilung zu verfassen.

Nach dem Abendessen informierte Claudius Moseler über den Sachstand Europawahl und konnte berechtigten Optimismus versprühen, da das Sammeln der Unterstützungsunterschriften mit gutem Erfolg durchgeführt worden war. Am Samstagabend konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in einer Rhetorik-Übung, geleitet von Walter Konrad, ihre rednerischen Fähigkeiten entdecken und erproben. Eine Teilnehmerin stellte ihre Rede zum Neujahrsempfang vor und konnte wertvolle Hinweise mitnehmen.

Der Sonntagmorgen stand dann im Zeichen des Medientrainings. Susann Mai, die kurzfristig für diesen Seminaranteil eingesprungen war, gab Tipps zum Verhalten am Infostand und zum Sammeln von Unterschriften. Im praktischen Teil konnte das Verhalten bei Fernsehinterviews geübt werden.

In der Schlussrunde nach dem Mittagessen wurde die lockere Atmosphäre während des Seminars allgemein gelobt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben viel gelernt. Besonders gelungen war das ausgewogene Verhältnis von passiven und aktiven Phasen. Zum Seminarerfolg trugen auch die angenehme Unterbringung und die gute Verpflegung bei. Hierfür gebührt der Besitzerin des Hammerschlosses, Sonja Chaves, ein besonderer Dank. (Walter Konrad)

### Frühjahrsversammlung des Bundesarbeitskreises Christen und Ökologie (BAK C&Ö)

Vom 21.–23.02.2014 trafen sich die Mitglieder des Bundesarbeitskreises Christen und Ökologie im Kloster Niederaltaich (Landkreis Deggendorf) zu ihrer Frühjahrsversammlung.

Mit der Auswahl des Veranstaltungsortes hatte Quartiermeister Michael Andres voll ins Schwarze getroffen, weil Niederaltaich uns zwei Programmpunkte ermöglichte, die es so bei unseren Mitgliederversammlungen bisher nicht gab:

Am Samstagnachmittag beteten wir unter der Leitung von Maria Birkenender vom ÖDP-Kreisverband Straubing-Bogen am sogenannten Donaukreuz am Donauufer das Donaugebet.

Seit 1994 wird es einmal im Monat vom Aktionskreis „Lebendige Donau“, einem breiten Bündnis umweltschützender Verbände, ökumenisch gebetet mit dem Ziel, die letzten 70 km frei fließender Donau zwischen Straubing und Vilshofen von schiffahrtsverbessernden Ausbaumaßnahmen zu bewahren und die Natur dort vor einer Zerstörung zu schützen. Die Gebete zeigen Wirkung! Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer hat erklärt, dass in seiner (!) Regierungszeit die Donau nicht weiter ausgebaut werden wird.

Im Kloster Niederaltaich lebt eine Benediktinische Mönchsgemeinde die, den Papst anerkennend, die Katholische Messe im Byzantinischen Ritus feiert. Am Samstagabend und am Sonntagvormittag nahmen wir an diesen Gottesdiensten teil, die ein Fest für Ohren und Augen sind, allerdings im Kloster etwa zwei Stunden dauern.

Die Parteilarbeit kam trotzdem nicht zu kurz: Wir beschlossen für den Bundesparteitag in Heilbronn einen Infostand und eine Präsenz auf dem Katholikentag vom 28.05.–01.06.2014 in Regensburg. Außerdem befassten wir uns mit unserem Internetauftritt, der Überarbeitung unseres Vorstellungsfaltblatts und über-

legten, wie wir ansonsten unsere christlichen Werte in die ÖDP hineinwirken lassen können.

Eine Überraschung gab es am Sonntag beim Frühstück, als uns der 1. Bürgermeister von Niederaltaich, Herr Josef Thalhammer, besuchte und über seine Arbeit berichtete. Haben Sie nicht Lust, lieber Leser, auch einmal zu unseren Mitgliederversammlungen zu kommen? Die nächste wird vom 19.–21.09.2014 sein. Der Ort steht noch nicht fest.

Bitte melden Sie sich unter bakchristen@oedp.de oder bei unserem Vorsitzenden, Dirk Uehlein, unter 07 21-4 90 49 87. (Helmut Graf)



Der Bundesarbeitskreis beim Donaugebet

### Gemeinwohl-Ökonomie und Postwachstumsökonomie erstmals an einem Tisch

Auf Einladung des Bundesverbands der ÖDP trafen die beiden Protagonisten Christian Felber (Gemeinwohl-ökonomie) und Prof. Niko Paech (Postwachstumsökonomie) in Nürnberg bei einem Symposium zusammen. Beide sind seit Jahren im deutschsprachigen Raum äußerst gefragte Referenten und füllen große Säle, in

denen systemkritisches Publikum auf Lösungen nach dem gescheiterten Kapitalismus hofft.

Ziel der ÖDP ist es, als Vorreiter ein Wirtschaftssystem zu erarbeiten, das einerseits die Erkenntnisse begrenzter Ressourcen mit einer Abkehr vom Wachstums- und Neuverschuldungszwang berücksichtigt, andererseits nicht mehr der aus den Fugen geratenen Finanzkaste, sondern allen Menschen auf dieser Erde mit ihren Bedürfnissen dient. Das Symposium sollte die Gemeinsamkeiten beider Theorien herausarbeiten.

Prof. Paech vertrat in seinem Statement den konsequenten Rückbau der Wirtschaft, die persönliche Ent-rümpelung des Lebens und die konsequente CO<sub>2</sub>-Einsparung als Kriterien für eine weiter existierende Welt.

Felber setzt auf freiwillige Regelungen in der Wirtschaft, die in einer Gemeinwohlbilanz soziale Faktoren in den Vordergrund stellen und so zu einem Qualitäts-label für eine humane und nachhaltige Wirtschaft der Kooperation anstelle von Konkurrenz werden.

In der Diskussion, die vom ÖDP-Bundesvorsitzen- den Sebastian Frankenberger moderiert wurde, stellte Paech zunächst sehr deutlich die demokratischen Schwächen der Gemeinwohlökonomie in den Vordergrund und machte deutlich, dass nur radikales Um-denken eines jeden Einzelnen zum Erfolg führen kön-

ne. Sogenanntem „Grünem Wachstum“ erteilte er eine herbe Abfuhr.

Felber dagegen sah durchaus Gemeinsamkeiten und Ergänzungsmöglichkeiten beider Theorien. Sein Trumpf: Regionale Gemeinwohliniitiativen und zahlreiche Firmen praktizieren Gemeinwohlökonomie bereits erfolgreich und ihre Zahl wächst täglich.

Sebastian Frankenberger zieht ein Fazit der Veranstaltung: „Wir hatten uns als Ergebnis etwas mehr erwartet, aber unsere Erwartungen waren wohl zu optimistisch. Wir wissen jetzt zumindest, was die beiden Theorien beziehungsweise die Protagonisten unterscheidet. Aber das war ja auch nur die erste Runde der Annäherung, um die beiden Theorien zur Deckung zu bringen. Die Menschen wollen Alternativen und wir werden weiter daran arbeiten, eine umfassende, nachhaltige und praktikable Zukunftsökonomie anzubieten.“

Eine DVD mit dem vollständigen Symposium „Auf der Suche nach der Zukunftsökonomie“ kann bei der Bundesgeschäftsstelle in Würzburg bestellt werden.

Tel.: 09 31 - 404 86 0

Fax: 09 31 - 404 86 29

E-Mail: [info@oedp.de](mailto:info@oedp.de)

(Karl-Heinz Jobst)



Prof. Paech (links), Moderator Sebastian Frankenberger (mitte), Christian Felber (rechts)



Gute Stimmung beim Treffen der ÖDP-Nordverbände

### Treffen der nördlichen Landesverbände in Bremen

Am 15. Februar trafen sich auf Einladung des Bundesverbandes und des neu gegründeten Landesverbandes Bremen die Landesvorstände und weitere aktive Mitglieder aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Bremen. Das Treffen war in drei Teilen geplant.

Zunächst ging es in der „1. Nordkonferenz“ um ein gemeinsames Agieren im Europawahlkampf, insbesondere um mögliche gemeinsame Veranstaltungen. Auch über einen möglichen Regionalbeauftragten und gemeinsam durchgeführte Workshops wurde diskutiert.

Danach folgte ein Presseseminar von Florence von Bodisco. Hier konnten alle Anwesenden noch etwas Neues lernen. Obwohl die Zeit knapp war, wurden die Grundsätze guter Pressearbeit erläutert und das Schreiben von Pressemitteilungen geübt und verfeinert.

Im dritten Teil referierte Bundesvorstandsmitglied Werner Roleff mit dem Thema „ÖDP – Erfolg durch Wahlkampf. 11 Schritte zur professionellen Kampagnen-Planung“. Alle Mitglieder konnten auch hier interessante Details entdecken. Abschließend wurde vereinbart, dass ein Treffen der „Nord-Landesverbände“ wiederholt werden soll. (Manfred Wemken)

Kontakt: [bremen@oedp.de](mailto:bremen@oedp.de)

### Einladung zur konstituierenden Mitgliederversammlung des

### Bundesarbeitskreises Frauen in der ÖDP

Zeit: **28. Juni 2014, 11.30 Uhr**

Ort: Altmünchner Gesellenhaus, Adolf-Kolping-Str. 1, 80336 München (nahe Hbf. und Karlsplatz)

#### Tagesordnung

1. Begrüßung, Festlegung der Tagesordnung
2. Wahl einer Vorsitzenden und einer Stellvertreterin und ggf. weiterer Mitglieder im Leitungsteam
3. Diskussion und Beschluss über die künftige Arbeitsweise (Treffen, E-Mail-Kontakt etc.)
4. Diskussion der Ziele des Arbeitskreises und möglicher inhaltlicher Schwerpunkte
5. Verschiedenes;  
Termin des nächsten Treffens

Auch Nichtmitglieder sind eingeladen! Wegen der Tischreservierung wird um Anmeldung gebeten: [roswitha.bendl@t-online.de](mailto:roswitha.bendl@t-online.de) (spätestens bis 15. Juni)



Roswitha Bendl

Zusammengestellt von Florence von Bodisco



## ÖDP zur Selbstanzeige bei Steuerbetrug

„Der Strafzuschlag auf die Steuer-schuld sollte bei Betrug deutlich erhöht werden.“ Diese Aussage trifft Ulrich Brehme, Wirtschaftsexperte der ÖDP im Hinblick auf die aktuell diskutierte strafbefreiende Selbstanzeige bei Steuerbetrug.

Brehme ist der Meinung, dass bei einer Steuerhinterziehung von mehr als 50.000 Euro der Strafzuschlag von 5 % auf 15 % erhöht wer-



Ulrich Brehme

den sollte. „Die Geldstrafe für den Steuerbetrug, muss deutlich höher liegen, damit der erwartete Nachteil gegenüber dem möglichen Vorteil einer Steuerersparnis deutlicher spürbar wird“, begründet Brehme seine Position.

Er ist weiter der Meinung, dass grundsätzlich die strafbefreiende Selbstanzeige von Steuerbetrug erhalten bleiben sollte, da so der Verwaltungsaufwand in den Finanzämtern klein gehalten werde. „Der Steueränderer muss alle Unterlagen suchen und vollständig vorlegen. Damit ist er in der Beweis-pflicht“, meint Brehme. Das vereinfacht die

Verwaltungsvorgänge in den Behörden.

Für alle Jahre der Selbstanzeige sollten in einer Anlage die richtigen Zahlen der Kapitalerträge zusam-



Michael Bettinger

mengefasst aufgelistet werden.

Zudem sagt der ÖDP-Politiker, dass gerade dort, wo Finanzdaten zusammenlaufen, also in Banken und bei Finanzanlageberatern, die Prüfungen der Finanzämter zum Normalfall werden müssen. „Wenn es wahrscheinlicher ist, dass Steuerbetrug aufgedeckt wird, dann erhöht sich das Entdeckungsrisiko.“ (...)

## ÖDP lehnt geplante Höchstspannungstrassen durch Deutschland ab

Die ÖDP lehnt die von der Bundesregierung geplanten Höchstspannungstrassen ab. Denn: Die geplanten Trassen dienen zum großen Teil nicht der Energiewende und der Erneuerbaren Energie, sondern den Konzernen, die Strom, der überwiegend mit Braunkohle in Nordrhein-Westfalen oder Ostdeutschland

erzeugt wird, nach Süddeutschland zu transportieren.

„Die ÖDP ist der Überzeugung, dass diese Trassen überflüssig sind, wenn wir auf Einsparung von Strom, auf eine dezentrale Stromerzeugung mit Photovoltaik und Windkraft, vor allem aber auch mit Kraft-Wärme-Kopplung, und die Entwicklung dezentraler Speicherung von Strom setzen“, so des neu gewählte Sprecher der ÖDP-Bundesarbeitskreises Klima- und Umweltschutz, Verkehr, Energie und Strahlenschutz, Michael Bettinger. (...)

## Europapolitik: ÖDP warnt vor Fracking

„Dass die Europäische Kommission ihre verbindlichen Klimaziele aufgibt, gleicht einer Bankrott-erklärung der EU.“ So kommentiert Susann Mai, stellvertretende Bundesvorsitzende der ÖDP und Kandidatin auf Platz 3 der Liste zur Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014, die aktuellen Pläne der EU-Kommission, den Ländern nicht weiter vorschreiben zu wollen, wie schnell sie Erneuerbare Energien



Susann Mai

ausbauen sollen. Gleichzeitig soll Fracking gefördert werden.

„Wer, wenn nicht die Europäische Union, sollte Vorreiter beim Einsatz für den Klimaschutz sein?“, fragt Susann Mai. Gerade mit Blick auf die Schwellenländer müsse sich die EU ihrer Vorbildfunktion bewusst sein. „Diese entscheidende Verantwortung muss durch zentrale Vorgaben stärker vorangebracht werden. Nur so hat der Klimaschutz eine Chance.“

Besonders ärgerlich findet Mai, dass die EU offenbar den Weg für das umstrittene Fracking frei machen möchte. Beim Fracking wird Schiefergas gefördert, indem Chemikalien in die Erde gepresst werden. „Dass hier lediglich Mindeststandards für den Schutz von Umwelt und Gesundheit eingehalten werden sollen, zeigt wieder, wie sehr die EU der Wirtschaft entgegenkommt“, warnt die ÖDP-Politikerin. (...)

## ÖDP: Keine Gentechnik in Europa

Die Europakandidatin der ÖDP und Gentechnik-Expertin Christiane Lüst fordert die Bundesregierung auf, im Europäischen Ministerrat ein klares Nein zum Anbau von gentechnisch verändertem Mais 1507 auszusprechen.

„Insbesondere CSU-Landwirtschaftsminister Hans-Peter Friedrich kann hier seine Glaubwürdigkeit beweisen, indem er sich seiner Stimme nicht – wie vorab kommuniziert – enthält“, meint Lüst. Es sei zu befürchten, dass Friedrich mit einer Enthaltung der Zulassung von Mais 1507 der Gentechnik in Europa Tür und Tor öffne. „Nur ein NEIN zur Zulassung kann hier noch etwas ändern“, sagt Lüst und erläutert, dass sogar das Europäi-

sche Parlament gegen Genmais gestimmt habe, weil die Gefahren zu groß seien. „Weder wurde der Mais vernünftig getestet, noch ist das



Christiane Lüst

Herbizid Glufosinat, gegen das der Genmais resistent ist, ab dem Jahr 2017 in Europa zugelassen“, so die ÖDP-Politikerin weiter.

Es komme heute also ganz klar auf die Stimme der CSU im Ministerrat an. „Ich bin mir sicher, dass die Wähler glaubwürdige Politiker wählen und diejenigen, die zum Wohl der Bürger und nicht im Interesse der Großindustrie entscheiden“, sagt Lüst. Sie sei deshalb zuversichtlich, dass die Bürger im Falle einer Enthaltung im Ministerrat die CSU bei der Wahl des Europäischen Parlaments abstrafen und stattdessen eine Partei wählen, der sie voll und ganz vertrauen könnten: die ÖDP. Da die ÖDP keine Firmenspenden annimmt, kann sie unabhängig zum Wohl der Menschen politisch handeln.

## ÖDP erinnert an Fukushima

Drei Jahre nach der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima erneuert die ÖDP ihre Forderung nach einem europaweiten raschen Ausstieg aus der Atomenergie und

dem Ausbau Erneuerbarer Energien.

Dazu Prof. Dr. Klaus Buchner, Atomphysiker und Spitzenkandidat der ÖDP zur Europawahl: „Der Super-GAU in Fukushima hat gezeigt, wie unkalkulierbar die Risiken der Atomkraft sind. Aus Verantwortung den nachfolgenden Generationen gegenüber müssen wir sofort handeln und die Energieversorgung in Europa umbauen.“ Er verweist darauf, dass alle europäischen Staaten



Klaus Buchner

in den Euratomvertrag einzahlen, unabhängig davon, ob sie im eigenen Land Atomenergie produzieren oder nicht. „Der Euratomvertrag muss endlich aufgekündigt und das Geld in eine dezentrale, regenerative Energieversorgung gesteckt werden“, so Buchner. Wenn Energie effizient genutzt werde und keine Energie verschwendet werde, dann sei es in etwa sieben Jahren möglich, in der gesamten Europäischen Union auf Atomenergie zu verzichten. „Dazu müssen aber alle Beteiligten große Anstrengungen unternehmen, um das Ziel einer EU auf Basis Erneuerbarer Energien zu erreichen.“ Die ÖDP wird ihren Wählerauftrag im Europäischen Parlament ernst nehmen und sich für ein Europa ohne Atomkraft einsetzen.

## ÖDP beteiligt sich an Aktion gegen Massenüberwachung

Am Aktionstag gegen Spionage im Netz nahmen weltweit mehr als 5.400 Webseiten teil. Auch auf der



Christian Tischler

Homepage der ÖDP war ein Banner gegen Massenüberwachung zu sehen. Dazu Christian Tischler, Bundesvorstandsmitglied der ÖDP: „Die Massenüberwachung verletzt die Menschenrechte, deshalb unterstützen wir die Aktion.“ Die ÖDP wendet sich gegen die Bedrohung des freien Internets und der freien Gesellschaft, so Tischler.

## ÖDP sagt NEIN zu TTIP

„Lobbyismus braucht Grenzen!“ Diese Aussage trifft Sebastian Frankenberg, Bundesvorsitzender und Europakandidat der ÖDP anlässlich der Verhandlungen zwischen den USA und der Europäischen Union (EU) zum Freihandelsabkommen TTIP, die nächste Woche fortgeführt werden.

Frankenberg spielt darauf an, dass TTIP als sog. „living agreement“ ausgestaltet werden soll. „In der Praxis bedeutet das, Lobbygruppen hätten bei jeder neuen Gesetzesinitiative weitreichende Möglichkeiten, Einfluss geltend zu

machen“, erläutert Frankenberg. Entscheidungen müssten nämlich dahingehend geprüft werden, ob sie „wesentlichen Einfluss“ auf den transatlantischen Handel hätten. „Ständig könnten Unternehmen auf beiden Seiten mitreden. Das untergräbt demokratisches Handeln und gibt den Lobbygruppen viel



Sebastian Frankenberg

zu viel Macht“, empört sich ÖDP-Politiker Frankenberg. Man könne sich leicht vorstellen, dass dabei Umwelt- und Verbraucherschutz auf der Strecke blieben. „Auch wenn zurzeit nur die Schlagworte ‚Chlorhühnchen‘ und ‚Genmais‘ in der Öffentlichkeit bekannt sind, so steckt bei TTIP die größte Gefahr offenbar in den Details“, so der ÖDP-Chef.

Die ÖDP wird in ihrem Europawahlkampf vor den Gefahren von TTIP warnen. Nachdem es bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai keine Sperrklausel gibt, erwartet die ÖDP den Einzug in das Parlament.

## Europapolitik: Bürger beteiligen, Bürokratie abbauen

„Wie soll ein lebenswertes Europa für die Menschen aussehen? Diese Frage können nur die EU-

Bürger gemeinsam beantworten.“ So bringt Sebastian Frankenberg aus Passau, Bundesvorsitzender der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) und Kandidat (Platz 2) zur Wahl des Europäischen Parlaments am 25. Mai, ein Ziel der Partei auf den Punkt.

Es sei, so Frankenberg, dringend nötig, die Bürger mehr direkt zu beteiligen und ihnen mehr Mitsprache zu gewähren. „Nur so wird der europäische Gedanke verinnerlicht und die Demokratie wird gestärkt“, sagt der ÖDP-Kandidat. Deshalb habe die ÖDP eine Petition gestartet, die an das Europäische Parlament appelliert, für eine Abstimmung zur Zeitumstellung zu sorgen. „Wir brauchen eine konstruktive Diskussion darüber, ob die Zeitumstellung überhaupt noch sinnvoll ist oder ob sie nicht vielmehr ein Ausdruck überbordender EU-Bürokratie darstellt“, erläutert Frankenberg die Intention. Die Bürger sollen sich entscheiden können, ob sie für eine Zeitumstellung sind, dagegen oder ob sie Sommerzeit oder Winterzeit bevorzugen.

Die ursprünglich gehoffte Energieeinsparung durch die Zeitumstellung sei, so der ÖDP-Kandidat, ausgeblieben. Zudem würde bei vielen Menschen und Tieren der Stoffwechsel unter der Umstellung leiden. „Wir müssen uns wirklich die Frage stellen, ob man Entscheidungen, die sich als unsinnig erweisen, wieder rückgängig machen sollten. Beantworten müssen das die europäischen Bürger“, meint Frankenberg.

Die ÖDP werde sich im Europawahlkampf außerdem mit den Themen Atomausstieg und Freihandelsabkommen TTIP beschäftigen. Da es bei der Wahl keine Prozensthürde gibt, rechnet die ÖDP mit dem Einzug in das Europäische Parlament.

# Beitrittsantrag

... für eine Politik mit Zukunft!

öd

## Ökologisch-Demokratische Partei

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) und bin mindestens 14 Jahre alt.

Ich verstehe mich eher als

- Aktives Mitglied  
 Schnuppermitglied  
 Förderndes Mitglied

Pflichtfeld, bitte ausfüllen!

Name

Vorname

Straße / Hausnr.

Kreis

PLZ / Ort

Tel. / Fax

Handy

E-Mail

Beruf

Gebustag

Der Beitritt wurde mir empfohlen von

- Ich möchte **nicht** automatisch Mitglied der „Bundesvereinigung Junge Ökologen“ sein (nur Personen unter 32 Jahren).

Schnuppermitglieder sind im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritten möglich und kann nicht verlängert werden.

Bitte senden Sie diesen Antrag an:

ÖDP-Bundesgeschäftsstelle  
 Pommergasse 197070 Würzburg  
 Tel. 09 31/ 404 86 - 0 | Fax 09 31/ 404 86 - 29  
 info@oedp.de | www.oedp.de

Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr) den satzungsgemäßen

- Regelbeitrag von 7,00 Euro pro Monat  
 Familienbeitrag von 7,00 pro Monat  
 ermäßigten Beitrag von 1 Euro pro Monat (gilt für Schüler, Studenten, ALG-II-Empfänger)  
 Ich zahle freiwillig 12 Euro/ Jahr für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“.  
 Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von ..... Euro.

## SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE17 ZZZ0 0000 0290 54  
 Mandatsreferenznummer: (wird separat nachgereicht)

Ich /wir ermächtige(n) die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP), Zahlungen von meinem/unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise(n) ich/wir mein/unser Kreditinstitut an, die von der ÖDP auf mein/unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich/Wir kann/können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

- jährliche  halbjährliche Abbuchung

Kontoinhaber(in)

IBAN

BIC

Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit Ihrem Steuerausgleich bekommen Sie unabhängig von Ihrem persönlichen Steuersatz 50 % des jeweiligen Betrages vom Finanzamt zurückerstattet (§ 34g EStG).

Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für ihre Ziele einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien, Scientology und ein Eintreten für die „Neue Germanische Medizin“.

Datum, Unterschrift

Da wir keine Firmenspenden annehmen, sind für uns Privatspenden besonders wichtig. Wir freuen uns über Ihre finanzielle Zuwendung. Unsere Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft Kto-Nr.: 981 52 00 | BLZ: 700 205 00

## Zum Artikel „Familiengerechtigkeit ohne Verfassungsänderung“

### Realität ist komplexer

Völlig zu Recht macht Gerhart Meixner deutlich, dass das Elternwahlrecht, bei dem die Kinder stellvertretend für die Kinder wählen – eine Forderung, die sich zwar im bundespolitischen Programm der ÖDP findet, aber nicht explizit im Grundsatzprogramm aufgenommen wurde – verfassungswidrig ist. Er weist auf einen anderen Weg hin, der seiner Meinung nach verfassungskonform sei: Die Eltern sollten nicht als Stellvertreter für ihre Kinder wählen, sondern als Sorgeberechtigte, die dies zum Wohl ihrer Kinder tun. Dieser als Lösung angepriesene Ansatz krankt jedoch daran, dass er auf unhaltbaren Grundannahmen beruht. So vertritt Meixner die Ansicht, dass bei dem von ihm favorisierten Modell die Eltern nicht nach einem verbotenen Pluralwahlrecht handeln, weil die Stimmwerte zu trennen seien, wenn der wählende Elternteil einmal in seinem Interesse und einmal in einer andersartigen Entscheidung im Interesse der Person des Kindes abstimme.

Mit Verlaub, ein solches Wahlverhalten ist unrealistisch. Was von den Eltern für das Wohl des Kindes gehalten wird, hängt von deren sehr unterschiedlichen ideologischen Vorstellungen ab. Eine vom eigenen Stimmverhalten abweichende Stimmabgabe für das Kind setzt Kriterien voraus, die zu einer abweichenden Wahlentscheidung führen. Solche Kriterien sind aber nicht ersichtlich. Wieso sollte ein Elternteil, das die ÖDP für die beste Partei hält und wählt, für das Kind z.B. bei der CDU das Kreuzchen machen – und umgekehrt? Die Kinder fallen als Berater aus, weil sie ja für zu unreif zum Wählen gehalten werden und damit keine Wahlempfehlung aussprechen können. Andernfalls sollten sie selbst wählen. So ist es sehr wahrscheinlich, dass der Elternteil, der als Sorgeberechtigter für das Kind die Stimme abgibt, die selbst favorisierte Partei wählt. Damit hat das Elternteil de facto mehr Stimmen, was einen klaren Verstoß gegen den in Art. 38 Abs. 1 GG festgelegten Grundsatz der gleichen Wahl darstellt. Dass die Eltern sich im Vorfeld einigen müssen, wer für das Kind die Stimme abgibt, und ansonsten das Stimmrecht verfällt, ist kaum mit dem zentralen demokratischen Wahlgrundsatz zu vereinen, dass die Wahl geheim ist. Eine solche sieht eben nicht vor, dass ausdiskutiert wird, wer die Stimme abgeben darf und/oder welche Partei zu wählen ist. Dass letztendlich alles für „zum Wohl des Kindes“ gehalten werden

kann, zeigt das Wahlverhalten der Eltern. Zwar gibt es darüber keine eingehenden Untersuchungen, jedoch ist eine von der Zeitschrift „Eltern“ im Jahr 2013 an das Forsa-Institut in Auftrag gegebene Umfrage durchaus aufschlussreich: Auf die Frage, wen sie am nächsten Sonntag wählen würden, wenn Bundestagswahl wäre, antworteten die Eltern wie folgt: 39 % CDU, 24 % SPD, 22 % Bündnis 90/Die Grünen, 6 % Die Linke, 3 % FDP, 6 % Sonstige. Diese Wahlpräferenzen kann man so deuten, dass die Eltern ständiges Wirtschaftswachstum und Kinderkrippen für „zum Wohle des Kindes“ halten.

Meine Definition vom Kindeswohl sieht ebenso wie diejenige der ÖDP anders aus. Die tatsächlichen Wahlergebnisse und auch die durchaus sehr verschiedenen Reaktionen von Eltern bei Infoständen und im Verwandten- und Bekanntenkreis bestätigen das sehr ernüchternde Forsa-Ergebnis, das ebenso gut von kinderlosen Erwachsenen stammen könnte. Es zeigt sich, dass sich die Gesellschaft eben nicht schlicht und einfach in die familienpolitisch „gut“ und wissend abstimmenden Eltern und in die familienpolitisch „schlecht“ abstimmenden Nicht-Eltern und in die unreifen Kinder einteilen lässt, sondern dass die Realität komplexer ist. Statt das Wahlverfahren aus ideologischen Gründen – und seien diese auch noch so gut gemeint – abändern zu wollen und sich Illusionen hinzugeben, ist ein anderer, durchaus steiniger Weg aus der derzeitigen familienpolitischen Misere zu beschreiten: Eltern und Nicht-Eltern sind gleichermaßen davon zu überzeugen, dass sich die gegenwärtige Familienpolitik auf einem Holzweg befindet und es einer Kurskorrektur bedarf.

Matthias Dietrich, 72770 Reutlingen

## Zum Leserbrief des Herrn Gellermann „Zeitintensive Mammutaufgabe“

### Mit ausreichender Mehrheit beschlossen

Der geehrte Leserbriefschreiber glaubt, in der Vorverlegung des TOP 16 – Aufstellung der Kandidaten zur EU-Wahl 2014 – auf den Samstag ein undemokratisches Verfahren – so verstehe ich ihn jedenfalls – erkennen zu können. Ich habe das so in Erinnerung: Nach dem Aufruf des TOP 5 – Festlegung der Tagesordnung – wurde der Antrag gestellt, TOP 16 nach TOP 9 zu setzen. Das wurde mit ausreichender Mehrheit beschlossen. Was der Leserbriefschreiber am Sonntag dann als „ganz besonderen Parteitagssleckerbissen“ empfand, war so: Auf

die vorgebrachte Kritik antwortete Versammlungsleiter Axel Gebhardt sachlich, nüchtern und zutreffend, dass die Vorverlegung tags zuvor vom Parteitag beschlossen wurde und die übersandte Tagesordnung ja vorläufig sei (siehe übersandte Tagesordnung). Schärfe, unangemessenen Ton oder gar Rüge konnte ich darin nicht erkennen!

Aber dieses Schlüsselwort „vorläufig“ erwähnt Herr Gellermann nicht, obwohl es bereits in der Überschrift zur Tagesordnung enthalten ist. Und außerdem: Die Tagesordnung kann jederzeit nach Maßgabe § 73a) der Satzung der ÖDP i.d.F. v. 04.05.2013 i.V. mit § 92p) der GO für den BPT i.d.F. v. 10.11.2012 geändert werden. Was bei Beachtung dieser Regularien undemokratisch sei, kann ich nicht erkennen. Außerdem: Der TOP 5 der vorläufigen Tagesordnung wäre unsinnig, wenn er nicht zulässig wäre. Aufmerksame Kandidaten hätten also erkennen können, was möglich sein könnte und dann auch eintrat.

Helmut Graf, 54295 Trier

## Zur Wahl von Prof. Dr. Klaus Buchner zum Spitzenkandidaten für die Europawahl

### Die Zukunft gehört der jüngeren Generation

Natürlich freue ich mich über den Karlsruher Entschluss zur Aufhebung der 3 %-Hürde.

Freuen würde ich mich aber auch sehr, wenn bei der Besetzung der Personalentscheidungen der jüngeren Generation mehr Raum gegeben würde. Als 78-jährige Frau erlaube ich mir zu sagen: Die Zukunft gehört der jüngeren Generation. Damit möchte ich Herrn Buchners Qualitäten und seinen Einsatz für die ÖDP nicht mindern. Doch vielleicht darf der ÖDP ein Miteinander langjähriger Erfahrung älterer Menschen mit tatkräftigen Impulsen eines Jüngeren gelingen. Dies schreibe ich im Hinblick auf die Europawahl mit dem Wunsch, dass Herr Frankenberger in diesem Parlament Verantwortung übernehmen kann, da ganz gewiss große Anforderungen für die Gestaltung der Zukunft anstehen.

Allen, die sich für die Ziele der ÖDP einsetzen, wünsche ich die Verwirklichung dieser Ziele. Für die Europawahl eine gute Zahl, um mit Abgeordneten hineinzukommen.

Johanna Oberholz, 51063 Köln

## Zum Aufruf „Bitte protestieren!“

### Kritik von Leser Jürgen Haag, Antwort von Autor Edgar Guhde

Der Aufruf zum Protest von Edgar Guhde auf S. 7 der ÖP161 lässt genauere Kenntnis der Milchkuhhaltung vermissen. In der Milchkuhhaltung gibt es bisher keine gesetzlichen Regelungen, weil in diesem Bereich die Bauern von selbst auf eine tiergerechte Haltung aus sind. Warum? Weil nur dann die angestrebten hohen Milchleistungen und eine gewünschte längere Nutzungsdauer realisiert werden können. Wenn Herr Guhde für die ÖDP spricht, ist das sehr befremdlich für mich. In unserem Land muss nicht von vornherein für jede Situation ein Gesetz erlassen werden, sondern nur, wenn Handlungsbedarf besteht. Diesen sehe ich in der Milchviehhaltung nicht. Auch wenn z.B. die Enthornung von Kälbern nach dem Tierschutzgesetz ohne Betäubung möglich ist, wenden doch die allermeisten Landwirte im Zusammenwirken mit dem Tierarzt eine Sedierung an bzw. verabreichen ein Schmerzmittel. Ohne dass sie vom Gesetzgeber dazu gezwungen werden müssten.

Bevor man zum Protest aufruft, sollte man gründlich Vor-Ort-Informationen einholen. Dieser Aufruf klingt für mich nach hohlem Aktivismus.

Jürgen Haag, 74541 Vellberg

Mein Text entspricht dem Konsens und dem Stand der Kenntnisse und Forderungen aller einschlägigen Tierschutzorganisationen sowie verbandsunabhängiger Fachwissenschaftler und ist somit ÖDP-konform. Dass die Bauern auf eine tiergerechte Haltung aus seien, ist gar nicht möglich, weil sie es angesichts der ökonomischen Zwänge im Wettbewerb und aufgrund der zu-



Foto: Chris Elwell/Stock

nehmenden Konzentration überhaupt nicht können. Bei jeder Intensiv-Massentierhaltung geht es darum, auf möglichst wenig Raum mit möglichst wenig Energie- und Personalkosten in möglichst kurzer Zeit und mit Kraftfutter auf Hochleistung zu züchten. Nach vier direkt aufeinanderfolgenden künstlich herbeigeführten Schwangerschaften und Milchleistungen von 10.000 Litern im Jahr sind die Milchkühe so ausgemergelt, dass sie auf den belastenden Transporten zum Schlachten (mit vielen Fehlbetäubungen!) gekarrt werden. Statt der natürlichen ca. 20 Jahre Lebensdauer sind sie nach vier bis fünf Jahren am Ende und „schlachtreif“.

Genannt sei z.B. die noch immer weitverbreitete Anbindehaltung bei 20–25 % (noch mehr in Süddeutschland), 60–65 % der Kühe haben keinen Weidezugang. Anbindehaltung bedeutet eingeschränkte Liegeposition und Körperpflege sowie eingeschränktes Sozialverhalten, behindertes Aufstehen und Abliegen (von mir selbst über Jahrzehnte bei meinen jährlichen Radtouren auf dem Land immer wieder beobachtet). Näheres unter:

- » [www.nutztierhaltung.ch](http://www.nutztierhaltung.ch)
- » <http://albert-schweitzer-stiftung.de/massentierhaltung/mastrinder>

Schon nach vier Tagen werden die Kälber den Müttern weggenommen! Beim ohnehin fragwürdigen Enthornen der Kälber durch schmerzhaftes Verätzen oder Ausbrennen ist eine Betäubung nicht vorgeschrieben. Es ist nachgewiesen, dass die Kälber sowohl während als auch nach der thermischen Zerstörung ihrer Hornanlage erhebliche Schmerzäußerungen und einen deutlichen Anstieg der Cortisolkonzentration im Speichel zeigen. Deshalb forderte der Wissenschaftliche Veterinärausschuss Betäubung (Lokalanästhesie) sowie schmerzstillende Mittel danach (in der Schweiz vorgeschrieben). Das Fehlen der Hörner stellt eine Einschränkung des Wohlbefindens und der Orientierung auf Dauer dar, gleich, ob beim Entfernen betäubt wurde oder nicht.

„Die früher vertretene Ansicht, dass das Schmerzempfinden bei jungen Tieren noch nicht voll entwickelt sei, ist nicht mehr haltbar. Kälber sollten deshalb nur unter Betäubung enthornt werden.“ (H.H. Sambraus: Rind. In: Sambraus/Steiger (Hg.), Das Buch vom Tiererschutz. Bearb. von 61 Fachwissenschaftlern, Ferdinand Enke-Verlag, Stuttgart 1997, S. 122. Was eben vorzuschreiben und nicht dem guten Willen der Landwirte anheimzustellen ist!

- » [www.tierschutz-landwirtschaft.de/html/enthornung.html](http://www.tierschutz-landwirtschaft.de/html/enthornung.html)

Das Enthornen ist ein typisches Beispiel für das Zurechtstutzen der sogenannten Nutztiere an die Haltungsbedingungen, die Tiere werden angepasst – statt umgekehrt. Dass die „allermeisten Landwirte“ auf Tierschutz achten und z.B. bei Enthornung betäuben, ist Glaubenssache. Und ob die Betäubung immer fachgerecht ausgeübt wird, noch eine andere Frage.

Eben deshalb sind bezüglich der Rinder das Tierschutzgesetz und die Nutztierhaltungs-Verordnung dahingehend zu ergänzen, sodass z.B. Haltungsformen, wie die Anbindehaltung oder die nicht zwingende Betäubung beim Enthornen ausgeschlossen werden. Noch besser wäre ein generelles Verbot der Enthornung – möglich bei tiergerechtem Herden- und Stallmanagement.

Immerhin sind 12,5 Millionen allein in Deutschland gehaltene Rinder von der unzulänglichen Rechtslage – Fehlen einer Haltungs-Verordnung – betroffen. Der Handlungsbedarf ist offensichtlich.

Näheres siehe:

- » [www.kuhplusdu.de/kuhwissen](http://www.kuhplusdu.de/kuhwissen)
- » [www.kuhplusdu.de/aktuelles](http://www.kuhplusdu.de/aktuelles)
- » [www.kuhplusdu.de/kampagne](http://www.kuhplusdu.de/kampagne)
- » [www.ausgemolken.net/tierleid/](http://www.ausgemolken.net/tierleid/)
- » [www.tierschutz-landwirtschaft.de/html/rinder\\_lauf\\_stall.html](http://www.tierschutz-landwirtschaft.de/html/rinder_lauf_stall.html)

Edgar Guhde, 40237 Düsseldorf

### Liebe Leserinnen und Leser,

die Leserbrief-Seiten sind Ihr Forum in ÖkologiePolitik. Wir freuen uns über Ihre Zuschriften! Aber bitte bedenken Sie: In der Kürze liegt die Würze! Abdruck und Kürzungen behält sich die Redaktion vor. Bitte senden Sie Ihre Zuschriften bis zum **1. Juni 2014** an:

ÖkologiePolitik, Erich-Weinert-Str. 134, 10409 Berlin  
Fax (030) 49 85 40 50, [florence.bodisco@oedp.de](mailto:florence.bodisco@oedp.de)



## Spenden benötigt!

### Liebe Leserin, lieber Leser!

Das für uns wichtige Wahljahr 2014 ist angebrochen. Damit wir finanziell eine stabile Basis für unsere politische Arbeit schaffen können, sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen!

Wir bitten Sie deshalb um eine regelmäßige Spende für die ÖDP bzw. für den Erhalt unseres Mitglieder-magazins ÖkologiePolitik. Herzlichen Dank dafür!

Ja, ich unterstütze ab sofort / ab \_\_\_\_\_

- die politische Arbeit der ÖDP  
 das Mitglieder-magazin ÖkologiePolitik

mit einer Spende in Höhe von \_\_\_\_\_ Euro

- monatlich       halbjährlich  
 vierteljährlich       jährlich

Bitte entsprechendes Feld ankreuzen!

Bitte buchen Sie den Betrag von meinem Konto ab:

Kto.-Nr./IBAN \_\_\_\_\_

BLZ/BIC \_\_\_\_\_

Bankinstitut \_\_\_\_\_

Meine Adresse lautet:

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße, Hausnr. \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

Hinweis: Spenden an politische Parteien werden steuerlich begünstigt.

ÖDP-Bundesgeschäftsstelle,  
Ökologisch-Demokratische Partei  
Pommerngasse 1, 97070 Würzburg  
Tel. 09 31/ 4 04 86-0  
Fax 09 31/ 4 04 86-29  
[www.oedp.de](http://www.oedp.de)

*Vielen Dank!*

## IMPRESSUM

ÖkologiePolitik erscheint viermal im Jahr: Februar, Mai, August, November. Die Print- und die Online-Ausgabe sind im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 12,- Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der **1. Juni 2014**.

### Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei  
Pommerngasse 1, 97070 Würzburg  
Tel. (09 31) 4 04 86-0,  
Fax (09 31) 4 04 86-29  
[www.oedp.de](http://www.oedp.de)

### Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann (gh)  
Caroline-Herschel-Straße 23, 81829 München  
[guenther.hartmann@oedp.de](mailto:guenther.hartmann@oedp.de)  
Florence von Bodisco (fb)  
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin  
[florence.bodisco@oedp.de](mailto:florence.bodisco@oedp.de)

### Mitarbeiter dieser Ausgabe

Ulrich Brehme, Prof. Dr. Klaus Buchner,  
Matthias Dietrich, Sebastian Frankenberger,  
Edgar Guhde, Urban Mangold,  
Robbert Maris, Hermann Striedl,  
Jörn Wiedemann

### Gastautorin

Prof. Dr. Edda Müller

### Interviewpartner

Prof. Dr. Christian Kreiß,  
Jens Mühlhaus

### Satz

Grafikstudio Art und Weise, Heike Brückner  
Drosselweg 15, 93138 Lappersdorf

### Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik  
Ökologisch-Demokratische Partei  
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin  
Tel. (030) 49 85 40 50  
[florence.bodisco@oedp.de](mailto:florence.bodisco@oedp.de)

### Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,  
BLZ: 700 205 00, Kto.-Nr.: 981 52 00

### Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

ÖkologiePolitik wird auf  
100% Recycling-Papier gedruckt.

## VORSCHAU

# ÖkologiePolitik im August 2014

## Digitalisierung des Alltags

Internet und Mobilfunk, Facebook und Spiele – die digitalen Medien beherrschen zunehmend unseren Alltag. Das wird von kaum jemandem kritisch hinterfragt, dabei wirft es durchaus Fragen auf. Sehr viele Fragen sogar: Wie wirkt sich das auf die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder und Jugendlichen aus? Wie hoch ist die Suchtgefahr und was können Eltern dagegen tun? Was bedeutet die Auflösung der Privatsphäre für unsere Gesellschaft, was die Möglichkeit der Totalüberwachung für unsere politische Kultur? Wie reagiert die menschliche Gesundheit auf die dauerhafte Strahlenbelastung und wie kann man sich davor schützen?

Bei Unzustellbarkeit, Mängeln in der Anschrift und Umzug, Anschriftenberichtigungskarte!

## TERMINE

- Sa. 10.05.2014 Landeshauptausschuss der ÖDP Bayern (in Regensburg)
- Fr. 16.05.2014 Vortrag von Prof. Klaus Buchner: „Bankenrettung und Freihandelsabkommen“ (in München)
- So. 25.05.2014 Wahl zum Europäischen Parlament
- So. 25.05.2014 Kommunalwahlen in Baden-Württemberg
- So. 25.05.2014 Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz
- So. 25.05.2014 Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen
- So. 25.05.2014 Kommunalwahlen in Hamburg
- So. 25.05.2014 Kommunalwahlen in Sachsen
- So. 25.05.2014 Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt
- So. 25.05.2014 Kommunalwahlen in Thüringen
- So. 25.05.2014 Kommunalwahlen in Brandenburg
- So. 25.05.2014 Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern
- So. 25.05.2014 Kommunalwahlen im Saarland
- Sa. 28.06.2014 Bundeshauptausschuss (BHA) (in Neumarkt; BY)
- So. 29.06.2014 Landesvorständetreffen (in Neumarkt; BY)
- So. 31.08.2014 Landtagswahl in Sachsen
- So. 14.09.2014 Landtagswahl in Thüringen
- So. 14.09.2014 Landtagswahl in Brandenburg
- Sa. – So. 15. – 16.11.2014 ÖDP-Bundesparteitag (in Erlangen)
- Sa. 27.09.2014 Landesparteitag der ÖDP Bayern (in Schwabmünchen)
- So. 15.02.2015 Bürgerschaftswahl in Hamburg
- So. 10.05.2015 Bürgerschaftswahl in Bremen

**JA ZU EUROPA, ABER ...**

**ödp**

**... Mensch vor Wirtschaft!**

**Keine 5%-Hürde!  
JEDE Stimme zählt!**

**Ökologisch-Demokratische Partei**